



FORUM



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag **Konferenz »Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen«**

am 23. September 2016 in der Ungarischen
Nationalversammlung in Budapest



Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:



Heft 1 (Deutsch)
Aufaktveranstaltung
„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden



Heft 2 (Deutsch)
Podiumsdiskussion
„Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 3 (Deutsch)
Konferenz
„Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 4 (Deutsch/Tschechisch)
Konferenz
„Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag



Heft 5 (Deutsch/Polnisch)
Konferenz
„Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau



Heft 6 (Deutsch)
Konferenz
„Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg



Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter <http://fme.landtag.sachsen.de>. Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

FORUM

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag **Konferenz »Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen«**

am 23. September 2016 in der Ungarischen
Nationalversammlung in Budapest

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2016 bedanken wir uns für die große Gastfreundschaft der Ungarischen Nationalversammlung. Hier erörterten wir das Miteinander in Mitteleuropa in einer historischen und in einer aktuellen Perspektive – von den Freiheitsrevolutionen gegen die kommunistischen Regime im 20. Jahrhundert bis hin zu den Werten und Interessen, die uns heute zusammenhalten, über die wir uns aber wieder stärker verständigen müssen. Der Band dokumentiert die Konferenz in Wort und Bild.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Auftakt 6

Dr. László Kövér 8
Die schaffende und schützende Kraft des mitteleuropäischen Gedankens

Dr. Matthias Rößler 14
Kluges politisches Handeln in Mitteleuropa nötig

Thema I 18

*Miteinander gestern und heute:
Die vergangenen Freiheitsrevolutionen und ihr aktuelles Vermächtnis
in Mitteleuropa*

Prof. Dr. Michael Gehler 20
Der Freiheitsaufstand in Ungarn 1956

Podiumsdiskussion 32

Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des
Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.
V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Übersetzung: CMM Bt. Übersetzungs- und Dolmetscher-
büro Fanton & Szamos
Fotos: Zsuzsa Pető, Hungarian Parliament Press;
Sächsischer Landtag; Tamas Wachslar
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden
Druck: SDV Direct World GmbH, Dresden
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de
erhältlich.

Thema II 64

*Miteinander heute und morgen:
Die gegenwärtigen Interessen und ihre künftigen Auswirkungen
auf das Vertrauen in Mitteleuropa*

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt 66
Die Europäische Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts

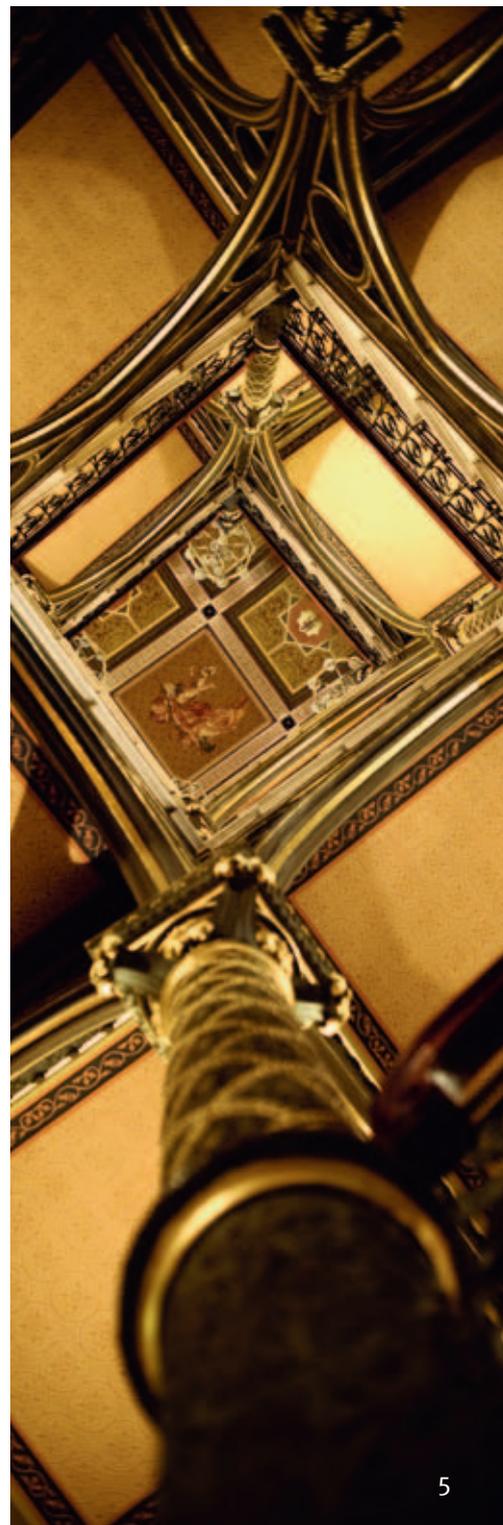
Podiumsdiskussion 76

Abschluss 100

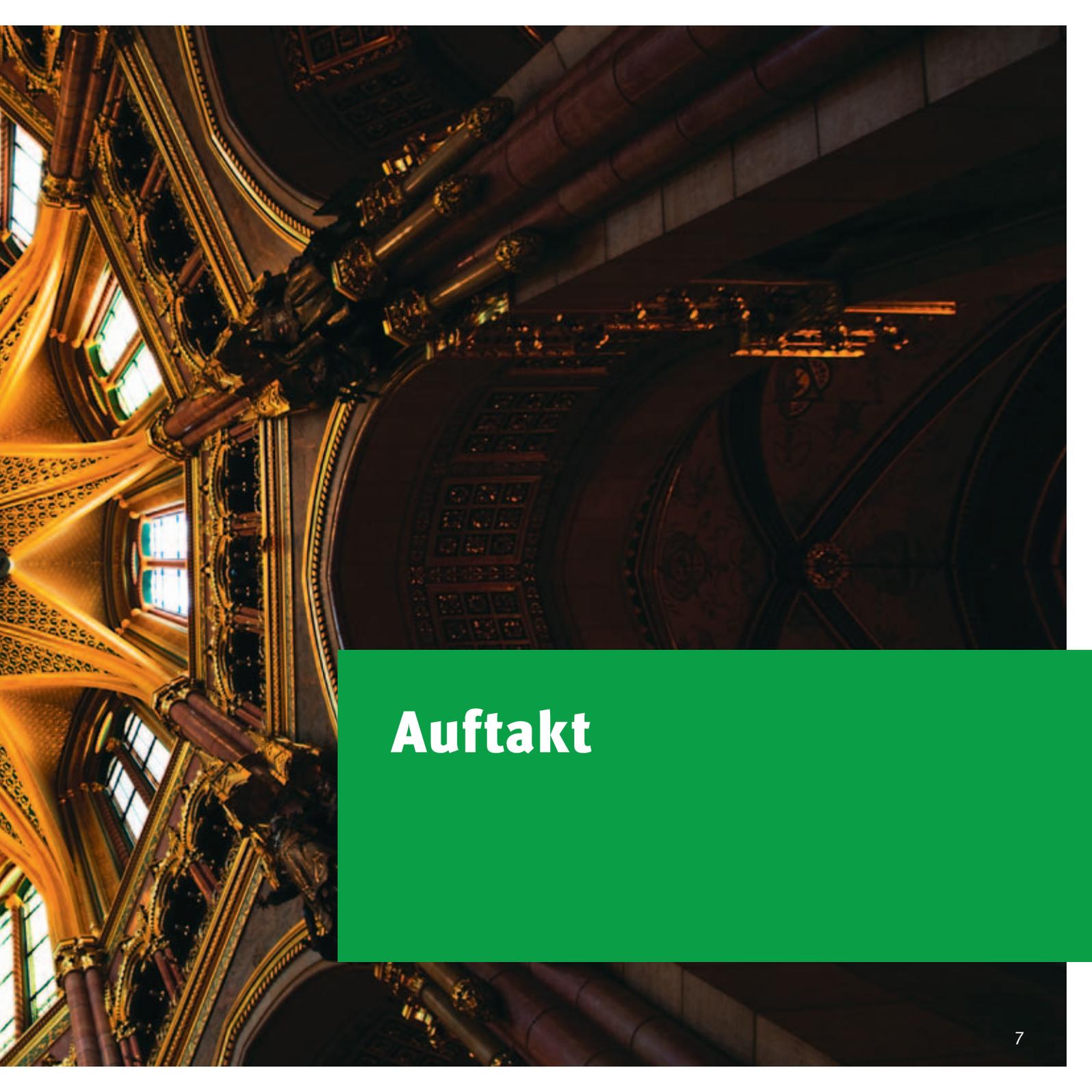
Dr. Gergely Gulyás 102
Nationale Vielfältigkeit in Europa

Dr. Matthias Rößler 107
Integrationsdynamik in Mitteleuropa darf nicht zurückgehen

Vitae 110







Auftakt



Die schaffende und schützende Kraft des mitteleuropäischen Gedankens

Dr. László Kövér

» Sehr geehrter Präsident Rößler,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Gäste,

ich begrüße alle Teilnehmer hochachtungsvoll im Gebäude
des ungarischen Parlaments zur diesjährigen Konferenz des
Forums Mitteleuropa. Herzlich Willkommen in Budapest!

Wir treffen uns in einer Zeit namhafter Jubiläen: In diesem
Jahr wird das durch den Sächsischen Landtag initiierte und

durch die Dresdner Erklärung geschaffene Forum Mitteleu-
ropa fünf Jahre alt. 25 Jahre alt ist die politisch handlungs-
fähigste Institution des Gedankens von Mitteleuropa, die
Zusammenarbeit von Visegrád, und wir feiern den 60. Jah-
restag der ungarischen Revolution und des Freiheitskamp-
fes von 1956.

Auch das Motto unserer Konferenz „Miteinander in Mittel-
europa: gestern, heute, morgen“ macht uns auf die Bedeu-
tung der verschiedenen Zeitebenen aufmerksam, die ich –

mit Ihrer Erlaubnis – am liebsten so interpretieren würde, dass es um unsere gemeinsamen Aufgaben hier in Mitteleuropa geht, damit wir uns morgen nicht wieder mit den Gefahren von gestern konfrontiert sehen.

Nach den zeitlichen Koordinaten ist es angebracht, auch den Raum zu klären, d. h. zu fragen, wo ist Mitteleuropa? Zu diesem Thema könnten wir mehrere Tage lang aus einer bibliotheksfüllenden Literatur zitieren, die hervorragende Geisteswissenschaftler und politische Denker geschaffen haben. Aber ich gedenke keinesfalls, Sie dem aussetzen und die Rechte des Hausherrn so unhöflich zu missbrauchen. Stattdessen möchte ich mich lediglich auf diejenige mögliche Raumbestimmung beschränken, der zufolge Mitteleuropa der Teil Europas ist, der vom Osten her gesehen im Westen und vom Westen her gesehen im Osten liegt.

Ich möchte jedoch den Versuch unternehmen, eine kurze Antwort auf die Frage zu geben, was in unseren Tagen das grundlegend Gemeinsame des über eine schwere historische Vergangenheit verfügenden vielfarbigem Mitteleuropas ist, auf die Frage nach dem stärksten Band, das die – miteinander stets im historischen Wettbewerb stehenden – mitteleuropäischen Nationen und Staaten verbindet.

Dieses starke und wertvolle Band, meine Damen und Herren, ist meines Erachtens nach nichts anderes als die aus ähnlichen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen entspringende, auf einer ähnlichen Werte- und Interessengemeinschaft beruhende Identität der Bürgerinnen und Bürger in Mitteleuropa.

Heutzutage ist in Mitteleuropa die auf christlichen Wurzeln basierende kulturelle Werteidentität ein immer stärker werdendes Element der Identitätsbildung. In der Wirtschaft der Region sind es neben dem Wettbewerb das Aufeinanderangewiesensein und die Kooperation, in der Politik ist es die staatliche Souveränität.

Diese Identitätselemente verstärken sich in dem Maße, wie die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen und äußeren Angriffe spürbar werden und sich nähern und wie diese Bedrohungen Erinnerungen an jene Zeiten ins Bewusstsein rufen, in denen es nicht ratsam war, die verbindende Kraft der christlichen Kultur, den Interessenabgleich der kleinen mitteleuropäischen Völker oder aber die staatliche, die nationale Selbstständigkeit zu erörtern.

Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Erklärung dafür, warum es heutzutage den Anschein hat, dass sich die mitteleuropäische Identität erneuert. Warum scheint man in unseren Tagen die mitteleuropäische Identität stärker als die europäische Identität zu spüren? Die Antwort auf diese spannende Frage ist in der Geschichte zu finden und die fachlich berufenen Referenten unserer Konferenz werden diese vielleicht auch ansprechen.

Für die kleinen Nationen Mitteleuropas ging es in den vergangenen mehr als 500 Jahren ihrer Geschichte – im Gegensatz zu den älteren Mitgliedsstaaten der Union – nicht um die Kolonialisierung, die Expansion, die Zerstörung anderer Kulturen, sondern bloß um die mit enormer Leidenschaft und enormen Opfern verbundene Verteidigung ihrer Existenz und ihrer eigenen Identität – ihrer Sprache, ihres Glaubens, ihrer Kultur und, denken wir nur an die Jahre 1456

oder 1956, um den Schutz der europäischen Zivilisation. Deshalb schauen sie auf ihre eigenen nationalen Werte, auf ihr Europäisch-Sein, nicht von Gewissensbissen und Komplexen belastet, sondern mit Stolz.

Meines Erachtens war die Region Mitteleuropa immer der Gewinner politischer und wirtschaftlicher Integrationsbestrebungen des Kontinents, während sie stets der Verlierer einer politischen und wirtschaftlichen Desintegration war.

Verloren hat die Region insbesondere in den Situationen, als Mitteleuropa zur Konfrontationszone der Großmächte unseres Kontinents wurde, oder aber der Großmächte außerhalb Europas, die ihren Einfluss und ihre Herrschaft auf dem Kontinent auszudehnen wünschten.

1989/90 wollte Mitteleuropa aus dieser Rolle der Konfrontationszone ausbrechen, meldete den Anspruch auf eine Integration in die glücklichere Hälfte Europas an, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg frei und demokratisch zu entwickeln vermochte. Heute jedoch wollen die globalen geopolitischen Interessen, denen an der Schwächung Europas gelegen ist, die Region in ihre frühere Rolle zurückzwingen.

Es gibt mehrere Mittel, Europa zu schwächen und Mitteleuropa erneut unter Druck zu setzen. Ich erwähne jetzt nur das aktuell für jedermann am meisten spürbare Mittel: das Phänomen der massenhaften Einwanderung. Im demografisch rückläufigen Europa ist nicht die Migration selbst gefährlich, sondern ihre möglichen Wirkungen sind es: die Schwä-

cherung der Souveränität der europäischen Staaten unter Missbrauch des Berufens auf Solidarität, d.h. die Schwächung des auf dem Willen des Volkes beruhenden demokratischen Systems Europas; die Aufspaltung der europäischen Wertehomogenität christlichen Ursprungs unter einem Missbrauch des Kennwortes „Aufnahme“ und das Zerrütten der relativen gesellschaftlichen Stabilität Europas unter Bezug auf das Schlagwort „Integration“.

Es ist eine schlechte Nachricht, meine sehr verehrten Damen und Herren, und es weisen immer mehr Zeichen darauf hin: Es gibt Leute, die die Migration bewusst missbrauchen wollen, die bewusst die europäische Demokratie, Stabilität und Kultur zugrunde richten wollen. Ich möchte nur ein derartiges Anzeichen betonen: Das Bestreben der Bürokraten der verschiedenen wichtigen europäischen Organisationen, dass wir keinen Unterschied zwischen Wirtschaftsmigranten und Personen, die im Sinne des Völkerrechts als Flüchtlinge einzustufen sind, machen sollen. Wir sollen sie in gleicher Weise behandeln, ihr Einströmen als sozusagen „gemischte Migration“ ansehen und ihnen unsere Tore öffnen.

Dieses Bestreben ist einerseits moralisch inakzeptabel, da es ein Gleichheitszeichen zwischen Flüchtlinge setzt, die ihr Leben retten wollen, und Migranten, die bloß nach dem europäischen Lebensstandard streben. Andererseits ist dieses Bestreben auch politisch inakzeptabel, weil es mit dem Verwischen der Begriffsgrenzen zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten die bestehenden, sich auf Migranten beziehenden, ausschließlich nationalen Kompetenzen auflösen will, oder aber die sich auf Flüchtlinge beziehenden und von den einzelnen Staaten in internationalen Abkommen freiwillig übernommenen, ihre Souveränität



betreffenden Pflichten auch auf die Wirtschaftsflüchtlinge ausweiten würde.

All das geschieht zu einer Zeit, in der mehrere Hundertmillionen potenzielle Wirtschaftsmigranten außerhalb der Grenzen Europas leben, in der weltweit drei Milliarden Menschen von einem Tageseinkommen von weniger als zwei Dollar leben und diese Zahl jährlich um 80 Millionen ansteigt.

Unter diesen Umständen bedarf es bei einer Außerachtlassung der Realitäten in diesem Umfang auch in der Angele-

genheit der Migration eines nüchternen, verantwortlichen und humanen europäischen Selbstschutzes: des Anhörens der Meinung der europäischen Wähler, der Achtung des europäischen Volkswillens, eines wirksamen Schutzes der Außengrenzen Europas und dadurch des Bremsens der auf unseren Kontinent gerichteten illegalen Migration. Es bedarf der Obhut für die nach den Regeln des Völkerrechts als Flüchtlinge geltenden Menschen – möglichst nah an ihrem Heimatland – und, falls erforderlich, der Aufnahme einer an der Kraft der europäischen Länder bemessenen Hilfe für die Krisenländer bei der Behebung bzw. Linderung der Ursachen der Migration.

Ungarn strebt dies an: Bei der Volksabstimmung am 2. Oktober bitten wir die ungarischen Wähler um ihre Meinung. Und wir schützen unsere Grenzen, weil wir wissen, dass der europäischen Freiheit nicht nur mit der Öffnung der Grenzen gedient werden kann – wie wir Ungarn dies im Jahr 1989 bewiesen –, sondern auch mit dem Beseitigen einer illegalen, die staatliche Souveränität beeinträchtigenden Passierbarkeit der Grenzen, wie wir es 2015 taten. Bei dieser Bestrebung bekam und bekommt Ungarn die meiste Unterstützung aus Mitteleuropa, und dafür sind wir zum Dank verpflichtet.

Der dreifache Jahrestag, der unsere heutige Konferenz prägt, erinnert auch daran, dass die Bereitschaft zum europäischen Selbstschutz in Mitteleuropa am stärksten ist. Die Gründe für den ungarischen Freiheitskampf vor 60 Jahren wurzelten in der Wirklichkeitsferne der damaligen heuchlerischen und aggressiven politischen Elite, in der Missachtung der Souveränität Ungarns, im Herumtreten auf unseren nationalen Werten und im Ersticken der sozialen Gerechtigkeit.

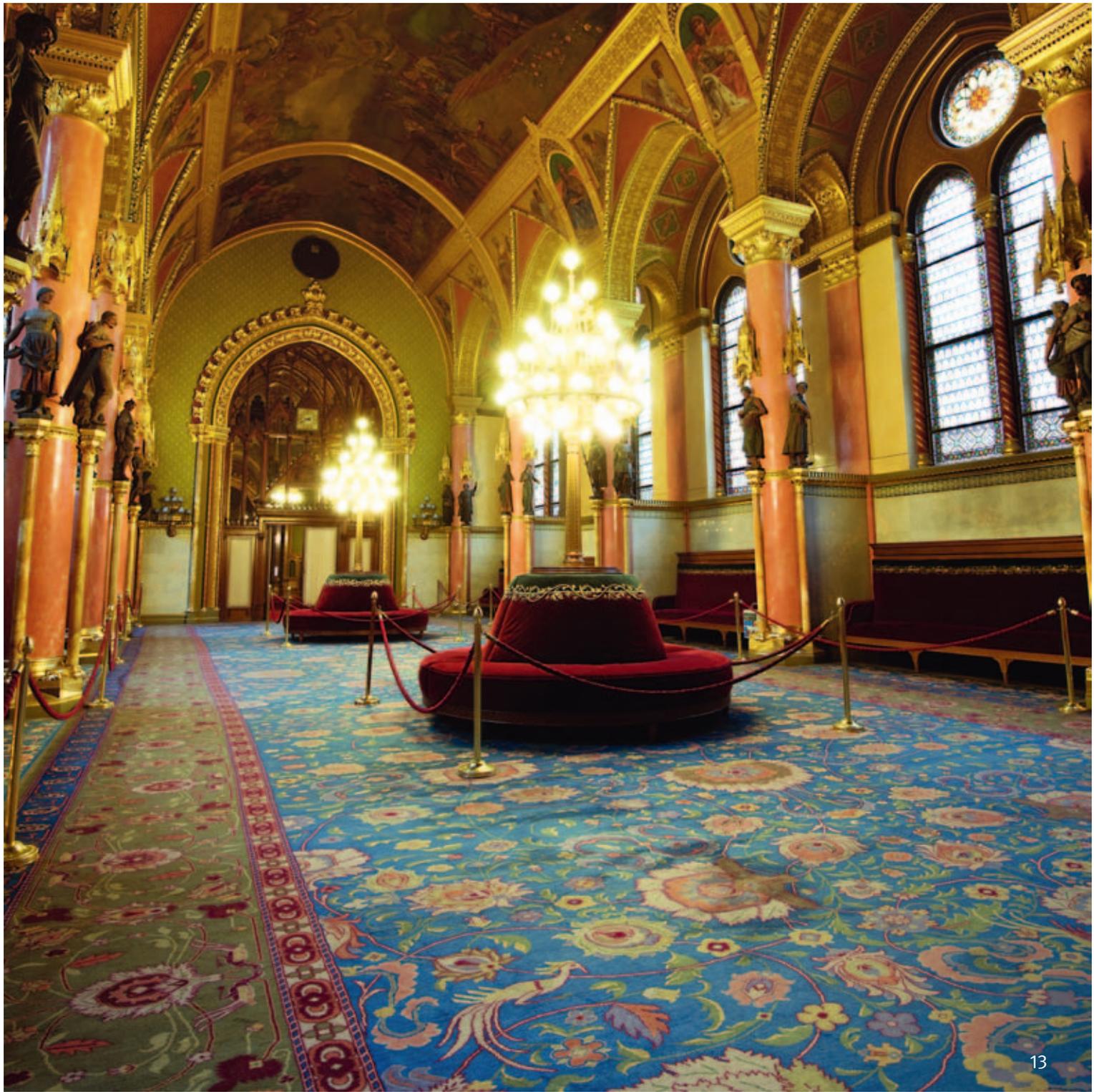


Die Wiederbelebung der Visegráder Zusammenarbeit vor 25 Jahren, die aus dem Beispiel des mehr als 600jährigen historischen Vorläufers schöpft, wurde heutzutage mit dem polnischen, tschechischen, slowakischen und ungarischen Engagement zu einem unumgänglichen Vertreter des mitteleuropäischen Gedankens. Gemessen an der Anzahl der Gesamtbevölkerung handelt es sich bei den Visegráder Staaten nach Deutschland und Frankreich um die drittstärkste Kraft in der Europäischen Union.

Die vor fünf Jahren angenommene Dresdner Erklärung des Forums Mitteleuropa beweist, dass die schaffende und schützende Kraft des mitteleuropäischen Gedankens, der eine Werte- und Interessengemeinschaft aufdeckt, zunimmt. All dies ist, meine Damen und Herren, eine sehr gute Botschaft in einer von sehr schlechten Nachrichten belasteten Welt, und ich wünsche uns, dass nach dem Forum Mitteleuropa in den Städten Prag, Breslau und Klosterneuburg die heutige Budapester Konferenz diese Botschaft verstärkt.

Möge unsere heutige Konferenz diese unsere mitteleuropäischen Bestrebungen, die verhindern wollen, dass Europa im 21. Jahrhundert erneut zum Opfer von geopolitischen Interessen und Spielen außerhalb Europas wird, stärken. Möge sie unseren Willen bekräftigen, dass Mitteleuropa nicht eine Konfrontationszone, sondern ein Bindeglied zwischen euroatlantischen und euroasiatischen Interessen wird. Möge sie uns Mitteleuropäer darin festigen, dass wir nicht nur durch unsere Bereitschaft, sondern auch durch unsere Zusammenarbeit die Fähigkeit haben, der Europäischen Union dabei eine Hilfe zu sein, damit sie unter Beachtung ihrer Gründungsziele und Grundprinzipien und unter Respektierung der Souveränität der europäischen Nationalstaaten und der eigenen kulturellen Grundlagen der Garant des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands in Europa bleibt.

Ich wünsche Ihnen allen eine inhaltsreiche Tagung und einen angenehmen Aufenthalt in Budapest! «





Kluges politisches Handeln in Mitteleuropa nötig

Dr. Matthias Rößler

» Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Kollege László Kövér, sehr geehrter Herr Vizepräsident Gulyás, Frau Präsidentin Brettschneider, Herr Präsident Penz, verehrte Abgeordnete der Ungarischen Nationalversammlung, des Europäischen Parlaments und des Sächsischen Landtags, verehrte Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke dem Präsidenten dieses Hohen Hauses, Kollegen Kövér, recht herzlich für seine Worte. Ich danke ihm ferner

für die Möglichkeit, dass unser Forum Mitteleuropa 2016 in Budapest tagen kann – in einem der schönsten Parlamentsgebäude der Welt.

Budapest, diese mitteleuropäische Metropole mit ihrer großen Vergangenheit und ihrer, da bin ich mir sicher, sehr guten Zukunft, hat mich früh in ihren Bann gezogen. Mit 18 Jahren, gleich nach dem Abitur, bin ich 1973 das erste Mal in der ungarischen Hauptstadt gewesen: Das erste Mal geflo-

gen, die erste Pepsi-Cola getrunken, erstmals in der DDR verbotene Bücher in der Váci utca gekauft. Alles wirkte auf mich freier, ein bisschen wie im Westen.

Ich war beeindruckt von den historischen Bauten, begeistert von den Museen und fasziniert von den Ungarn, ihrer Lebensart und ihrer Geschichte. Viele alte Erinnerungen stiegen daher in mir auf, als ich zuletzt vor drei Monaten nach meinem Besuch bei Ihnen, verehrter Herr Präsident, über die Széchenyi-Kettenbrücke lief – benannt nach István Széchenyi, einem der großen Modernisierer der ungarischen Nation im 19. Jahrhundert.

Budapest, „Stadt der Brücken“, las ich jüngst in einem Artikel in der Budapester Zeitung. In dem Text über eine Ausstellung an der Andrassy Universität ging es neben den guten deutsch-ungarischen Beziehungen besonders um das Symbol der Brücke als Verbindung zwischen Menschen und Kulturen, als Sinnbild des Miteinanders.

Das von mir 2011 ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag versteht sich als eine solche Brücke. Es versucht, aus dem Herzen Europas, aus Mitteleuropa heraus Impulse für ein stärkeres Miteinander in der Europäischen Union zu geben – Impulse für eine freiheitliche und solidarische Bürgergesellschaft, Impulse für lebendige mitteleuropäische Identitäten und Traditionen, Impulse für die gemeinsame Kultur, die unsere Nationen verbindet, sowie Impulse für gelebte europäische Werte in einem Mitteleuropa der Partnerschaft.

Dieses Anliegen, meine Damen und Herren, ist aktuell. Machen doch der EU momentan erhebliche innere Differenzen zu schaffen.

Gerade deshalb geht es darum, nicht das Trennende in den Vordergrund zu stellen. Wir müssen stattdessen das Verbindende betonen, und wir müssen neue Brücken bauen und dürfen die alten nicht leichtsinnig abbrechen. Die Gemeinsamkeiten und das zusammen Erreichte dürfen nicht aus unserem Blick geraten. Keine Frage, auch die strittigen Themen müssen auf den Tisch. Dennoch sage ich, wir müssen stärker über das Miteinander sprechen.

Unsere fünfte Konferenz des Forums Mitteleuropa steht daher unter dem Motto „Miteinander in Mitteleuropa – gestern, heute, morgen“. Sie nähert sich dem Thema aus einer historischen und aus einer aktuellen Perspektive. Beide – Sie werden es sehen – sind für unsere Gegenwart wie für unsere Zukunft wichtig und unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, die von unserem Forum vertretene identitäts- und freiheitsbezogene Idee von Mitteleuropa als einem Raum pluraler Vielfalt und Kultur, als einer Wertegemeinschaft, die im Christentum und der Aufklärung wurzelt, die auf Demokratie und Rechtsstaat beruht, in der Bürgerfreiheit und Kooperation im Vordergrund stehen, ist auch das Vermächtnis vergangener Freiheitskämpfe. Besonders die Revolutionen gegen die kommunistischen Regime im 20. Jahrhundert sind in meinen Augen ein verbindendes Element zwischen unseren Gesellschaften.

Nach dem Volksaufstand 1953 in der DDR, den Erhebungen in Böhmen oder Polen, war der Ungarnaufstand 1956 zweifelsfrei der Höhepunkt im Freiheitskampf der mitteleuropä-

Auftakt

ischen Völker gegen den Kommunismus. Alle wurden sie jedoch brutal niedergeschlagen, so auch 1968 der „Prager Frühling“. In Polen entstand 1980 mit der Solidarność eine gesellschaftliche Gegenbewegung, die ich als junger Gastwissenschaftler während der Zeit des Kriegsrechts in Danzig hautnah erlebte. Das alles hat mich tief geprägt.

1989 haben wir uns in einer mitteleuropäischen Freiheitsrevolution selbst aus der Unterdrückung der totalitären Diktatur befreit. Wir haben in der Mitte unseres Kontinents Weltgeschichte „gemacht“. Das verbindet uns, das erfüllt uns mit Stolz und das ist Teil unserer gemeinsamen Identität. Die mitteleuropäischen Bürgerbewegungen agierten vereint im Ziel, künftig in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu leben. Sie überwandten so Europas Spaltung und machten die heutige EU, in der wir Mitteleuropäer selbstbewusst neben den bisher dominierenden West- und Südeuropäern stehen, überhaupt erst möglich.

Unterdrücktsein und Selbstbefreiung sind intensive gemeinsame Erfahrungen in unseren Ländern. Eine weitere Erfahrung ist die gesellschaftliche Transformation seit 1990 mit all ihren Erfolgen und Gewinnern, aber auch mit ihren Härten und Verlierern. In Ungarn, Tschechien, Polen, der Slowakei und in Ostdeutschland durchziehen unsere Gesellschaften daher ähnliche soziale und biographische Brüche – sichtbar bis in die Gegenwart.

Neben der Stabilität in den einzelnen Gesellschaften ist Stabilität in den Beziehungen zwischen Europas Staaten bedeutsam. Meine Damen und Herren, lange Zeit verlief die europäische Integration gut. Die EU fand ihre neue Mitte, als die Staaten Mitteleuropas ihren Weg in die Union fan-

den. Einfach zu beschreiten war dieser Weg nie. Es gab Konflikte, aber es gab stets auch viel Einendes.

Heute sehe ich mit Sorge neue Risse in Europas Mitte. So vieles hat sich mit der Migrations- und Flüchtlingskrise im Verhältnis zwischen unseren Ländern geändert. Da werden riskante Sonderwege beschritten. Das gilt für Deutschland mit seiner arglosen „Politik der offenen Tür“ genauso wie für die rigide Ablehnung einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik. Diese Sonderwege gefährden aber unser Miteinander. Sie führen zu einer neuen Spaltung und nähren alte Vorurteile.



Vermeehrt bestimmen wieder Fragen nach dem gegenseitigen Verständnis die Diskussion, auch Fragen nach den verschiedenen Interessen in den Ländern.

Aber haben wir Mitteleuropäer nicht viele gemeinsame Werte und Interessen? Haben wir nicht gemeinsame Interessen, die uns zusammenhalten, über die wir uns stärker verständigen müssen, die wir in größeren Einklang bringen und stärker herausstellen müssen? Und: Wie können die Länder Mitteleuropas zu einem stärkeren Vertrauen zurückfinden?

Sachsen hat historisch und kulturell immer zu Mitteleuropa gehört. Gerade der Osten Deutschlands teilt mit seinen östlichen Nachbarn ein gemeinsames historisches Schicksal. Und wir werden den Ungarn nie vergessen, dass sie für uns 1989 das erste Loch in den Eisernen Vorhang schnitten. Nicht zuletzt deshalb bewegen uns diese Fragen besonders.

Meine Damen und Herren, wir leben heute in Mitteleuropa in einer Zeit des Friedens und des Wohlstands. Beides müssen wir uns durch kluges politisches Handeln erhalten. Weil die EU im Moment größter Herausforderungen an entscheidenden Stellen zu versagen droht, sind es gegenwärtig die Nationalstaaten, die handeln – leider auf sehr verschiedene Weise.

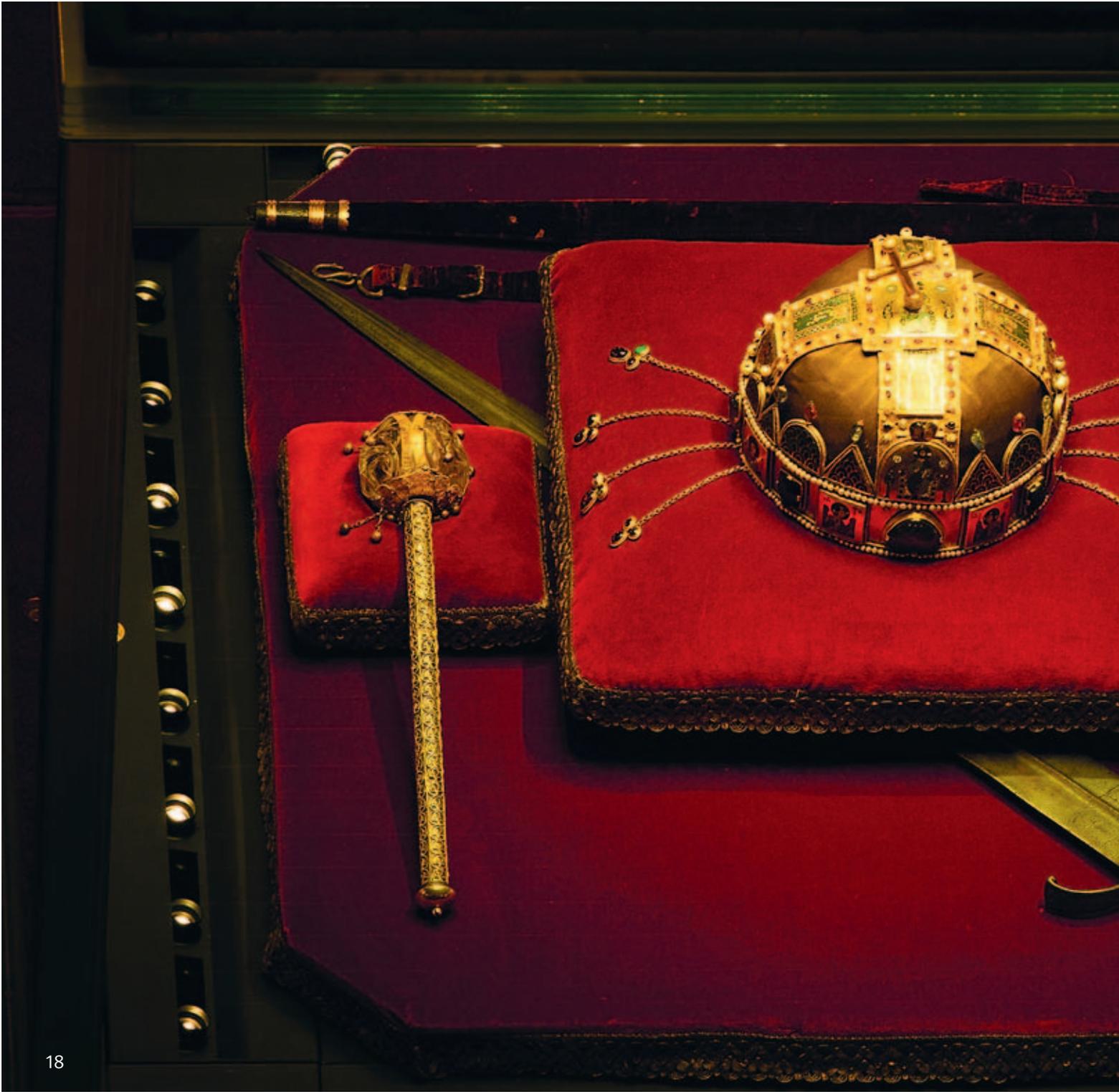
Kein europäischer Staat kann dabei allein die Probleme bewältigen, zumal Sonderwege oft Irrwege sind. Die Wahrung der nationalen Souveränität und Interessen muss daher mit der notwendigen europäischen Solidarität in Einklang ge-

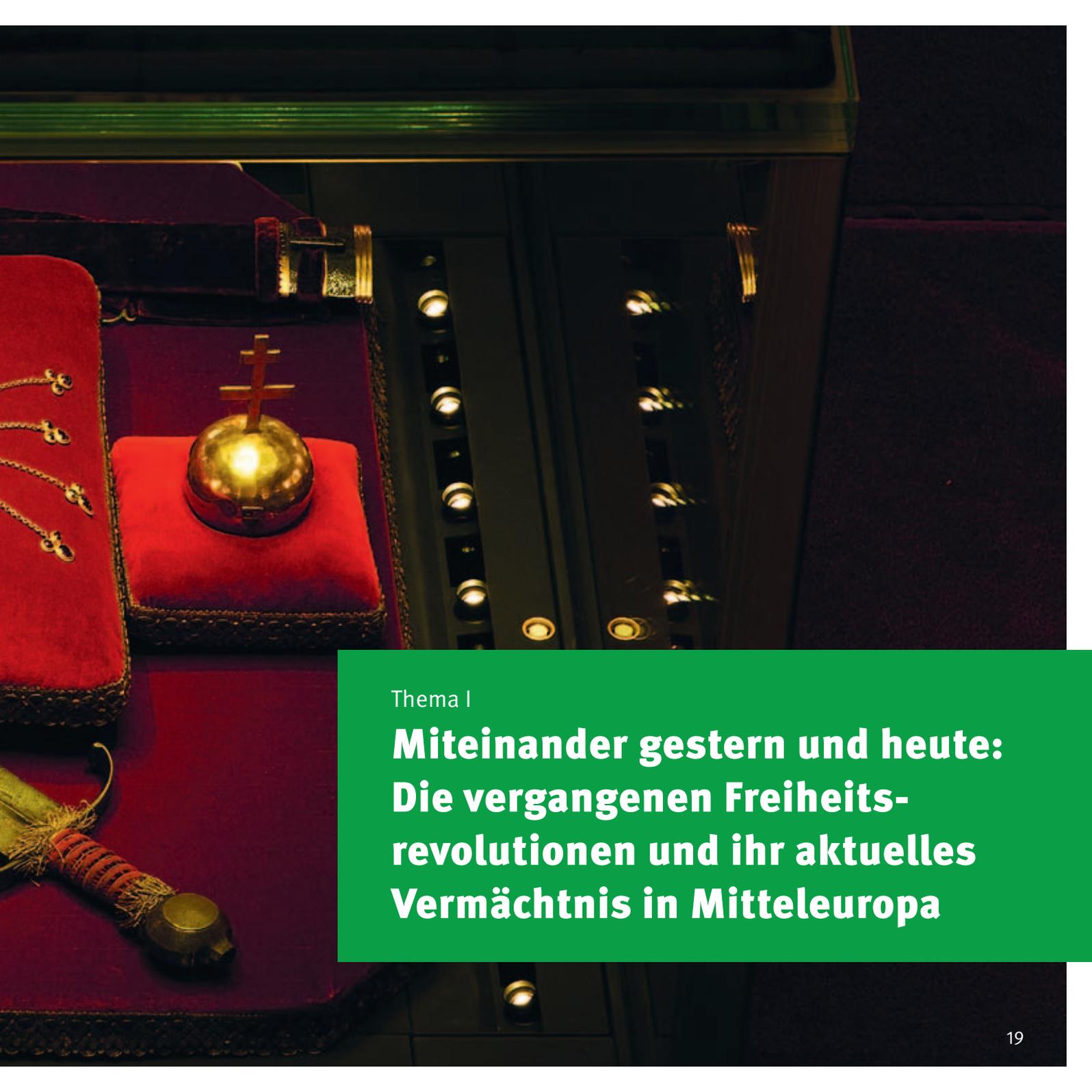
bracht werden. Alle Seiten sollten daran arbeiten, dass ihre Vertretung der eigenen Interessen in eine für alle praktikierbare Politik verwandelt werden kann. Hierbei ist die Mäßigung im Dialog mit der Bestimmtheit im Handeln zu verbinden. Denn das ist im Interesse aller, denen an einem stabilen, starken Europa gelegen ist.

Meine Damen und Herren, unsere Tagung greift diese Aspekte in verdichteter Form auf. Ich freue mich sehr, den renommierten österreichischen Historiker Prof. Dr. Michael Gehler für den ersten Impulsvortrag zum ungarischen Freiheitsaufstand 1956 gewonnen zu haben. Er ist unser Retter in der Not, denn leider kann unser ursprünglicher Referent, Professor Ferenc Glatz, aus gesundheitlichen Gründen nicht vortragen. Professor Gehler ist u.a. Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Nach seinem Vortrag erleben wir eine Diskussion mit ihm und Teilnehmern aus weiteren drei Ländern – alle profunde Kenner der Materie.

Am Nachmittag begrüßen wir mit Prof. Dr. Ludger Kühnhardt einen ausgewiesenen Experten für europäische Integration. Professor Kühnhardt leitet in Bonn das Zentrum für Europäische Integrationsforschung – und er ist mit einer Ungarin verheiratet. Sein Vortrag widmet sich der nicht leichten Thematik der gegenwärtigen Interessen in Mitteleuropa. In der sich anschließenden Diskussion bringen die Teilnehmer aus Ungarn, Tschechien und Polen die politische Perspektive ebenso ein wie die politikwissenschaftliche. Wir dürfen darauf gespannt sein.

Ich danke Ihnen.«





Thema I

Miteinander gestern und heute: Die vergangenen Freiheits- revolutionen und ihr aktuelles Vermächtnis in Mitteleuropa



Der Freiheitsaufstand in Ungarn 1956

Prof. Dr. Michael Gehler

» Die Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955, der alliierte Truppenabzug und die immerwährende Neutralität vom 26. Oktober 1955 bewirkten in der Bevölkerung Ungarns eine noch nicht dagewesene Österreich-Euphorie. Die Politik des Nachbarn wurde bewundert. Die wachsende Zuneigung war auch in reformkommunistischen Kreisen vernehmbar. Der Friedensvertrag mit Ungarn von 1947 sah bei einem sowjetischen Truppenabzug aus Österreich auch ei-

nen solchen aus Ungarn vor, wogegen der Abschluss des Warschauer Pakts vom 14. Mai 1955 einen Riegel vorzuschieben versuchte.

Der 20. Parteitag der KPdSU 1956 markierte eine Wende in den Beziehungen der Sowjetunion zu ihren verbündeten Staaten. Der Stalinismus wurde schon im Zuge des „Tauwetters“ nach Stalins Tod am 5. März 1953 abgeschwächt,

nun aber der Prozess der „Entstalinisierung“ durch die „Geheimrede“ von Nikita S. Chruschtschow am 25. Februar 1956 auf besagtem Parteitag eingeleitet. Mit der Verkündung der „Demokratisierung“ setzte der zu erwartende Machtverlust des Stalinisten Mátyás Rákosi in Ungarn ein, der schließlich Ende Juni 1956 zu dessen Rücktritt führte. In der polnischen Messestadt Posen war es am 30. Juni 1956 zu Arbeiter- und Studentenrebellionen gegen die polnische Regierung gekommen, die auch einen Einfluss auf die späteren Unruhen in Ungarn hatten.

Verlauf der revolutionären Ereignisse im Oktober und November 1956

Am 23. Oktober 1956 kehrte eine ungarische Regierungsdelegation mit dem Ersten Generalsekretär des ZK, Ernő Gerő, an der Spitze von ihrem Besuch aus Jugoslawien zurück. Das Politbüro der „Partei der Ungarischen Werktätigen“/ Magyar Dolgozók Pártja (MDP) kam sofort zu einer Sitzung über die angespannte ökonomische und politische Lage in Ungarn zusammen. Studenten der Technischen Universität Budapest war zunächst eine Demonstration untersagt worden, dann aber wurde das Verbot aufgehoben. Sie trafen am Platz des polnischen Generals Józef Bem auf der Budaer Donauseite ein (Bem kämpfte 1849 als Befehlshaber für die Revolution und die nationale Unabhängigkeit) und zogen anschließend zum Parlament, wo sich eine sehr große Menge versammelte. Die Demonstrationen hielten bis abends an. Vor der Volksvertretung sammelten sich rund 200.000 Menschen und riefen nach Meinungs- und Pressefreiheit, forderten freie Wahlen, die Unabhängigkeit von der UdSSR

und die Ernennung des Reformers Imre Nagy zum Regierungschef. Die Hochschüler verlangten die Verlesung ihrer Forderungen im Rundfunk, darunter waren Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, ein parlamentarisches Mehrparteiensystem und die nationale Unabhängigkeit sowie die Bestrafung der Verantwortlichen des Rákosi-Systems, darunter Rákosi selbst und seines ehemaligen ZK-Sekretärs Mihály Farkas, die Beseitigung der Ablieferungsquoten in der Landwirtschaft und das Streikrecht. Darüber hinaus tauchte auch das Postulat auf, das Wappen von Lajos Kosuth wieder zu verwenden, was das Symbol der ungarischen Revolution von 1848 war und 1946 das Staatswappen wurde. Ebenso sollte der 15. März, der Gedenktag der Revolution von 1848, als Nationalfeiertag dienen.

Dagegen strahlte der Rundfunk um 20 Uhr eine Ansprache Gerő's aus, die gegen die Demonstranten gerichtet war, was deren Unmut nur noch steigerte. Eine Stunde später folgte eine Rede Nagys beim Parlament, der die Demonstranten aufforderte, nach Hause zu gehen. Kurz danach kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen beim Rundfunkgebäude, die sich auf die Stadt ausweiteten. Das Stalin-Denkmal war gestürzt und mit einem Traktor vor das Parlament gebracht worden. Dort wurde es demoliert, zerhackt und zerschlagen. Das ZK der MDP trat zusammen und beriet sich die nächsten fünf Tage nahezu fortlaufend. Innerhalb der Partei wurde ein Militärausschuss gebildet. Gegen Mitternacht trafen bereits sowjetische Truppen in Budapest ein und griffen die Aufständischen an.

Tags darauf wurde die Ablösung des ungeliebten Gerő's, dem auch die Entmachtung des bisherigen Regierungschefs András Hegedűs folgte, und die Ernennung Nagys zum Mi-

nisterpräsidenten bekanntgegeben, der eine harte Linie zu verkörpern schien. Er rief zum Einstellen der Kampfhandlungen auf und sicherte den Aufständischen Amnestie zu, sollten sie die Waffen niederlegen. Inzwischen waren auch die sowjetischen Emissäre Michail Andrejewitsch Suslow und Anastas Iwanowitsch Mikojan in Budapest eingetroffen. Der Aufstand breitete sich gleichzeitig auf andere Städte Ungarns aus. Ein landesweiter Generalstreik setzte ein. Erste unabhängige Druckwerke und Zeitungen erschienen.

Nach der sowjetischen Militärintervention am 24. Oktober hatte sich aus dem Aufstand gegen die stalinistische Diktatur in Ungarn ein nationaler Freiheitskampf gegen „die Russen“ entwickelt. Die Forderungen lauteten nun nach unverzüglichem sowjetischem Truppenabzug, denn eine demokratische Umgestaltung Ungarns erschien nur nach Rückzug der russischen Militärs aussichtsreich.

Am Vormittag des 25. Oktober beschossen Sicherheitstruppen vor dem Parlament friedliche Demonstranten und mit ihnen fraternisierende Besetzungen von Sowjetpanzern. Es gab hunderte Tote und Verletzte. Das „Amt für Staatssicherheit“/Államvédelmi Hatóság (ÁVH) wurde dafür verantwortlich gemacht. Die Hintergründe konnten nie zur Gänze geklärt werden. In der Mittagszeit wurde über Rundfunk die Absetzung Gerős und die Nominierung János Kádárs zum Ersten Sekretär der MDP kundgemacht. Igazság erschien als erstes unabhängiges Presseorgan des Revolutionsrates der Universitätsjugend. Am nächsten Tag fanden bewaffnete Auseinandersetzungen nahezu im gesamten Land statt. Arbeiter-, National- und Revolutionsräte konstituierten sich in den meisten Betrieben und Gemeinden. In Mosonmagyaróvár und Miskolc schossen Grenzwächter der Staatssi-

cherheit und andere Sicherheitskräfte auf Demonstranten und töteten dabei viele Menschen. Den Massakern folgten mehrfach Akte der Lynchjustiz. Das ZK der MDP rief zum Ende der Kämpfe auf und sicherte „Änderungen im Allgemeinen“ zu.

Am 27. Oktober gab Nagy im Rundfunk die Bildung einer neuen Regierung bekannt, die aus weniger belasteten und verfolgten Kommunisten der Rákosi-Zeit bestand. Tags darauf fanden Verhandlungen zwischen den Aufständischen und den Führern der Streitkräfte statt. Der Militärausschuss der MDP beabsichtigte, gegen die Aufständischen in der Budapester Corvin-Passage vorzugehen. Nagy verhinderte ein gewaltsames Einschreiten und verfolgte eine politische Einigung, indem er über Rundfunk einen Waffenstillstand verkündete. Gegen frühen Abend wandte er sich wieder per Rundfunk an die Öffentlichkeit, die Aufstände würden als „national-demokratische Revolution“ anerkannt, die Sowjettruppen die Hauptstadt verlassen sowie die Grundsatzforderungen der Aufständischen erfüllt und vor allem die Auflösung der Staatssicherheit vollzogen. Im Polizeipräsidium begann indes die Aufstellung der Nationalgarde. Am 29. Oktober richtete Josip Broz Tito ein Schreiben an das ZK der MDP, in dem er die jüngsten Entwicklungen guthieß, aber auch warnte.

Inzwischen eskalierte eine Krise im Nahen Osten, nachdem der ägyptische Staatspräsident Gamel Abdel Nasser den Suezkanal verstaatlicht hatte. Am 24. Oktober unterzeichneten Frankreich, Großbritannien und Israel in einem Vorort von Paris ein Geheimabkommen, das einen Angriff gegen Ägypten vorsah. Der vor den USA geheim gehaltene Plan wurde alsbald realisiert. Am 29. Oktober startete Israel den



Vormarsch und zwei Tage später begannen britische und französische Bombardements auf ägyptische Flughäfen. Die Suezkrise kam für die aufständischen Ungarn zur Unzeit und lenkte die Weltöffentlichkeit von dem Aufstand in ihrem Lande auf den Konflikt im Nahen Osten ab, der viel mediale Aufmerksamkeit auf sich zog.

Am 30. Oktober erfolgte zunächst noch eine sowjetische Regierungserklärung, welche die „gegenseitige Achtung der Selbstständigkeit der sozialistischen Staaten“ zum Ausdruck brachte. Damit schien die Bereitschaft zu Verhand-

lungen über den Abzug der Truppen aus Ungarn signalisiert. Indes lief die Entwicklung in der ungarischen Hauptstadt völlig aus dem Ruder. Die politischen Verhältnisse drohten, ins Chaos zu stürzen. Bewaffnete Gruppen stürmten die Budapester MDP-Zentrale auf dem Köztársaság-Platz. Zahlreiche Tote in den Reihen der Aufständischen waren die Folge, während 24 Verteidiger des Gebäudes dem Angriff und der darauf folgenden Lynchjustiz zum Opfer fielen.

Am frühen Nachmittag gab Imre Nagy die Umbildung der Regierung auf der Grundlage der Koalition von 1945 bekannt.

Im engeren Kabinett war auch die „Kleine Landwirte-Partei“/Független Kisgazda-Földmunkás és Polgári Párt (FKGP) repräsentiert. Alte und neue Parteien organisierten sich. Ihre Druckerzeugnisse erschienen in den letzten Oktober- und ersten Novembertagen. Am Abend des 30. Oktober wurde aus Armee- und Polizeieinheiten sowie aus Aufständischen ein „Revolutionäres Schutzkomitee“ gebildet. In Győr formierte sich ein „Westungarisches Revolutionskomitee“ unter Vorsitz von Attila Szigethy und am späten Abend erfolgte die Befreiung von Kardinal József Mindszenty aus seiner seit 1948 bestehenden Haft.

Am 31. Oktober wurde in einer Sitzung des „Revolutionären Verteidigungsausschusses“ in der Kilián-Kaserne in Budapest Béla Király zum Befehlshaber der Nationalgarde gewählt. Am Nachmittag gab Nagy bekannt, dass Verhandlungen über Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt eingeleitet worden seien. Für den Kreml war dies ein Alarm-signal. Am Abend beriet die Führung der KPdSU mit einer chinesischen Parteideputation ihre bereits zuvor gefällte Entscheidung über einen abermaligen militärischen Eingriff. Sowjetische Truppen in Rumänien und der Sowjet-Ukraine wurden gegen Ungarn in Bewegung gesetzt.

Am Vormittag des 1. November fanden Verhandlungen der Arbeiterräte und der Nagy-Regierung im Parlament statt. Sie wurden am Nachmittag im Gebäude der Bauarbeitergewerkschaft fortgesetzt. Anschließend erging ein Appell zur Wiederaufnahme der Arbeit. Am Nachmittag zitierte Nagy den sowjetischen Botschafter Juri Andropow zu sich und teilte ihm mit, dass Ungarn aus Protest gegen die erneuten Truppenbewegungen seine Mitgliedschaft im Warschauer Pakt aufkündigt und seine Neutralität erkläre. Kurz vor 20



Uhr gab der ungarische Ministerpräsident dies auch über Rundfunk bekannt und überreichte eine Note an die Botschafter in Budapest, indem er die UNO um Anerkennung der ungarischen Neutralität bat.

János Kádár und Ferenc Münnich begaben sich indes in die sowjetische Botschaft in Budapest und wurden anschließend nach Moskau geflogen, wo sie über die Bildung einer Gegenregierung verhandeln sollten. Eine früher aufgezeichnete Rede von Kádár über die neu gegründete anti-stalinistische „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“/Magyar



Szocialista Munkáspárt (MSZMP) wurde um 22 Uhr im Rundfunk verlesen. Parallel verhandelte eine Delegation des ZK der KPdSU mit Chruschtschow an der Spitze in Brest mit polnischen Parteiführern über die geplante Intervention in Ungarn.

Am 2. November wandte sich die ungarische Regierung in drei Noten gegen den erneuten Einmarsch von sowjetischen Truppen und drängte auf Aufnahme von Verhandlungen über deren Abzug. Nagy protestierte beim Generalsekretär der UNO wegen der russischen Aggression. Der Sicherheits-

rat der Vereinten Nationen beschloss daraufhin, die Ungarnfrage auf die Tagesordnung der Generalversammlung zu setzen.

Chruschtschow und Genossen verhandelten weiter in Bukarest mit rumänischen, tschechoslowakischen und bulgarischen Parteiführern über eine Intervention in Ungarn. Nachts besprach sich Chruschtschow auf der Insel Brioni mit Tito. Dieser war nur scheinbar ein „Freund“ Nagys. Tatsächlich stimmte er der sowjetischen Intervention zu, sagte Hilfe in der „Ausschaltung“ Nagys zu und signalisierte sein Einverständnis mit der Ernennung Kádárs als neuen Regierungschef Ungarns.

Am 3. November stand die dritte Regierung Nagys unter Teilnahme aller 1945er Koalitionsparteien. Am Vormittag begannen die Schein-Verhandlungen zwischen russischen Generälen und der Nagy-Regierung über den Abzug der sowjetischen Truppen. Die Fortsetzung war für den Abend im sowjetischen Hauptquartier in Tököl vereinbart. Zuvor sprach Mindszenty per Rundfunk zur Öffentlichkeit, wobei er die Legitimität der neuen Regierung zwar anzweifelte, aber die Konsolidierung der Lage befürwortete.

Am Abend wurde dann der ungarische General Pál Maléter und die ungarische Verhandlungsdelegation in Tököl von KGB-Leuten verhaftet. In den frühen Morgenstunden des 4. November begann der Generalangriff der sowjetischen Truppen auf Budapest. Um fünf Uhr wurde im Rundfunk die Gründung der Kádárschen „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ verlautbart. Kurz darauf kündigte Nagy noch im Rundfunk den sowjetischen Angriff an. Ohne seinen expliziten Befehl auf Widerstand nahmen die bewaffne-

ten Gruppen in Budapest den Kampf wieder auf. Nagy und seine Umgebung suchten in der jugoslawischen Botschaft Zuflucht und erhielten dort vorerst Asyl. Sowjetische und ungarische Sicherheitsorgane besetzten das Parlamentsgebäude. Staatsminister István Bibó verfasste den offiziellen Protest gegen die gewalttätige Absetzung der rechtmäßigen Regierung Nagy und die verfassungswidrige Gründung des Kádár-Kabinetts.

Die UNO-Generalversammlung trat inzwischen in einer Sondersitzung unter dem Motto „Einigung für den Frieden“ zusammen, um die Gewaltaktion der Sowjets zu verurteilen, nachdem diese die neuerlichen Aufstände blutig erstickt hatten. Nach der Entmachtung und Verhaftung der letzten Koalitionsregierung von Nagy wurde am 4. November in Szolnok das neue Kabinett unter Führung von Kádár gebildet, welches sich als „Ungarische Arbeiter- und Bauernregierung“ bezeichnete. Stellvertretender Regierungschef wurde Ferenc Münnich, Außenminister Imre Horváth, Industrieminister Antal Apró, Landwirtschaftsminister Imre Dögei, Handelsminister Sándor Rónai, Finanzminister István Kossa und Staatsminister ohne Portefeuille Marosán György – alles Kommunisten. Rónai und György waren ehemalige Sozialdemokraten.

Insgesamt dauerten die Kämpfe in Budapest eine Woche, in einzelnen Orten Ungarns mehrere Wochen und in den Gebirgsregionen sogar bis Anfang 1957. Sie forderten auf ungarischer Seite tausende Todesopfer. Die sowjetischen Truppen verloren eigenen Darstellungen zufolge über 700 Personen. Viele Ungarn flohen nach dem gescheiterten Aufstand in den Westen. Nahezu 200.000 waren es an der Zahl, allein über 150.000 flüchteten nach Österreich. Die



meisten Flüchtlinge wurden im Wiener Raum gesammelt und notdürftig versorgt. In Ostösterreich wurden Flüchtlingslager errichtet wie in Traiskirchen oder auf Schloss Liechtenstein in Maria Enzersdorf. Da Österreich nicht alle Flüchtlinge aufnehmen konnte, wurden viele von ihnen auf andere westliche Länder wie Großbritannien, die USA oder Kanada verteilt. Rund 15.000 bis 16.000 verblieben dauerhaft in ganz Österreich.

Hintergründe und Ursachen des Ungarnaufstands

Als langfristige Ursachen für den Aufstand nannte ein Situationsbericht für das österreichische Außenamt zahlreiche Gründe: der äußerst niedrige Lebensstandard, der jahrelange Terror der Staatspolizei, die arbeitsmäßige Ausbeutung der Werktätigen durch ein regelrechtes Antreibersystem, die wirtschaftliche Exploitation des Landes durch die Sowjetunion, die Stationierung sowjetischer Truppen auf ungarischem Staatsgebiet auf unabsehbare Zeit, die systematische Vergewaltigung des Bauernstandes, der rücksichtslos geführte Klassenkampf, die aufgelockerte publizistische Tätigkeit der ungarischen Intelligentsia seit Beginn der Entstalinisierung im März 1956 sowie die Ersetzung Rákosis durch „den verhassten und gefürchteten Linksextremisten“ Gerő.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Aufständischen warf ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung der Bevölkerungsschichten zum Kommunismus: Studenten, Mittelschüler und die proletarisch geprägte Jugend der staatlichen Handwerks-, Gewerbe- und Industrieanstalten, die von der Partei als Kadenschmieden gedacht waren, domi-

nierten den aufflammenden Protest. Die Arbeiter schlossen sich erst im Laufe der Kampftage zögernd an. Die ungarischen Truppen übergaben den Kämpfenden zwar Waffen und Munition, verhielten sich aber zunächst passiv. Nur einzelne Honvéds liefen zu den Aufständischen über. Bürgerliche Kreise beteiligten sich zunächst am Aufstand so gut wie nicht. Der Großteil der Massen füllte zwar die Straßen und demonstrierte, griff jedoch nicht aktiv in die Kämpfe ein.

Was den Charakter der Geschehnisse anbelangt, wurden ebenfalls aufschlussreiche Angaben gemacht. Ein Bericht an das österreichische Außenamt, datiert Ende Oktober 1956, sprach lediglich von einer „Revolte“. Ausbruch, Verlauf und Umfang ließen vorerst nicht auf ein „levée en masse“ schließen. Es handelte sich demnach aber keineswegs um eine geplante und von langer Hand vorbereitete Aktion, sondern um einen spontanen Ausbruch der Verbitterung, was die an vielen Orten geübte Selbstjustiz sowie die Lynchakte an Parteifunktionären und Staatssicherheitsbeamten erklären würde. Der spontane Protest ging jedoch alsbald in einen Volksaufstand über.

Die Rolle des Westens und die Rückwirkungen auf die UdSSR

Die Ausstrahlungen des US-amerikanischen Senders „Radio Free Europe“ wurden in Ungarn gehört und hatten weite Teile des in Bewegung geratenen Volkes glauben lassen, der Westen würde eingreifen. Die in München stationierte Rundfunkstation suggerierte militärische Unterstützung

durch den Westen, was die Regierung in Washington aber zu keinem Zeitpunkt auch nur ernsthaft erwogen hatte. Die „roll back“-Doktrin der US-Administration von Präsident Dwight D. Eisenhower und Außenminister John Foster Dulles entpuppte sich als propagandistisches Getöse und politisch heiße Luft. In den Novembertagen wurden die Aufständischen durch die Nachrichten von „Radio Free Europe“ angestachelt, weiter Widerstand gegen die kommunistische Unterdrückung zu leisten. Die Uneinigkeit im westlichen Lager angesichts der Suezkrise und des Kriegs im Nahen Osten ließ jedoch eine einheitliche Reaktion des Westens nicht einmal im Ansatz aufkommen. Die USA und die UdSSR waren damit befasst, den militärischen Rückzug der Briten und Franzosen vom Suezkanal zu erzwingen, was ihnen alsbald gelingen sollte.

Die Rückwirkungen der gewaltsamen Unterwerfung der Ungarn waren für die Sowjetunion und den Weltkommunismus schwerwiegend. In einem Bericht merkte der sowjetfreundliche österreichische Botschafter in Moskau, Norbert Bischoff, an, dass die blutige Niederschlagung in Ungarn „vermutlich die größte und beschämendste politische Niederlage“ darstellen würde, „die die Sowjetunion in den fast vierzig Jahren ihres Bestandes zu verzeichnen hatte“. Er verbuchte fünf Punkte negativ auf das Sowjetkonto: unheilbar kompromittierte Beziehungen zur ungarischen Bevölkerung; Vernichtung aller Erfolge um Anerkennung der moralisch-gesellschaftlichen Koexistenz; Erschütterung der eben erst wiederhergestellten Freundschaft mit Tito; Beeinträchtigung der Beziehungen zu Indien und der ihm nahestehenden asiatischen Staatengruppe der Blockfreien und die seither schwerste Krise der kommunistischen Parteien und „fellow travellers“ im Westen.

Die Folgen der Niederschlagung des Aufstands

Nach dem blutig erstickten Volksaufstand 1956 wurde Janos Kádár, gestützt auf die Rote Armee, Erster Sekretär des ZK der neu begründeten MSZMP. Er leitete eine scharfe Verfolgungswelle ein. Im Januar 1957 reagierte sein Terrorregime mit eiserner Härte gegen die Aufständischen und demonstrierte damit der ungarischen Öffentlichkeit, über alle denkbaren Abschreckungsmaßnahmen zu verfügen, um Geschehnisse wie im Herbst 1956 in der Zukunft auszuschließen. Nach einem Spitzentreffen der Kommunistenführer in Budapest verabschiedete die Regierung eine Erklärung über das Einparteiensystem. Jede Form des Widerstands dagegen wurde kriminalisiert. Die gesellschaftliche Umgestaltung wurde gegen jegliche Vernunft wieder aufgenommen und intensiviert. So hatte das ZK der MSZMP schon im Dezember 1956 die Wiederaufnahme der Massenkollektivierung in der Landwirtschaft beschlossen, in der mehr als die Hälfte der Bevölkerung arbeitete.

Am 19. Januar 1957 wurden weitere Anführer des Aufstands hingerichtet. Ende Februar gab Kádár dem ZK der MSZMP die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Imre Nagy bekannt. Im März fanden Verhandlungen in Moskau über die weitere Stationierung von sowjetischen Truppen sowie über den geplanten Prozess gegen Nagy statt. Todesurteile gegen Dichter wurden im Juni nach massiven internationalen Protesten auf Gefängnisstrafen reduziert. Im Schriftstellerprozess wurden im Dezember 1957 mehrjährige Haftstrafen verfügt. Hinrichtungen konnte es weiterhin geben, so von Antal Pálincás-Pallavichini, der Kommandant der Panzer-

einheit war, die Kardinal Mindszenty nach Budapest geleitete, oder von László Iván-Kovács, einem der führenden Aufständischen von der Corvin-Passage.

Die Exponenten des „Zentralen Arbeiterrates von Groß-Budapest“/Nagybudapesti Központi Munkástanács (KMT), die

relevanteste Alternativmacht zu den sowjetischen Besatzungstruppen und zur Kádár-Regierung, wurden im März 1958 zu drastischen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Juni wurden Imre Nagy und seine Mitangeklagten hingerichtet, István Bibó und Arpád Göncz im August zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt sowie Urteile gegen Generäle und



Offiziere verhängt, die den Aufstand unterstützt hatten. Die Bilanz der Opfer des staatlichen Terrors zwischen 1956 und 1961 liest sich folgendermaßen: etwa 300 Personen hingerichtet, circa 35.000 Personen rechtskräftig verurteilt und etwa 20.000 interniert.

Ausblick

Nach der scharfen Verfolgungs- und Unterdrückungsphase von 1958 bis 1961 leitete Kádár allmählich einen Kurs der inneren Versöhnung ein, verbunden mit dem Ziel der Integration in die „sozialistische Staatengemeinschaft“. Es war eine Politik der „erfolgreichen Depolitisierung und der gelegentlichen Zugeständnisse“ (László Kiss). Unter Gewährung wirtschaftlicher Eigeninitiativen verbesserte sich in den 1970er Jahren die sozioökonomische Lage. Es kam zu einer geistig-kulturellen Liberalisierung mit entpolitisierender konsumtiver Wirkung und dezentralisiertem und pseudo-pluralistischem Profil im Zeichen des „Gulaschkommunismus“ (György Dalos). Das reformierte Wirtschaftssystem avancierte zum erfolgreichsten der COMECON-Länder, des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Parallel zur Reformpolitik von oben entwickelte sich eine Reformbewegung von unten. Aufgrund der schrittweisen Lockerungen seit 1987/88 konnte der Transformationsprozess zwischen Regime und Opposition paktiert, der Systemwechsel friedlich und rasch durchgeführt sowie gesetzlich und verfassungsmäßig mit Menschenrechten, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit abgesichert werden.

Gleichzeitig zum politischen Wandel vollzog sich die offizielle Revision des Geschichtsbildes von 1956. Das Verhältnis der kommunistischen Partei zur sowjetischen Intervention stellte sich neu. Sie bekannte sich im Februar 1989 zum Mehrparteiensystem, verzichtete im April auf den demokratischen Zentralismus, schaffte im Mai das System der Nomenklatura ab, rehabilitierte im Juni die 1956er Revolutionäre, gestattete das neue Begräbnis (Umbettung) von Imre Nagy und unterzeichnete am 13. September mit der Opposition eine Vereinbarung über freie Parlamentswahlen. Das Tor zur Freiheit war aufgestoßen – mit allen Chancen und Risiken der Renationalisierung der Demokratisierung.

Die Ereignisse in Ungarn 1956 sind in einem größeren Zusammenhang und zwar im Sinne einer größeren europäischen Nachkriegsgeschichte zu sehen und zu deuten. Dabei fallen zehn Befunde ins Gewicht, die hier nur kurz aufgezählt werden können:

1. Die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit von Krisen: Die Ungarn-Krise als mitteleuropäische Krise und die Suezkrise als internationale Krise.
2. Die Krise des Sowjetkommunismus, präziser eine Kommunikations- und Legitimationskrise des nachstalinistischen Sozialismus mit einem schon vor 1968 ausgeprägten Bild des „Panzerkommunismus“, wobei bereits eine Debatte über verschiedene Wege des Sozialismus eingesetzt hatte.
3. Die Hilflosigkeit, Paralyse und Uneinigkeit des sogenannten freien Westens angesichts des Verlustes Mitteleuropas für die freie Welt verbunden mit einer Desil-

lusionierung, Enttäuschung, Niedergeschlagenheit, Resignation und Verbitterung über die ausgebliebenen und unerfüllten Freiheitswünsche.

4. Die Festschreibung der Teilung der Welt durch das 1945 bestehende „System von Jalta“ und das definitive Ende der Vorstellung eines „Europa als dritte Kraft“, eines Dazwischen-Daseins zwischen kapitalistischem Westen und kommunistischem Osten, das Ende einer Illusion, die bis heute anhält.
5. Der Abschluss der Formationsphase der Einigung Westeuropas mit den Konferenzen von Messina 1955, Venedig 1956 und Rom 1957, die zur Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit zur Finalisierung der westeuropäischen Integration beitrugen – Ereignisse, die ebenfalls gleichzeitig zu jenen in Ungarn abliefen.
6. Neutralität diente lediglich als Ausnahmeregelung und blieb eine Wunschvorstellung. Wenn, dann diente sie nur funktional und wurde instrumentalisiert als „Trojan Horse“ (John Foster Dulles) zur Destabilisierung des „Ostblocks“.
7. Folglich war 1956 auch eine vertane und verpasste Chance für ein atomwaffenfreies und neutrales Mitteleuropa, so wie es der polnische Außenminister Adam Rapacki 1957 und in mehreren später erfolgten Neuaufgaben vorgeschlagen hatte.
8. Die zarte Pflanze der halben Entspannung („semi-détente“) nach Stalins Tod 1953-1955 überlebte nicht lange: 1956 bedeutete einen Rückschlag für den Entspannungsprozess in Europa, der erst 15 Jahre später mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wieder zu greifen begann.
9. Die Vereinten Nationen figurierten 1956 als Hoffnungsträger, waren aber mit der erwähnten Doppelkrise konfrontiert – nun zum ersten Mal auch mit einem Konflikt in der Mitte Europas. Sie waren Helfer in der größten Not, aber ohne Blauhelme in Budapest. Die Flucht der Ungarn konnte die UNO auf humane Weise regeln.
10. In der „longue durée“ war das Jahr 1956 ein moralischer Sieg der Freiheit in der politischen Niederlage der Revolution. Die vorrevolutionäre Erfahrung von 1956 trug dazu bei, dass 1989 eine friedliche und gewaltlose so wie eine erfolgreiche Revolution stattfinden konnte.«



Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Gábor Erdődy

Prof. Dr. Richard Schröder

Gerald Schubert
(Moderation)

Prof. Dr. Michael Gehler



→ **Gerald Schubert** (Moderation):

Herzlichen Dank, Herr Prof. Gehler, für dieses sehr interessante Impulsreferat. Sie haben im Programm gesehen, dass unser heutiger Ablauf zweigeteilt ist. Unser erstes Podium bezieht sich auf die Vergangenheit und die Gegenwart. Letztere ist dann auch die Schnittstelle zum nächsten Podium, in dem es um die Gegenwart und um Perspektiven für die Zukunft gehen wird. Wir wollen uns jedoch zunächst einmal mit Fragen der Vergangenheit auseinandersetzen und mit dem, was sie heute für uns bedeuten.

Ich darf Ihnen dazu folgende Gäste vorstellen: Von Ihnen gesehen rechts sitzt Herr Petr Brod. Er ist ein Prager Publizist und Journalist, der nach dem „Prager Frühling“ 1969 nach Deutschland emigriert ist. Dort hat er in München Geschichte und Journalismus studiert, war dann für Radio Freies Europa tätig; darüber haben wir heute schon einige Worte gehört, auch für die BBC in London. Nach seiner Rückkehr 1998 nach Prag ist er Korrespondent der Süddeutschen Zeitung geworden. Er ist sehr engagiert in den deutsch-tschechischen Beziehungen und ist unter anderem Träger des Kunstpreises der deutsch-tschechi-



Petr Brod



schen Verständigung und Mitglied des Verwaltungsrats des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds. Herzlichen Dank, Petr Brod, dass Sie heute den Weg zu uns gefunden haben.

Prof. Dr. Gábor Erdődy ist unter anderem auch deshalb hier, weil er als Mitglied des Kuratoriums eng mit dem Forum Mitteleuropa verbandelt ist. Er stammt aus Budapest, wurde hier 1978 Dozent für ungarische und europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts, hat dann eine diplomatische Karriere eingeschlagen, war Botschafter

Ungarns in der Bundesrepublik Deutschland, später auch beim Heiligen Stuhl, und ist derzeit wieder in den Schoß der Wissenschaft zurückgekehrt. Er ist Lehrstuhlleiter und Leiter des Doktorenprogramms der ungarischen Geschichte in der modernen Zeit an der Eötvös-Loránd-Universität Budapest.

Prof. Dr. Richard Schröder sitzt zu meiner Rechten. Er ist Theologe und war in den 1970er Jahren auch Pfarrer. Er unterrichtete u.a. am Sprachenkonvikt Berlin und hat dann aber für kurze Zeit eine politische Karriere eingeschlagen. 1990 wurde er für die SDP in die Volkskammer gewählt, war dort zeitweise deren Fraktionsvorsitzender und war bis zum 2. Dezember auch noch Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung und hat 2015 anlässlich des 25. Jahrestags der Deutschen Einheit das große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Und, last but not least, sitzt hier Prof. Dr. Michael Gehler, den ich Ihnen nicht mehr vorstellen muss; es ist bereits vorher geschehen.

Ich würde gern in die Runde einsteigen und, Herr Brod, anknüpfen an etwas, das Herr Prof. Gehler in seinem Impulsreferat erwähnt hat. Er hat unter anderem, als er diesen sehr interessanten Vortrag über die Revolution oder den Aufstand des Jahres 1956 gehalten hat, auch über das Rundfunkgebäude gesprochen, das damals im Zentrum des Interesses stand. Mit dem Rundfunkgebäude in Prag war das ja 1968 nicht anders. Ich war dort später 14 Jahre lang tätig und kann mich erinnern, dass es vor dem Rundfunkgebäude in Prag jedes Jahr zweimal nach Blumen duftet: einmal am 5. Mai, wenn an die Opfer des Pra-

ger Aufstands gegen die nationalsozialistische Besatzung erinnert wird, und einmal am 21. August, wenn an die Opfer der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und des Einmarschs der Roten Armee in Prag erinnert wird.

Mich würde interessieren: Wie ist aus Ihrer Sicht heute, wenn wir versuchen, gleich zu Beginn den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart zu spannen, der Blick auf dieses Jahr 1968? Ich kann mich erinnern, dass das eine etwas ambivalente Angelegenheit ist, weil man einerseits den Einmarsch der Roten Armee damals, bis auf wenige Extremisten in der Kommunistischen Partei, verurteilt hat; man sich andererseits damals aber nicht allzu leicht mit der Lobpreisung des „Prager Frühlings“ tat – vor allem in manchen eher rechtsgerichteten Parteien –, weil man sagte, eigentlich waren das ja auch Kommunisten. Der „Prager Frühling“ war ja sozusagen eine reformkommunistische Revolution von oben. Ich fand diesen Widerspruch immer sehr interessant und mich würde interessieren, was Sie dazu sagen, Herr Brod.

→ Petr Brod:

Der Widerspruch ist sehr real und war auch schon 1968 real in der Gesellschaft vorhanden; nur hat man das damals vielleicht nach außen nicht so klar wahrgenommen. Ich will ein Beispiel aus meiner Familie anführen. Wir saßen einmal im Mai 1968 um den Familientisch herum versammelt: meine Eltern, die keine Kommunisten und sehr stark gegen das Regime eingestellt waren, und ein Cousin zweiten Grades von mir, ein Historiker namens Toman Brod, der in der Kommunistischen Partei war – und zwar unter anderem deshalb, weil er als Jude in Auschwitz war

und von der sowjetischen Armee befreit wurde. Das war ein so starkes persönliches Erlebnis, dass er nach dem Studium in die Kommunistische Partei eintrat. In den 1960er Jahren gehörte er zu den Menschen, die sich schon Gedanken über das damalige Regime gemacht haben und die eine Liberalisierung befürworteten. Aber angesichts der Entwicklung des Jahres 1968 war er sehr skeptisch eingestellt. Er hatte Befürchtungen, und zwar aufgrund der historischen Erfahrungen mit Ungarn 1956 und in einem gewissen Grade auch mit denen des Jahres 1953 in der Tschechoslowakei – da kam es in Westböhmen, in Pilsen, zu einem kurzfristigen Arbeiteraufstand, der gewaltsam „auseinandergefegt“ wurde. Aufgrund dieser Erfahrungen sagte mein Cousin etwas in unserer Familiendiskussion, was bei mir haften blieb. Meine Eltern äußerten angesichts der Entwicklung in der Tschechoslowakei – im Mai 1968 – die Befürchtung, es würde alles so wie in Ungarn enden. Ich war damals 16 Jahre, ich war optimistisch eingestellt und dachte, die Welt würde so etwas nicht wieder zulassen. Die Weltöffentlichkeit, das war mein Argument, würde die Sowjets sozusagen einschüchtern und es nicht zulassen, dass man auf diese Weise eingreift. Da hat mein kommunistischer Cousin Toman gesagt: Warte nur, die Bolschewiki werden es euch zeigen. Und er behielt Recht.

Nun schildere ich das deshalb, weil ich die verschiedenen Grundstimmungen in der tschechoslowakischen Gesellschaft damals andeuten will. Es gab eine große Anzahl von Menschen, die meinten, die Herrschaft der kommunistischen Partei sei irgendwie mit tiefgreifenden Reformen zu verbinden, man könne einerseits Meinungsfreiheit haben und andererseits auch die Hegemonie der



Kommunistischen Partei. Außerdem gab es viele Menschen, die sich an die demokratisch-pluralistische Gesellschaftsordnung der Vorkriegszeit erinnerten und die demokratisch eingestellt waren, die gegen das Regime waren. Sie sahen natürlich in den kleinen Errungenschaften des Jahres 1968 – also in einer breiteren Meinungsvielfalt, in einer größeren Reisefreiheit, in den Gedanken, die damals über grundlegende Wirtschaftsreformen geäußert wurden – einen Funken Hoffnung. Aber sie waren skeptisch, ob so etwas unter der Führung der Kommunis-

tischen Partei stattfinden kann. Außerdem gab es eine breite Mitte, die abwarten wollte, die sich über alle Verbesserungen des täglichen Lebens freute, aber sich nicht engagieren wollte – schon deshalb, weil man gesehen hatte, wozu politisches Engagement außerhalb der Kommunistischen Partei in den 1950er und 1960er Jahren geführt hat.

Die Gesellschaft war also bereits damals gespalten, und sie ist es heute noch in ihrem Rückblick auf 1968. Allerdings wird inzwischen die skeptische Meinung stärker vertreten. Ich möchte es so sagen: Es gibt eine gewisse Sektion der tschechoslowakischen – bzw. nunmehr der tschechischen – Gesellschaft, die unheilbar von einem gewissen Slawophilismus beeinflusst ist; von dem Gedanken, dass Russland eigentlich nichts falsch machen kann. Es wird noch heute die Kommunistische Partei, die in der Tschechischen Republik existiert, von etwa 15 Prozent der Bevölkerung gewählt, und das ist eine Pro-Putin Partei, die jetzt zuletzt mit dem Vorschlag kam, Tschechien solle doch aus der NATO austreten.

Diesen Teil der Gesellschaft gibt es nach wie vor, und dieser sieht 1968 anders als die Mehrheit der Bevölkerung. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht es als ein großes Aufbäumen der Gesellschaft, als eine große Freiheitsbewegung, die allerdings von Führern geleitet wurde, die sich dann dem Willen des Volkes nicht unterordneten, sondern sich eher – durch ihre kommunistische Vergangenheit befangen – wieder einordnen ließen in die sozialistische Staatengemeinschaft. Das gilt vor allem für Alexander Dubček, der mit der Invasion nicht unmittelbar aus der Macht vertrieben wurde, sondern noch einige

Monate lang Erster Sekretär der Kommunistischen Partei war und der im August 1969, ein Jahr nach der Invasion, als es noch große Demonstrationen gegen die Sowjets gab, all die Repressionsmaßnahmen des neuen Husák'schen Regimes mitmachte. Diese Zusammenhänge muss man sehen, um zu verstehen, dass selbst die heutige Gesellschaft in der Tschechischen Republik zu

keinem eindeutigen Ergebnis in der Beurteilung des Jahres 1968 kommt.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank für dieses Statement. Ich möchte noch einmal an das Einleitungsreferat von Herrn Prof. Gehler anknüpfen und gern Herrn Prof. Erdődy etwas fragen. Prof. Gehler hat von der Zeit rund um den Österreichischen Staatsvertrag gesprochen, von einer gewissen Euphorie in den Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn damals, vom Beschluss der Einführung einer Neutralität nach österreichischem Muster in Ungarn. Ich muss sagen, dass es in den 1970er Jahren, als ich aufgewachsen bin, und später in den 1980er Jahren auch das Schlagwort vom „Gulaschkommunismus“ gab, das, wohlgemerkt, sehr positiv gemeint war und immer als sympathisch empfunden wurde. Man hatte auch in Österreich bis zum Schluss den Eindruck, dass Ungarn ein Land ist, in dem das kommunistische System in der Praxis am „lockersten“, am „humansten“ vollzogen wird. Ist das eine Sonderstellung, die nur in der Außenwahrnehmung bestanden hat, oder ist das eine Sonderstellung, der sich auch die ungarische Bevölkerung damals bewusst war?

→ **Prof. Dr. Gábor Erdődy:**

Es gab natürlich eine Sonderstellung, da die ungarische Entwicklung nach 1956 einen ganz besonderen Weg genommen hat. Dementsprechend gab es ein kulturelles Modell, gab es den „Gulaschkommunismus“ oder die „fröhlichste Baracke“ des Lagers. Es zeigt auch eindeutig, dass die Revolution 1956 und der nackte Freiheitskampf nicht überflüssig waren. Sie war in dieser Hinsicht



erfolgreich, obwohl sie durch eine russisch-bolschewistische Militärintervention niedergeschlagen wurden.

Einerseits war es ein Sonderweg, andererseits möchte ich aber doch betonen, dass das ein organischer Bestandteil der mitteleuropäischen Zusammengehörigkeit war. Diese Region ist nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten geteilt worden. Es war eigentlich ein Versuch, Mitteleuropa zu vernichten. Eine ursprünglich seit mehr als 900 Jahren zusammengehörende natürliche Entwicklungszone, die seit dem 11./12. Jahrhundert ein organischer Teil des Westens war, wurde geteilt, wurde vernichtet. Aber – und hier kommen wir zurück zum Sonderweg – Ungarn spielte natürlich eine bestimmende Rolle in einem Prozess, den man als einen kontinuierlichen Protest gegen diese geschichtswidrige Situation sehen kann. Hier, in diesem Prozess, zeigte sich nun doch wieder ein organischer Teil der mitteleuropäischen Zusammengehörigkeit – 1953 Berlin, 1956 in Polen und Ungarn, 1968 der „Prager Frühling“, gefolgt von der Solidarnosc. Dieser Prozess mündete schließlich in der Wiedervereinigung von Mitteleuropa, der Wiedervereinigung von Deutschland, der Wiedervereinigung von ganz Europa.

In dieser mitteleuropäischen Kontinuität, die eigene Identität wieder zurückzuerobern, darin sehe ich den eigentlichen historischen Platz, die eigentliche historische Bedeutung eines ungarischen Wegs. Der ungarische „Gulaschkommunismus“ war einerseits zwar national geprägt, andererseits aber doch in diesem Gesamtprozess ein wichtiger Teil der gesamtmitteleuropäischen Bestrebungen, ihre Unabhängigkeit, ihre Einheit, ihre Identität zurückbekommen zu dürfen.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Stichwort gesamteuropäische Bestrebungen: Herr Prof. Schröder, es wurde vorhin angesprochen, dass der Aufstand 1953 in der DDR für den späteren Aufstand in Ungarn eine gewisse – wenn schon nicht Nachwirkung, aber doch zumindest – Wurzel geboten hat, an die man anknüpfen konnte. Mich würde interessieren, wie das in der DDR war: Wurde der Aufstand 1953 sozusagen mentalitätsgeschichtlich ein bisschen weitergetragen oder war die Zeit bis 1989 dann doch zu lang?

Daran möchte ich eine Frage anschließen, die sich in diesem mitteleuropäischen Zusammenhang aufdrängt. Wir haben heute schon gehört, dass das erste Loch in den Eisernen Vorhang von Ungarn aus geschnitten wurde. Eines der ersten Löcher wurde aber auch in der damals westdeutschen Botschaft in Prag in den Eisernen Vorhang geschnitten. Außenminister Hans-Dietrich Genscher sprach dort auf dem Balkon seine berühmten Worte: „Wir sind heute zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Freiheit ...“ – und dann hat man vor lauter Jubel nichts mehr gehört. Wer den Balkon kennt, der weiß, dass dort eine Tafel steht, auf der man lesen kann, wie der Satz zu Ende gegangen wäre: „... möglich geworden ist.“ Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, ob es eine Widerstandskontinuität von 1953 bis 1989 gab und wie das aus Ihrer Sicht in dieser Botschaftsbesetzung gipfelte.

→ **Prof. Dr. Richard Schröder:**

Ich muss zunächst noch einmal daran erinnern, wie es zu dem Aufstand von 1953 gekommen ist. In jener Zeit war ja noch in Ost und West die Forderung nach der Einheit

Deutschlands – natürlich gewissermaßen mit verschiedenen Vorzeichen – selbstverständlich. Auch die SED hat die Einheit Deutschlands gefordert. Deswegen war die erste Verfassung der DDR noch formell sehr stark an der Weimarer Verfassung orientiert – auch der Ausdruck Deutsche Demokratische Republik sollte ja eine solche Kontinuität zum Ausdruck bringen.

Als aber dann Walter Ulbricht 1952 den Aufbau des Sozialismus in der DDR verkündet hat und, wie er selbst sagte, der Klassenkampf nun ins Land getragen werden musste – mit schikanösen Enteignungen, mit Prozessen auch gegen Arbeiter; zu keinem Zeitpunkt waren die Gefängnisse so voll wie 1952/53 –, hat die Sowjetunion interveniert. Nach dem Tode Stalins hat die Sowjetunion die DDR-Führung nach Moskau beordert und – grob formuliert – gesagt, sie solle den Unsinn lassen; sie sollen die restriktive Politik beenden. Es ist sogar davon die Rede, dass die Gerichtsbarkeit verbessert und die Grundrechte der Bürger berücksichtigt werden sollten. Sie haben dann schon von Moskau aus entsprechende Devisen nach Berlin geschickt und – treu, wie sie waren – die Politik umgesetzt.

Jetzt war nur in der Folge etwas Dummes passiert: Walter Ulbricht hatte verkündet, dass zu Ehren seines 50. Geburtstags eine zehnpromzentige Normsteigerung als freiwillige Leistung der Arbeiter erbracht werden sollte. Eine zehnpromzentige Normsteigerung ist jedoch nichts anderes als eine zehnpromzentige Lohnkürzung; das weiß natürlich jeder. Da aber das sowjetische Außenministerium die Liste dessen, was die SED rückgängig machen musste, schon fertiggestellt hatte, als diese „Lohngeschichte“

kam, stand sie nicht auf der Liste. Die SED-Leute haben alles zurückgenommen, was auf der Liste stand, und das stand nicht drauf. Als aber die Arbeiter merkten, dass die enteigneten Bauern ihr Land wieder zurückbekommen, dass alles zurückgedreht wird, die kleinen Ladenbesitzer ihren Laden wiederbekommen, nur sie, die Arbeiter, sehen plötzlich auf ihrem Lohnzettel, dass ihnen zehn Prozent fehlen, weil die in der DDR-Führung so doof waren, nicht zu begreifen, dass die Rücknahme der Normsteigerung dem Sinn nach von der Sowjetunion auch gefordert war, ist es zum Arbeiteraufstand gekommen.

Das war also nicht das Modell „wenn der Druck am größten ist, platzt der Kessel“, sondern das Modell „wenn das Ventil geöffnet wird, platzt der Kessel“. Dieser Aufstand, der sich zunächst gegen die Lohnkürzung wendete, übernahm ganz schnell politische Forderungen, und darunter waren eben die Forderungen nach freien Wahlen und der Einheit Deutschlands die wichtigsten.

Die spätere Verfolgung der Streikführer – das Streikrecht war zwar in der Verfassung garantiert, aber was half das – und die Ächtung des 17. Juni als konterrevolutionären oder sogar faschistischen Putsch hat tatsächlich dazu geführt, dass die Erinnerung an den 17. Juni in der DDR keine große Rolle mehr gespielt hat. Man hat es „beschwiegen“ und – hier bin ich mir immer unsicher, ob das automatisch oder bewusst passierte – die Forderungen des 17. Juni hat seitdem niemand mehr angefasst. Das wäre ein sicherer Weg ins Gefängnis gewesen.

Die Einheit Deutschlands und freie Wahlen – das waren die beiden gefährlichen Stichworte. Sie können sehen,



dass in den oppositionellen Gruppierungen diese beiden Punkte vor dem November 1989 nicht zu finden waren. Freie Wahlen, da ist es etwas anders; aber freie Wahlen war ja damals eine Forderung zu gesamtdeutschen Wahlen. Der Ausdruck „freie Wahlen“ war ja auch mit der deutschen Einheit verbunden. Das sind Themen, die die Oppositionellen vermieden haben – ich weiß nicht genau, ob bewusst oder aus Vorsicht. Stattdessen, so kann man sagen, war es sehr geschickt, Forderungen zu erhe-

ben, die die SED nicht auf die Ketzerliste gesetzt hatte – nämlich aus den drei Feldern Armut in der dritten Welt, Umweltschutz und Frieden. Nach dem Motto: Ihr wollt doch eigentlich dasselbe.

Auf diese Weise konnte der Spielraum der Oppositionellen gehalten werden, ohne dass man den Vorwurf der Konterrevolution erheben konnte. Das war eine List der Geschichte oder geschah vielleicht auch unbewusst. Ich habe mich immer gewundert, auch bei meinen Studenten, wie wenig sie vom 17. Juni 1953 wussten, und das Nichtwissen ging bis hin zu den 1968er-Ereignissen in Prag bei der Studentengeneration Ende der 1980er Jahre.

Warum der Ausreisewille so massiv angestiegen ist: Das hat zum einen auch mit demselben Muster zu tun. Im Zuge der deutsch-deutschen Verhandlungen war ja, was es in den 1960er und 1970er Jahren gar nicht gab, die Möglichkeit des Ausreisantrags geschaffen worden. Erich Honecker befand sich nämlich in dem glücklichen Irrtum: Wenn wir alle, die den Sozialismus nicht mit aufbauen wollen, rauslassen, dann bleiben die übrig, die mit uns zusammen das große Werk vollenden. In Wirklichkeit ist es aber so gewesen: Jeder, der ging, hinterließ in den Köpfen derer, die blieben, die Frage: Sollte ich vielleicht auch gehen? Die Erlaubnis für eine begrenzte Zahl von Ausreisen hat die Zahl der Antragsteller immer weiter erhöht.

Als nun deutlich wurde, dass die SED den Gorbatschow-Kurs nicht mitmachte, kamen auch in den Reihen der SED-Genossen zum ersten Mal Proteste auf. Das manifeste Erlebnis war, dass die sowjetische Zeitschrift „Sput-

nik“, bei der man bis dahin als SED-Genosse einen gewissen Druck hatte, sie zu abonnieren, plötzlich verboten wurde, und zwar auf die persönliche Intervention von Honecker hin, weil darin ein Artikel erschienen war, der Vergleiche zwischen Stalin und Hitler angestellt hatte. Das führte zur ersten Protestreaktion aus den Kreisen der Partei seit 1953. Da ist vor allem bei jungen Leuten das Gefühl entstanden: Nichts wie weg! Aus der DDR wird nichts mehr. Wenn das Politbüro den Kurs von Michail Gorbatschow verweigert, haben wir hier keine Zukunft. So kam der Druck auf die Prager Botschaft zustande.

Etwas eher kam es zum „Paneuropäischen Picknick“. Das war ja eine Idee zwischen österreichischen Politikern und ungarischen Politikern der neu zugelassenen Opposition. Die genaueren Umstände will ich jetzt nicht erzählen. Jedenfalls war es überhaupt nicht geplant, dass plötzlich, aus dem Maisfeld kommend, DDR-Bürger die Gelegenheit dieser Begegnung von österreichischen und ungarischen Politikern nutzten, um dort durchzustürmen. Aber es war natürlich ein Signal, dass da etwas geht. Man hat dort gesehen: Der Wunsch, das sinkende Schiff zu verlassen, hat zu diesem gewaltigen Ansturm von Touristen nach Ungarn geführt. Man musste dann dafür eine Lösung finden, denn diese Menschen wollten partout nicht wieder in die DDR zurück und die ungarische Regierung wollte nicht mehr länger der Handlanger der DDR sein. Sie hat gesagt, es ist ja nicht unser Interesse, die DDR-Bürger daran zu hindern, nach Österreich zu gehen, sondern euer Interesse. Dann hat es, nachdem in Ungarn einmal eine reelle Möglichkeit aufgezeigt worden ist, zur Ansammlung von Fluchtwilligen in Prag – übrigens auch in Warschau und in geringerer Zahl, dafür hat



die SED gesorgt, auch in der Ständigen Vertretung der DDR in Ostberlin – geführt. Eine Revolutionskontinuität sehen wir heute gern, aber ich warte auf den Historiker, der mir nachweist, dass irgendjemand der Akteure des Herbstes '89 etwas vom 17. Juni 1953 gesagt hätte.

→ **Prof. Dr. Gábor Erdődy:**

Ich möchte kurz aus meiner persönlichen Erfahrung auf die Fragestellung reagieren, inwiefern Ende der 1980er Jahre, speziell 1989, die ostdeutschen oppositionellen Kräfte die Frage der deutschen Einheit nicht so eindeutig



in den Mittelpunkt gestellt haben, wie es 1953 der Fall war. Ich war zu dieser Zeit im Ungarischen Demokratischen Forum aktiv. Wir hatten mehrere wichtige Verhandlungen und Beratungen mit ostdeutschen oppositionellen Organisationen, und so habe ich erfahren, dass die deutschen Kollegen es sehr bewusst vermieden haben, die Frage der deutschen Einheit in den Mittelpunkt zu stellen. Als wir nämlich darüber diskutiert haben, wurde klar, dass einerseits sehr viel nachgedacht wurde über die Position der Sowjetunion. 1989 war es noch nicht endgültig und vor allem war es uns nicht bewusst, dass

sich die Sowjetunion zurückhalten wird. Andererseits war die Frage der deutschen Einheit eine sehr heikle Frage, auch für die westeuropäischen Verbündeten. Es war nicht so, dass die Franzosen und die Briten sich gefreut hätten. Auch in mitteleuropäischen Foren – wir hatten mehrere Konsultationen mit tschechischen und polnischen Kollegen – wurde eindeutig mit Vorbehalten an diese Fragen herangegangen. Die sowjetischen Truppen waren schließlich noch in der Region stationiert, auch in Ostdeutschland. Es stimmt daher, die Frage der deutschen Einheit wurde bis 1989 sehr zurückhaltend artikuliert.

→ Prof. Dr. Richard Schröder:

Ich möchte noch einmal an den Ausspruch von Giulio Andreotti, italienischer Außenminister, glaube ich, er hat mehrere Ämter innegehabt, erinnern: „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich lieber zwei davon hätte.“ Das war der eine Punkt, den ich erwähnen wollte. Der andere Punkt, der mich damals überrascht hat, war, dass in der polnischen Opposition Solidarność folgender Gedanke vorgetragen worden ist, der für die ostdeutschen Oppositionellen völlig überraschend war: Solidarność hat gesagt, wir möchten, dass Polen eine Demokratie des westlichen Typs wird. Deswegen möchten wir an unserer westlichen Grenze auch eine westliche Demokratie haben. Deswegen sind wir für die Einheit Deutschlands, damit die DDR zusammen mit der Bundesrepublik ein stabiler demokratischer Nachbar wird.

Da ist die Einheit Deutschlands begründet worden mit einer Vision von der Zukunft Polens – ein sehr schöner, für die ostdeutsche Opposition aber befremdlicher Ge-

Podiumsdiskussion

danke. Im Osten hat man die Einheit Deutschlands ja nicht verachtet, sondern man hat diesen Satz von Egon Bahr vernommen: Die deutsche Einheit wird schließlich mit der europäischen Vereinigung kommen. Deswegen gab es auch eine große Auseinandersetzung in den Jahren 1989/90, auch mit den westdeutschen Grünen, ob man jetzt die deutsche Einheit machen dürfe, ohne dadurch das europäische Projekt zu gefährden.

Helmut Kohl war der Meinung – und in diesem Fall auch ich –, das muss überhaupt kein Gegensatz sein, sondern kann auch umgekehrt sein (so kam es ja auch), dass nämlich die deutsche Einheit eher dazu führt, dass der Osten Europas und der Westen Europas zueinanderfinden, als dass die Vereinigung Deutschlands etwa den europäischen Einigungsprozess blockieren würde. Das ist ja auch nicht passiert und so, wie wir in Ost- und Westdeutschland natürlich gewisse Gewöhnungsschmerzen hatten, so haben wir vielleicht zurzeit nachträgliche oder verspätete Gewöhnungsschmerzen zwischen Ost- und Westeuropa.

→ Petr Brod:

Zwei kurze historische Bemerkungen dazu. Erstens: Giulio Andreotti hat, glaube ich, François Mauriac aus den späten 1940er Jahren zitiert – einen französischen Schriftsteller, der Deutschland auch so sehr liebte, dass er zwei davon haben wollte. Zweitens zu dem, was das Vorhandensein der Idee einer deutschen Einigung in den oppositionellen Kreisen anbelangt: In Tschechien gab es eine rühmensewerte Ausnahme, das war Jiří Dienstbier, der ehemalige Rundfunkredakteur und Auslandskorrespondent des tschechoslowakischen Rundfunks, der An-

fang der 1980er Jahre ein Buch schrieb – damals ein Manuskript für Samisdat – unter dem Titel „Träumen von Europa“. Da er sich wirklich nicht von den machtpolitischen Realitäten allzu sehr leiten ließ und davon geträumt hat, was eines Tages sein könnte, wenn die da-



mals verfestigten europäischen Verhältnisse sich etwas auflösten, meinte er, zu einer deutschen Einheit könne es kommen, wenn erst einmal die großen Fragen der europäischen Sicherheit gelöst werden. Er dachte so bereits Anfang der 1980er Jahre.

Als 1985 Michail Gorbatschow an die Macht kam, wurde in den folgenden Jahren immer wieder in den tschecho-

slowakischen Oppositionskreisen über diesen Gedanken diskutiert und darüber nachgedacht, denn plötzlich stand man vor der sowjetischen oder Gorbatschow'schen Idee des gemeinsamen Hauses Europa. Und da ergab sich natürlich die Argumentation, dass in einem solchen gemeinsamen Haus doch nicht eine der inneren Trennwände mit Maschinengewehren bestückt sein kann.

→ **Gerald Schubert:**

Herr Prof. Gehler, ich glaube, jetzt gab es über die Tschechoslowakei, Polen und Deutschland – von Ungarn ausgehend – sehr viele Reaktionen auf das, was Sie eingangs gesagt haben, und ich würde Sie bitten, einmal darauf zu reagieren – vielleicht unter besonderer Berücksichtigung der Frage der deutschen Einheit, die doch wirklich sehr interessant ist.

→ **Prof. Dr. Michael Gehler:**

Es gibt eine ganze Fülle von Möglichkeiten, das Gesagte noch einmal aufzugreifen und zu vertiefen. Zuerst zu dem, was von Herrn Brod erwähnt worden ist, diese Ambivalenz der Beurteilung der Akteure. Sie haben Alexander Dubček angesprochen. Wir finden das gleiche Phänomen für Imre Nagy. Die damaligen UNO-Beobachter sehen Nagy als Reformkommunisten, als „well trained economist, but reform-communist“. Die Argumentation der Sowjetunion und der Volksrepublik Ungarn auf die politische Verurteilung der Vorgänge in Budapest und in Ungarn lautete: Das ist eine innerungarische Angelegenheit. Es wurde noch einmal Ernő Gerő zitiert: Wir haben die Sowjetunion um Hilfe gerufen. Man kann aus dieser Perspektive die Geschehnisse in Budapest im Herbst 1956 durchaus auch als bürgerkriegsähnliche Zustände

interpretieren, als ein Ringen zwischen Reformkommunisten, Alt-Stalinisten und Post-Stalinisten. Das ist eine Perspektive, aber nur eine. Diese Ambivalenz zeigt sich auch im Umgang mit der Person von Imre Nagy.

Wir haben gar nicht Kardinal Mindszenty erwähnt. Das ist die Symbolfigur, die auch ein Referenzpunkt war. Es war nicht nur der Gedächtnisort Budapest 1956, sondern auch die Gedächtnisfigur Mindszenty – jahrelang hat er in der amerikanischen Botschaft in Budapest im Asyl gelebt, dann ist er nach Österreich gekommen. Ich habe noch die Zeit erlebt, als der Leichnam zurückgeführt wurde – auch das ist ein symbolischer Akt gewesen. József Mindszenty selbst ist eine tragische Figur. Er wurde in Kürze – vom Subjekt kaum befreit – wieder zum Objekt und zum Spielball der Machtinteressen. Diese Ambivalenzen spiegeln sich in Ungarn 1956 wider und das gilt auch mit Blick auf die Rolle von Alexander Dubček in der ČSSR 1968.

Ich fand die These von Gábor Erdődy hoch spannend, dass es den Versuch gab, Mitteleuropa zu vernichten. Das ist eine starke These. Da muss man als Historiker tief durchatmen und nachdenken. Aber an dieser These ist einiges dran. Wenn Sie sich etwa die Debatte über die Zukunft der Nachkriegssituation in Europa anschauen: Zwischen Josef Stalin und Franklin D. Roosevelt herrscht Konsens, als es um die Frage geht, wie die Vereinten Nationen in Zukunft aufgebaut und strukturiert sein sollen. Sie sollten nicht mehr der Völkerbund aus den 1920er und 1930er Jahren sein. Dabei wird klar, zwischen Stalin und Roosevelt besteht Übereinkunft: Europa wird in den Vereinten Nationen in Zukunft kein eigenständiger Faktor

sein, keine eigene Entität, nicht einmal eine Suborganisation. Das ist ein bemerkenswerter Befund.

Wo stehen wir heute mit den Vereinten Nationen und der dortigen Vertretung Europas? Hat die Europäische Union dort die Möglichkeit, mit einer Stimme zu sprechen? Ich spreche vom Sicherheitsrat. No go! Für Stalin war das unvorstellbar. Eine westliche Cordon sanitaire-Politik à la 1920er und 1930er Jahre kam für ihn nicht infrage. Er sah natürlich auch in der entstehenden westeuropäischen Integration einen kartellkapitalistischen Bürgerblock, das antikommunistische Bollwerk, das die Bundesrepublik Deutschland ja auch geworden ist. Auch Roosevelt war von den Europäern nicht begeistert. Wenn Sie sich etwa Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi anschauen: Altösterreicher, tschechoslowakischer Staatsbürger, Befürworter der Beneš-Politik der tschechoslowakischen Unabhängigkeit der 1920er und 1930er Jahre, Paneuropäer. Er versuchte im Exil in Washington an die Roosevelt-Administration heranzukommen – ein direkter Kontakt mit Roosevelt ist unmöglich gewesen. Coudenhove-Kalergi versuchte den Europagedanken auch an die Roosevelt-Administration heranzutragen und dafür zu werben. Aber mehr als ein paneuropäischer Kongress in New York im Jahre 1943 und seine Professur für Geschichte an der New York University waren nicht drin. Roosevelt lehnte Paneuropa schlichtweg ab. Darüber sollte man einmal nachdenken.

Mitteuropa, ich bin bei den Aussagen von Präsident Rößler, war der Versuch, sich selbst zu finden, sich wiederzuentdecken und – in Anknüpfung an das, was Gábor Erdődy gesagt hat – sich von hegemonialen Konzepten

zu befreien und zu emanzipieren. Das ist die Debatte der 1970er Jahre, die Debatte der Dissidenten, die von Mitteleuropa träumen, die Mitteleuropa vor Augen haben und die darin ein Emanzipationsinstrument sehen – befreit von der deutschen Frage wenden sie sich nun gegen die sowjetische Bevormundung. Wir können die Mitteleuropadebatte jedoch nicht führen, ohne die deutsche Frage zu beachten. Das hieß für die Dissidenten der 1970er Jahre: kein Mitteleuropa à la Friedrich Naumann. Das war auch für Erhard Busek klar. Erhard Busek sieht Mitteleuropa in den 1980er Jahren bestehend aus Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen – ein bisschen weiter weg war dagegen Deutschland. Auf der Basis der deutschen Teilung wurde dieses Mitteleuropakonzept zusammen mit Emil Brix veröffentlicht und publiziert. Helmut Kohl, ein Historiker mit der Denkfigur des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, hat klipp und klar gemacht (mit Blick auf die ÖVP und mit Blick auf Buseks Mitteleuropaidee auf der Basis der deutschen Teilung und mit Blick auf Alois Mock): Wenn diese Debatte in Österreich nicht gestoppt wird – wir sprechen von 1987-89 –, dann wird es keine Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für den österreichischen EG-Beitritt geben. So ist das einzuordnen.

Herr Schröder hat über die Frage gesprochen, wie der 17. Juni 1953 in der DDR wahrgenommen und erinnert worden ist. Ich bin mit ihm völlig d'accord: Tabu und Beschweigen. Aber in den Köpfen war er vorhanden. Es ist Erich Mielke, der Chef der Staatssicherheit, der 1989 sagt: Ist es nicht so, dass wir wieder vor einem 17. Juni stehen? Vor dem Tag X, wie er in internen Dokumenten des MfS bezeichnet worden ist. Ich meine, dass die Men-



schen in Leipzig am 9. Oktober 1989, als die Staatssicherheit und die Betriebskampfgruppen mit Waffengewalt rechneten, dass diese Demonstranten dort vom 17. Juni wussten. Ein Losungsspruch lautete: „Keine Gewalt!“ Sie signalisierten: Wir wenden keine Gewalt an. Das ist die Entwaffnung dieses Regimes gewesen. Dabei hat der 17. Juni im Hinterkopf zweifelsohne eine Rolle gespielt.

Es gibt noch eine andere Geschichte zum 17. Juni: Wie geht die Bonner Republik mit diesem Thema um? Ich habe es selbst erlebt, ich bin ja in Oberfranken aufgewachsen. Der 17. Juni war ein schöner Feiertag. Da ist man in den Wald und auf die Wiese marschiert und hat Würste gegrillt, aber an die deutsche Einheit hat man kaum gedacht. Als sie schließlich da war, hat man diesen Gedenktag abgeschafft und in einem technokratisch-kalten Akt durch den 3. Oktober ersetzt. Das war meines Erachtens ein schwerer Fehler. Ich bin mit Fritz Stern ganz einer Meinung gewesen, vor Jahren schon, dass dieser 17. Juni hätte bewahrt werden und man den 9. Oktober als einen Tag der Einheit hätte wählen müssen, und nicht diesen 3. Oktober.

Ich nehme noch kurz zu weiteren Aspekten Stellung; ich will es nicht überdehnen, aber als Historiker kommt man natürlich in die Diskussion. Die freien Wahlen: Stalin selbst hat doch die freien Wahlen in der zweiten Note vom April 1952 angeboten. Das heißt, man hätte sich hier praktisch auf Stalin berufen können. Er wollte ja ein gesamtdeutsches, blockfreies und frei gewähltes Deutschland – so jedenfalls in der propagandistischen Thematisierung dieser Noten. Aber offensichtlich war das dann kein Thema mehr.

Die deutsche Einheit war – und da bin ich auch bei Gábor Erdődy – höchst sensibel, keine Frage. Schauen Sie sich den Zehn-Punkte-Plan von Helmut Kohl vom 28. November 1989 an; da ist von deutscher Einheit keine Rede. Das ist ein Stufenkonzept – Konföderation in der Langzeitperspektive. Hans Modrow spricht von der „deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft“, auch von

der Konföderation. Man wusste um die Sensibilität der Thematik.

Aber es war nicht ganz so schlimm. Jacques Santer, Wilfried Martens und Felipe González waren für die Lösung durch Einheit. Letztlich war eines klar: Die Skepsis, die in Ost-Mitteleuropa und in Westeuropa vorhanden war, kann nur überwunden werden, wenn dieses neue geeinte Deutschland weiter zu seinen Verpflichtungen steht – Stichwort EU, die dann mit Maastricht kommt, und mit einem vereinten Deutschland als Mitglied der NATO. Insofern ist das die Lösung gewesen.

Lassen Sie mich noch zwei letzte Gedanken äußern. Die Tragik von 1953, 1956 und 1968 war das, was 1989 möglich war, nämlich dass die Revolutionen und die Freiheitsbekundungen relativ gleichzeitig abgelaufen sind. Das Problem zuvor war, dass zuerst die Ostdeutschen, dann die Ungarn sowie dann die Tschechen und Slowaken immer im Alleingang versucht haben, sich zu wehren. Ein weiterer Punkt ist: Wie weit war dieses Mitteleuropa denn vernetzt? Wie weit ging denn die Transnationalität dieses Mitteleuropas? Vernetzt waren die KP-Chefs, die Staatssicherheits-Exponenten, aber eben noch nicht in dem Maße eine zivilgesellschaftliche Konstellation, wie sie dann schon eher Ende der 1980er Jahre gegeben war. Das ist ein Punkt, den man sehen muss, und es ist die Tragik dieser gescheiterten Aufstände.

Wenn man sich andererseits die westeuropäische Integration ansieht – EWG, EG – und mit dem vergleicht, was im COMECON-Bereich ablief, dann war klar: Auf Dauer war die Attraktivität nicht nur des „American Dream“,



sondern auch diese europäische Anziehungskraft, diese letztlich siegreiche Magnettheorie des erfolgreichen europäischen Binnenmarktkonzepts. Da hatte der Osten nichts mehr gegenzuhalten.

Ein letzter Aspekt: Wir müssen in den historischen Erinnerungen viel weiter zurückgehen. Wir haben 2019 mehrere Erinnerungsjahre. Wir reden von Versailles, von Saint Germain, von Trianon, und wenn Sie mich fragen, wird in Ungarn das Thema Trianon heute viel bewusster, viel historisch bewusster in seiner Nachwirkung wahrgenommen als Saint Germain in Österreich oder Versailles in Deutschland. Wir sollten auch sehen, dass wir unterschiedliche, d.h. geteilte Erfahrungen in Europa haben –

nicht nur 1953, 1956 und 1968. Wir haben auch sehr unterschiedliche geteilte historische Erinnerungsorte, was diese Pariser-Vororte-Verträge-Regelung angerichtet hat. Was Ungarn hier erleben musste, das war der Umgang mit Phantomschmerzen; mit Phantomschmerzen in einer Dimension, die Deutschland und Österreich – natürlich im Vergleich zum zusammengebrochenen monarchischen System – auch als dramatisch empfinden konnten, aber anders damit umgehen konnten als zum Beispiel Ungarn.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Petr Brod, Herr Gehler hat den Tag X erwähnt, vor dem sich Erich Mielke gefürchtet hat – auch in Rückschau auf den 17. Juni –, und ich würde noch auf den Tag X zu sprechen kommen, der 1989 in der Tschechoslowakei über die Bühne gegangen ist, das war der 17. November. Ganz so unvorhergesehen war es vielleicht nicht, weil, wie die meisten der Anwesenden wahrscheinlich wissen, es damals ein 50jähriges Gedenkjubiläum gab: das Gedenken an den 17. November 1939, an die Niederschlagung von Studentenprotesten gegen die nationalsozialistische Besatzung, die Schließung der tschechischen Hochschulen und die Ermordung des Studenten Jan Opletal. Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel, wie Jahrestage 50 Jahre später etwas Großes auslösen können. Und doch kam es für die meisten Vertreter des Regimes überraschend. Innerhalb weniger Tage nach dieser ersten großen Studentendemonstration 1989 ist es schließlich zusammengebrochen.

Heute gibt es meiner Erfahrung nach in der Tschechischen Republik immer noch Leute, die damit sehr unzu-

frieden sind, die möglicherweise auch zu den Verlierern der nachrevolutionären Entwicklung gehören, zu den Verlierern der Transformation, die in vielen Bereichen schmerzhaft war für manche Menschen und die jetzt daran Verschwörungstheorien knüpfen und sagen, das war gar keine richtige Revolution, das war gesteuert von oben. Wie beurteilen Sie die Sicht auf 1989 jetzt, mehr als ein Vierteljahrhundert später, in der Tschechischen Republik?

→ **Petr Brod:**

Die Sicht ist die, dass natürlich das Jahr 1989 eine große Umwälzung war. Ob es eine Revolution war, darüber streiten sich die Geister, denn das hängt von der Definition der Revolution ab. In meinen Augen war es eine Revolution insofern, als es zu einer grundlegenden Wandlung sowohl des politischen als auch des wirtschaftlichen Systems gekommen ist. Es wurde die Marktwirtschaft eingeführt, eine soziale Marktwirtschaft sagen wir, nach westeuropäischem Muster. Das Land ist heutzutage eine parlamentarische Republik und knüpft an die Traditionen der ersten Tschechoslowakischen Republik in der Zwischenkriegszeit an. Insofern ist der Unterschied gegenüber den Jahren, die davor vom Stalinismus und Poststalinismus gekennzeichnet waren, ungeheuer groß. Insofern war es eine Revolution. Nur fragt man sich – und daran knüpft Ihre Frage an –, inwiefern es zu einem Bruch mit verschiedenen Aspekten der Vergangenheit gekommen ist, zu einem klaren Bruch.

Nun, das Volk kann man nicht austauschen. Es ist so, dass in der Tschechoslowakei selbst nach dem sowjetischen Einmarsch ein großer Teil der erwachsenen Bevöl-

kerung Mitglied der KPC war. Das waren vor allem Leute, die aus Opportunitätsgründen Parteimitglieder waren; sie waren nicht drin, weil sie Stalin verehrten oder weil sie glaubten, dass in Bälde die ganze Welt kommunistisch sein würde, sondern sie wollten ihre Jobs behalten usw. und machten so die rituellen Verbeugungen vor der marxistisch-leninistischen Ideologie inklusive des Leitsatzes: Das, was 1968 passierte, war brüderliche Hilfe unserer sowjetischen, ostdeutschen, polnischen, ungarischen und bulgarischen Genossen.

Diese Leute konnte man 1989 nicht einfach von der politischen Bühne wegfeigen, weil es einfach zu viele waren. Es gibt Statistiken, wonach etwa 40 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in der Tschechoslowakei zwischen 1948 und 1989 irgendwann einmal für längere Zeit Mitglied der Kommunistischen Partei waren. Diese Leute hat man nicht außerhalb des Gesetzes gestellt. Nein, es gab sogar unter Václav Havel einen Ministerpräsidenten namens Marián Čalfa, der sozusagen eine gewisse Kontinuität zwischen der Zeit vor November 1989 und danach repräsentierte. Denn Marián Čalfa war ein Minister der Regierung bis November 1989 und dort für die legislativen Reformen zuständig, die damals geplant waren. Danach wurde er als wichtiger Vermittler zwischen der kommunistischen Führung und den Dissidenten Ministerpräsident der ersten nachkommunistischen Regierung.

Es gab zahlreiche andere Leute dieses Schlags. Die Geheimpolizei des kommunistischen Regimes wurde zwar aufgelöst, aber einige ihrer Angehörigen fanden Anstellung bei den neuen Organen der Verfassungsverteidi-



gung und des Geheimdienstes. Das kommt immer wieder hoch, selbst heute noch, wo wir zum Beispiel einen Vize-Ministerpräsidenten und Führer der ANO-Partei Andrej Babiš haben, von dem es heißt, er habe auch eine gewisse Verbindung zum kommunistischen Geheimdienst gepflegt.

Es gab Versuche der Säuberung des Staatsapparates durch die sogenannte Lustration, also ein Gesetz, das den Zugang bestimmter Funktionsträger des kommunistischen Regimes zu hohen Staatsämtern regelt bzw. verbietet. Aber trotz alledem ist eine große Kontinuität in den Menschen da. Ein Teil der kommunistischen Parteielite hat sich in eine Wirtschaftselite oder in Wirtschaftsoligarchen verwandelt. Vor allem gilt das zum Beispiel für Leute, die aus dem System der Außenwirtschaft kamen, also aus den Exportunternehmen mit Verbindungen in den Westen. Es gibt berühmte Beispiele, die ich aufzählen könnte, wo Leute, die einst in der kommunistischen Außenwirtschaft arbeiteten, später durch ihre Kontakte zu Leitern von Niederlassungen westlicher Unternehmen in der Tschechischen Republik wurden. Solche Gegebenheiten werden natürlich von vielen Menschen als Zeichen dafür gesehen, dass es keinen wirklichen Bruch mit der Vergangenheit gab.

Der Bruch mit der Vergangenheit war eher symbolisch. Man erklärte per Gesetz das ehemalige kommunistische Regime zu einem Regime, das auf Verbrechen gegründet war. Es wurden sehr wenige Funktionäre dieses Regimes vor Gericht gestellt, und wenn, dann oft mit mäßigem Erfolg. Der höchste kommunistische Repräsentant, der je hinter Gefängnismauern verschwand – und das nur für

etwa zwei Jahre –, war der Leiter der Prager Gebietsleitung der Kommunistischen Partei, Miroslav Štěpán. Bislang ist es nicht gelungen, jemanden wirklich haftbar zu machen für Verbrechen, wie die Erschießung von Flüchtlingen an der Grenze oder die Teilnahme an Schauprozessen in den 1950er Jahren.

Es wird also immer Leute geben, die sagen werden: Ihr seht doch, wie gut es den ehemaligen Geheimpolizisten geht, die höhere Renten haben als ehemalige politische Gefangene. Wir haben diese Kontinuität bei vielen Politikern des kommunistischen Regimes bis heute. Einige sagen, das sei ein Zeichen dafür, dass es zu keiner Revolution gekommen ist in der Tschechischen Republik. Ich sage: Nein, wir hatten auch im Frankreich der Revolutionszeit Ende des 18. Jahrhunderts Talleyrand und andere Menschen dieses Schlages. Die wird es immer geben. Das schmälert jedoch nicht den Umfang und die Bedeutung des epochalen Ereignisses von 1989.

→ **Gerald Schubert:**

Bevor wir Sie, meine Damen und Herren, in die Diskussion einbinden, drängt sich mir noch eine Frage auf an Richard Schröder. Es ist doch im Zusammenhang mit der Frage, was uns allen gemeinsam ist, in aktuellen politischen Situationen neben der europäischen Geschichte der Aufklärung auch immer die christlich-jüdische Kultur im Spiel. Ich glaube, diesen Aspekt sollten wir hier nicht ganz ausklammern. Am interessantesten ist es vielleicht vor dem Hintergrund der Revolution 1989 in der DDR. Die Kirche spielte hier doch im Vergleich beispielsweise zur Tschechoslowakei, wo es eine sehr atheistische Tradition gibt, eine relativ große Rolle. Können Sie als Fachmann

die Rolle der Kirche 1989 in der DDR ein wenig beleuchten und sich vielleicht sogar zu einer Antwort auf die Frage versteigen, ob das eine *Conditio sine qua non* war oder ob die Revolution auch ohne diese christlich geprägte Gesellschaft irgendwie doch im Rahmen der gesamten Freiheitsrevolution in Osteuropa 1989 über die Bühne gegangen wäre – auch wenn der Konjunktiv in historischen Betrachtungen nicht beliebt ist?

→ **Prof. Dr. Richard Schröder:**

Zunächst einmal möchte ich sagen, dass der Ausdruck „jüdisch-christliche Tradition“ ein merkwürdiger Euphemismus ist. Das sieht so aus, als hätten sich die Christen und die Juden in der europäischen Geschichte immer umarmt. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Das ist immer ein sehr spannungsvolles Verhältnis gewesen. Was man damit meint, ist eigentlich etwas ganz anderes: nämlich dass zur christlichen Bibel auch das Alte Testament gehört und deshalb die für das Judentum charakteristischen Traditionen im christlichen Kulturkreis präsent waren. Das geschah aber nicht durch Verbrüderung mit den jüdischen Gemeinden, da war das Verhältnis immer sehr spannungsvoll, sondern durch einen gemeinsamen Traditionsbestand, der außerdem noch verschieden ausgelegt wurde. Also, den Ausdruck christlich-jüdische Tradition gebrauche ich nicht; ich habe Ihnen erklärt, warum.

Ich finde auch diese Berufung auf die christlichen Wurzeln Europas zu blass. Man müsste eigentlich, wenn man sich etwas Konkretes vorstellen will, von dem lateinischen Christentum sprechen. Dieses lateinische Christentum unterscheidet sich von anderen Christentümern dadurch, dass bestimmte Dualitäten sehr stark ausge-

prägt waren. Der Gegensatz von Papst und Kaiser, die Unterscheidung von Staat und Kirche ist in der europäischen Tradition ernster genommen worden. Aber mindestens ebenso charakteristisch ist, dass die lateinische christliche Kultur das Nebeneinander von Theologie und Philosophie an den Universitäten institutionalisiert hat. Man hat gesagt, man kann auch manches erkennen, ohne Christ zu sein.

Das ist zwar jetzt nicht der Weg zur Säkularisierung, aber der Weg zur Akzeptanz von Argumenten – namentlich im Rechtlichen und im Politischen –, die sich nicht auf die Offenbarung berufen. Man kann sagen, das verwundert Sie vielleicht: Wo es vorher keine Scholastik gab, gab es hinterher auch keine Aufklärung. Da gibt es einen Zusammenhang, der aber nur durch die lateinische Prägung des Christentums so markant ist. Das konnte ich jetzt nicht unterdrücken.

Jetzt war die Frage zur Rolle der Kirche gekommen. Die Kirche hat in der DDR keine Revolution gemacht, keine geplant und ist von der Entwicklung des Herbstes '89 überrascht worden. Sie hat sich immer wieder bemüht, in engem Kontakt zu den sozialdemokratischen Entspannungspolitikern Westdeutschlands (die westdeutsche Entspannungspolitik hat in der evangelischen Kirche der Bundesrepublik und der DDR sehr viele Anhänger gehabt), die Genossen auf den Pfad der Tugend zu bringen. Dieses Unternehmen war kühn und ist gescheitert.

Sie hat aber außerdem gesagt: Wir werden einigen dieser jungen Leute, die sich hier zusammentun und gegen die der Staat sehr wirksame Strategien zur Zerschlagung hat

(von ins Gefängnis stecken bis hin zur Abschiebung in den Westen), Unterkunft gewähren. Sie hat dies getan, weil die SED wegen der Westkredite eine Beißhemmung gegenüber der Evangelischen Kirche ausbilden musste. Schließlich hat ihr der Westen klar gemacht: Ob ihr gutwillig seid, erkennen wir daran, wie ihr mit der Kirche der DDR umgeht. Die Kirche hat dies genutzt. Zum Beispiel auch einmal, als eine Aktion gegen Totalverweigerer des Wehrdienstes gestartet wurde. Die Kirche hat sich da zu Wort gemeldet und gesagt, das geschieht aus religiösen Gründen. Dann haben sie ihr eine Liste vorgelegt, sie solle doch einmal diejenigen benennen, die hier Kirchenmitglieder sind und sie hat gesagt, alle sind Kirchenmitglieder. Das stimmte zwar nicht, aber die SED hat dann die Finger davon gelassen. Diese besonderen Konstellationen spielen hier eine Rolle, nicht etwa irgendwelche konzeptionellen Erwägungen für den Weg zur deutschen Einigung und zur Beseitigung des SED-Regimes.

Die Losung „Keine Gewalt“ ist allerdings auch etwas, bei dem Kirchenleute eine besonders wichtige Rolle gespielt haben. Was ich persönlich erlebt habe und was noch dazugehört, sind Angebote von schützenden Infrastrukturen. Wenn Demonstranten verhaftet wurden, dann wurde ein Informationstelefon eingerichtet. Wenn von den Friedensgebeten und Gottesdiensten Demonstrationen ausgingen, dann wurde zum Beispiel gesagt: Jeder, der verhaftet wird, ruft seinen Namen, damit wir wissen, wer verhaftet ist. Oder es hat auch juristische Beratung für die Angehörigen von Verhafteten gegeben. Diese Infra-

strukturen spielen hier eine Rolle, nicht etwa irgendwelche konzeptionellen Erwägungen für den Weg zur deutschen Einigung und zur Beseitigung des SED-Regimes.



strukturen haben den Demonstranten das Demonstrieren erleichtert.

Man muss aber andererseits sagen: Das ist alles Ruhm und Ehre für die Kirche unter Bedingungen einer staatlichen „Beißhemmung“. Die ganzen Methoden hätten unter Stalin überhaupt nichts gebracht. Deswegen muss man – es tut mir ja leid – natürlich auch sagen: Die Revolution ist, wie das aber wohl für alle Revolutionen gilt, unter günstigen Umständen gelungen. Unter ungünstigeren Umständen – wie nämlich unter Stalin – hätte alles erfolglos bleiben können. Aber gut, das ist dann der Punkt, an dem ein Christ sagt: Danke Gott, wir haben es nicht auf unserer Verdienstliste, aber unter glücklichen Umständen doch offenbar in erheblichem Maße das Richtige gemacht. Mehr können wir von uns eigentlich nicht verlangen.

→ Gerald Schubert:

Herzlichen Dank. Wir haben noch circa eine halbe Stunde Zeit bis zur Mittagspause. Ich würde jetzt gern dem Publikum die Gelegenheit bieten, Fragen zu stellen. Wir planen danach noch eine kleine Schlussrunde ein, weil im Zuge der Diskussion alle vier Herren auf dem Podium noch Bedarf haben werden, eine kleine Schlussbemerkung zu geben. Wer möchte gern?

→ Frage (Publikumsbeitrag):

Mein Name ist Joachim Klose, Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen. Ich habe zwei Fragen – eine an Herrn Prof. Schröder und eine an Herrn Prof. Gehler. Herr Prof. Schröder, woran machen Sie fest, dass die DDR-Regierung vor 1953 die deutsche Einheit avisierte? Ich habe es immer



als rhetorische Figur verstanden, die eher die Spaltung provozierte, indem sie zeigte, der aggressive Imperialismus hat die Bundesrepublik gegründet und wir können jetzt immer rhetorisch die Einheit behaupten. Wenn man von Einheit aus DDR-Perspektive sprach und die Gruppe um Ulbricht betrachtete, dann ist das doch nur bedeutsam, wenn die Sowjetunion ihr Imperium über ganz Deutschland ausweitete. Ich weiß nicht, was das real bedeutet.

Die zweite Frage geht an Herrn Prof. Gehler. Sie sprachen davon, wie instabil Osteuropa zur Zeit des Ungarn-Aufstandes war. Mich hätte dabei noch einmal die Rolle Josip Broz Titos interessiert; das habe ich nicht ganz verstanden, Sie hatten es erwähnt. Die Frage ist auch dahinge-

hend: Welche Rolle spielt die Einheit Osteuropas heute in der gegenwärtigen Europäischen Union, auch mit der ehemaligen DDR?

→ **Prof. Dr. Richard Schröder:**

Nein, da haben Sie mich falsch verstanden. Die SED hat unter Ulbricht nicht die deutsche Einheit angestrebt, sondern sie ständig im Munde geführt. Meine Argumentation war, dass man damals mit der Forderung nach der deutschen Einheit nicht von der SED erwarten konnte, dass man Ärger bekommt mit der Begründung, so etwas darfst du nicht sagen und denken, denn das hatte sie ja selbst gemacht. Sie hat ständig davon gesprochen. In der neuen Situation, die vor allem nach der Betonung der Zweistaatlichkeit durch Honecker eingetreten war, da durftest du es nicht einmal sagen. Nein, es war eine reine Rhetorik und die Politik war eine ganz andere. Welche Rolle die Stalin-Noten in Stalins politischen Konzeptionen hatten, ist ein extra Thema. Ich persönlich nehme an, dass die Stalin-Note, die die Einheit Deutschlands in Aussicht stellte, ein Spaltungstrick war und keine wirkliche Intention. Aber da gehen die Meinungen auseinander. Klar war, und das wurde auch von Ulbricht immer so ausgesprochen: Wir sind für die Einheit Deutschlands unter kommunistischer Führung. Das war das Einheitskonzept, das sie hatten. Man wurde unter Ulbricht nicht Staatsfeind, wenn man von der Einheit Deutschlands sprach. Das wurde erst unter Honecker so; da durfte man es nicht einmal aussprechen.

→ **Prof. Dr. Michael Gehler:**

Vielleicht noch ein Wort zur ersten Frage: „Deutsche an einen Tisch“, das war eine Losung von Otto Grotewohl,

die, wie ich meine, nicht nur aus propagandistischen Gründen erfolgte, sondern einen gewissen legitimatorischen Charakter hatte – auch für das SED-Regime mit Blick auf die ostdeutsche Bevölkerung. Ich glaube, man kann es sehr differenziert sehen. Michael Lemke hat ein Buch über die SED und die deutsche Frage geschrieben. Darin wird deutlich, dass innerhalb des Führungszirkels der SED nicht eindeutig klar war, als Stalin mit dem Angebot vom 10. März 1952 kommt, was eigentlich los ist. Wird er uns in das gesamtdeutsche Wasser hineinwerfen? Was dann?

Die Dinge sind nicht so eindeutig und die Debatte über die Stalin-Note ist nach wie vor kontrovers. Ich halte dieses Angebot von Stalin – auch die zweite Note vom 9. April 1952 – für ein Angebot für alle Fälle. Stalin hat sich alle Optionen offengelassen: Propaganda, dem Westen die Schuld zuweisen für die Teilung Deutschlands, das DDR-System damit auch zu salvieren – nach dem Motto „Deutsche an einen Tisch“, wir wollten es ja –, zweifelsohne auch die Adenauer-Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Man hat damals noch auf die Gewerkschaftsbewegung und die SPD mit Kurt Schumacher gesetzt, die zu diesem Zeitpunkt noch fundamentale Opposition gegen Adenauer betrieben hat. Das heißt, man setzte auf die Opposition. Wenn Sie sich die Angebote genau anschauen, dann enthielten sie durchaus konkrete Punkte für eine mögliche Verhandlung. So wurde es jedenfalls im Westen gesehen.

Im Westen gilt das Angebot intern – in den Außenministerien, im US Department of State – als ein „very serious but dangerous offer“. Paul Nitze, einer der großen Strate-

gen im State Department, sagt am 12. März, zwei Tage nach Stalins Angebot: Wir müssen uns auf alles einstellen. Wenn Konrad Adenauer sagt, er will das geprüft haben, er will sondieren, dann müssen wir uns darauf einlassen. Die Beamten lassen bereits im State Department eine Wahlordnung für gesamtdeutsche freie Wahlen ausarbeiten. Sie legen, so Nitze, bereits einen Termin fest: den 10. November 1952.

Im April 1952, als schon klar ist, dass Adenauer fest im Westen steht und nach der Devise verfährt, wir handeln so, als ob es diese Note gar nicht gibt, sagt Dean Acheson, jetzt müssen wir einen diplomatischen Sturm im Wasserglas inszenieren. Wir werden einen Showdown für Stalin produzieren. Er muss jetzt die Karten auf den Tisch legen, wir müssen ihn zwingen, „seine Hosen herunterzulassen“. Wir werden zum Schein mit ihm verhandeln. Hier läuft wiederum Adenauer Sturm: keine Diskussion, keine Vier-Mächte-Lösung, keine Vier-Mächte-Debatte. Es ist eine hoch interessante, eine spannende Diskussion, die wir weiter führen werden.

Tito – sein Bruch mit Stalin im Jahr 1948 ist bekannt, das Ausscheren aus der Kominform, und dann herrscht Kalter Krieg zwischen Belgrad und Moskau. Es geht nicht nur um die „Klassenfeinde“, um die „Imperialisten“, um die „Faschisten“; es geht auch gegen die „Titoisten“ und die „Zionisten“ – eine übrigens stark antisemitische Welle, die mit den Schauprozessen von 1952 und danach korrespondiert. 1955 ist die Sowjetunion nach Stalins Tod im Gerangel um die Machtfrage im Kreml – Chruschtschow, Malenkow, Bulganin, Mikoyan – in einer prekären Situation. Die Machtfrage ist nicht geklärt und man unter-

nimmt die Pilgerfahrt nach Belgrad. Chruschtschow vollzieht im Grunde den Canossagang nach Belgrad, um die Annäherung und Versöhnung mit Jugoslawien zu erreichen. Tito ist nur zu gewissen Konzessionen bereit, aber nicht dazu, von seinem Weg, dem jugoslawischen sozialistischen Weg, abzuweichen. Es geht im Jahr 1956 für Chruschtschow auch darum, Titos Zustimmung für die Militärintervention in Ungarn zu bekommen. Tito hält übrigens am 22. November 1956 in Pula eine Rede, in der er sich in gewisser Weise vor der jugoslawischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen versucht, warum man letztlich grünes Licht für die Intervention in Ungarn gegeben hat. Aber er kritisiert dabei wieder den sozialistischen Stalinismus, was in Moskau zu negativen Rückwirkungen führt. Das ist eine sehr spannende Angelegenheit.

Wir wissen zu Tito längst noch nicht alles. Seine Rolle gibt viele Rätsel auf, und es gibt zu wenige schriftliche Aussagen oder Dokumente, die er zugelassen hätte. Er hat nichts protokollieren lassen – ähnlich wie Stalin. In seinem Beisein durfte niemand mitschreiben. Wir haben ein Quellenproblem, aber die Rolle Titos in der Ungarn-Frage ist eindeutig. Er opferte letztlich auch Imre Nagy. Nagy nahm ja Zuflucht in der jugoslawischen Botschaft in Budapest in den ersten Tagen nach der Niederschlagung. Dann wurde er verhaftet und nach Rumänien ausgeliefert. Sodann kam er wieder zurück und dann gab es den Prozess und 1958 seine Hinrichtung. Tito war im Falle Ungarns 1956 ein Mitentscheider und ein Mittäter, was die Niederschlagung des Aufstands angeht.

Der zweite Teil Ihrer Frage richtete sich auf die Einheit Osteuropas und die Europäische Union. Wenn wir von

1989 ausgehen, dann war der Wunsch nach einer „Rückkehr nach Europa“ zweifelsohne ein Thema. Ich finde es schon interessant, wie Tadeusz Mazowiecki oder Václav Havel argumentiert haben, nämlich mit einer moralischen Verpflichtung, die der Westen habe, dass nun sie an der Reihe seien – nach den jahrzehntelangen Repressionen hinter dem Eisernen Vorhang –, zu diesem vereinigten Europa zu gehören.



Wenn wir uns in der Realität die Vereinigung Europas anschauen, dann war Maastricht die Antwort auf die Frage: Vertiefung, Binnenmarkt, die vier Freiheiten und die sogenannte Wirtschafts- und Währungsunion, die praktisch nur eine Euro-Zone ist. Das heißt, man hat die Sache auf die lange Bank geschoben. Ich würde sagen, Helmut Kohl hat noch in den letzten Jahren seiner Amtszeit eine ganz entscheidende Rolle gespielt, dass die sogenannte EU-Osterweiterung wirklich möglich wurde. Die Deutschen waren hier die Drängenden, gemeinsam mit den Österreichern und Finnen, um diesen Gedanken der Einheit Europas nicht völlig absterben und als neue Enttäuschung seitens der Mittelosteuropäer erscheinen zu lassen.

Vergessen wir dabei nicht die NATO-Osterweiterung. Die NATO-Osterweiterung antizipierte die EU-Osterweiterung, wobei auch noch in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eine offene Frage war, wie weit man das forcieren kann. Aber mit Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn als NATO-Mitglieder war schließlich auch die sicherheitspolitische Antizipation und Flankierung der dann kommenden EU-Osterweiterung gegeben. Aber 15 Jahre hat es von 1989 an gedauert, bis die sogenannte Vereinigung Europas real stattfand. Das ist ein sehr ambivalenter Aspekt.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Antje Hermenau. Herr Prof. Gehler, Sie haben von der Widerstandskontinuität gesprochen mit den verschiedenen Jahreszahlen – 1953, 1956, 1968, und nach 1989 war dann damit ein bisschen Schluss. Ich würde den Gedanken gern weiterspielen – und das ist meine

Frage: Wenn es darum geht, dass es in dieser Widerstandskontinuität in Mitteleuropa vor allem die eigene historische Identität zu bewahren gilt – die kulturell, aber auch historisch ist –, dann kann man vielleicht auch dahingehend sagen, dass Widerstände gegen europäische Beschlusslagen, wie zum Beispiel in der Frage der Gemeinschaftswährung und der Rettung Griechenlands oder auch in Fragen in Bezug auf Zuwanderungsregelungen, die ja hier sehr viele Probleme verursacht haben, auch eine Form und Kontinuität dieser Widerstandsgeschichte darstellen. Sie sind diesmal nicht gegen den Bolschewismus gerichtet, aber sie stellen eigentlich eine Verteidigung historischer Identität dar. Oder ist das eine falsche Schlussfolgerung?

→ **Prof. Dr. Michael Gehler:**

Ich habe nicht von einer Widerstandskontinuität gesprochen. Ich habe von geteilten Erfahrungen gesprochen, unterschiedlichen vorrevolutionären Erfahrungen, und ich habe davon gesprochen, dass die Tragik dieser Widerstände darin liegt, dass sie nicht zeitgleich, sondern zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgten. Das ist der markante Unterschied zu den Jahren von 1987 bis 1989, wo das in einer Kettenreaktion und fast zeitgleich abläuft, sodass man gar nicht mehr weiß, wo man hinschauen soll und wie man das in einer einigermaßen geregelten Form überführen kann. Das ist der große Unterschied. Aber aufgrund von 1953, aufgrund von 1956 und aufgrund von 1968 gibt es doch möglicherweise so etwas wie ein gemeinsames Bewusstsein, sich selbst behaupten zu müssen und widerstanden zu haben. Das teilen Ostdeutsche, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Polen: dass man versucht hat, sich selbst zu behaupten und versucht hat,

nationale Selbstbestimmung zu kultivieren – wenngleich zu unterschiedlichen Zeitpunkten und daher nicht so effektiv und massiv in der Auswirkung für die Destabilisierung des sowjetischen Bruderstaatensystems.

Insofern gibt es hier sicher auch Anknüpfungspunkte, wenn Sie sich anschauen, dass diese neuen EU-Mitglieder in eine Europäische Union hineinkommen, die schon stark supranationale Tendenzen hat. Das ist ja etwas anderes gewesen als die Europäischen Gemeinschaften oder die EWG oder die Montanunion. Der *Acquis communautaire* ist ja immer mehr gewachsen und die Hürden sind immer höher geworden. Deshalb gibt es auch das Problem der Türkei. Die Türkei hätte in den 1980er Jahren zusammen mit Griechenland leichter EG-Mitglied werden können als heute EU-Mitglied; das ist ja fast unmöglich – abgesehen davon, dass es für die EU unmöglich ist, die Türkei aufzunehmen. Die Situation, auf der einen Seite nationale Unabhängigkeit, nationale Souveränität erlangt zu haben, endlich von dieser sowjetischen Repression frei zu werden, andererseits aber in ein supranationales Bassin hineingeworfen zu werden, das immer noch im Aushandlungsprozess ist. Es ist nichts Neues, dass wir in Europa Renationalisierungstendenzen haben. Das ist gar nichts Neues, und Krisen sind es auch nicht. Die Geschichte der Europäischen Union ist ein Produkt von Krisen; wir brauchen sogar Krisen, um weiterzukommen.

→ **Gerald Schubert:**

Ganz kurz dazu noch Prof. Schröder und dann habe ich noch zwei Wortmeldungen gesehen. Ich schlage vor, sie hintereinander zu stellen und sie im Rahmen unserer Schlussrunde zu beantworten. Bitte.



→ **Prof. Dr. Richard Schröder:**

Ich wollte gegen eine Betonung der Kontinuität des Widerstandes doch darauf hinweisen, dass es einen Unterschied macht, ob sich Widerstand gegen Fremdherrschaft, gegen ein nicht-demokratisches Regime richtet oder ob ein freiwillig eingegangener Vertrag einem nachträglich als zu eng erscheint. Das allzu große Lob der Souveränität möchte ich daher ein wenig einschränken: Jeder Vertrag ist ein gewünschter Souveränitätsverzicht – auch die Eheschließung. Wenn jemand verheiratet ist und sich benimmt, als wenn er nicht verheiratet wäre, gibt es Ärger; und trotzdem kann ich nicht behaupten, dass der Betreffende unter Zwangsherrschaft steht. Also, wir möchten doch einmal genau unterscheiden, ob man einem Verbund freiwillig beigetreten ist und nachträglich

mit manchem unzufrieden ist. Das ist dann nicht Widerstand, sondern Unzufriedenheit, für die es Kanäle gibt, um sie zu regeln.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank dafür. Bitte schön.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Ich heiße Sylvia Bretschneider und bin Präsidentin des Landtags Mecklenburg-Vorpommern. Ich vertrete die These, dass die Zukunft Europas und damit auch Mitteleuropas wesentlich davon abhängt, wie gut unsere Demokratien sind. Nun kann man natürlich eine heftige Debatte darüber führen, was eine gute Demokratie ist. Ich will einmal sagen, was ich darunter verstehe. Ich glaube, dass es nicht ausreicht, Demokratie als Staatsform und als Gesellschaftsform zu beschreiben, sondern Demokratie muss auch eine Lebensform sein. Meine Beobachtung ist, dass im Zuge der letzten Revolution, die wir miterlebt haben, 1989, genau dieser Punkt schwächelt – bei uns in Ostdeutschland zumindest. Eigentlich kann man ja sagen, Deutschland ist eine gefestigte Demokratie. Aber wenn Menschen die Form des Zusammenlebens innerhalb der Demokratie nicht erlernt haben, dann ist das aus meiner Sicht ein wesentlicher Grund dafür, dass vieles momentan nicht funktioniert.

Mich würde interessieren, ob Sie diese Einschätzung teilen. Ist das ein Problem, das nicht allein wir im Osten Deutschlands haben, sondern auch die osteuropäischen Länder, die alle in diesen Demokratieprozess fast wie wir hineingestolpert sind? Wir haben die Demokratie als Staatsform geschenkt bekommen, haben sie als Gesell-

schaftsform gut aufgebaut, aber mit der Lebensform – so mein Empfinden – klappt es noch nicht richtig. Und das liegt aus meiner Sicht auch an einem mangelnden Ver-



ständnis, bestimmte Dinge zu akzeptieren, etwa dass Verträge immer Kompromisse sind. Würden Sie diese Ansicht teilen, und was wäre aus Sicht der Historiker notwendig gewesen oder was hätten wir besser machen können – gerade in dieser Frage Lebensform Demokratie, denn dafür gab es ja keine Schulen? Danke.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Nun die letzte Frage; dann kommen wir zu unserer Schlussrunde.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Heiko Kosel, ich bin Landtagsabgeordneter in Sachsen, Fraktion Die Linke. Ich stamme aus dem Dreiländereck und bin Sorbe. Ich habe mit Zustimmung leider zur Kenntnis nehmen müssen, was Herr Prof. Schröder über die defizitäre Kommunikation der Opposition in den Staaten des ehemaligen Ostblocks gesagt hat. Meine erste Frage ist: Was war der Grund dafür? War es nur die Sprachbarriere oder waren es tiefergehende Vorbehalte, vielleicht auch Nachwirkungen von Konflikten, die es zwischen diesen Nationen in der Vergangenheit – da meine ich durchaus längere Zeiträume – gegeben hat? Was waren die Gründe für diese defizitäre Kommunikation? Zweitens: Wir haben ja heutzutage viel bessere technische Möglichkeiten der Kommunikation. Aber ich glaube, auch heute noch haben wir das Phänomen, dass die Zivilgesellschaften unserer Staaten oft nur defizitär miteinander kommunizieren. Was sind dafür die Gründe?

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Ich glaube, Prof. Gehler hat über diese defizitäre Kommunikation gesprochen und darüber, dass

die Revolutionen von 1956, 1968 im Vergleich zu 1989 doch etwas allein dastanden. Vielleicht können wir in der Schlussrunde noch versuchen, die Frage zu beantworten, wie es denn so um die demokratische Dialogfähigkeit in den Ländern Osteuropas steht; wie es um die demokratische Alltagskultur steht. Das sind zwei sehr interessante Schlussfragen, die ich gern mit unserer Schlussrunde verknüpfen würde. Herr Prof. Erdódy, wenn Sie so nett wären zu beginnen. Sie können natürlich auch andere Schlussbemerkungen machen.

→ **Prof. Dr. Gábor Erdódy:**

Ich glaube, dass es in unserem breiten Kontext von Mitteleuropa wirklich eine bestimmende Frage ist, inwiefern unsere autonomen demokratischen Strukturen in eine mittlere bzw. größere Einheit implementiert werden können. Die Lehre der Geschichte, der Revolutionen – nicht nur der von 1956, sondern aller Revolutionen von 1848 bis heute – ist, dass die Demokratie, die demokratischen Bestrebungen nur dann eine Chance haben, erfolgreich zu sein, wenn sie sich nicht nur in ihren nationalen demokratischen Strukturen zu entfalten versuchen, sondern in einer größeren Integration ihrer Kräfte. Wie es auch schon 1848 die Historiker, die Politiker festgestellt haben, behaupten sich die nationale Unabhängigkeit, die deutsche Einheit, die europäische demokratische Entwicklung gegenseitig. Alle sind Bestandteil eines großen Gesamtprozesses, und wenn sie ihre Interessen in einer gemeinsamen Struktur vereinigen können, dann haben wir eine echte demokratische Zukunft. Das ist auch für Mitteleuropa gültig. Mitteleuropa hatte nur dann historische Erfolge, wenn seine Völker und Nationen nicht nur ihre historischen Gegenseitigkeiten und Wider-

sprüche betont haben, sondern auch ihre gemeinsamen Interessen vorangebracht haben. Nur dann hatte und nur dann hat Mitteleuropa eine positive Zukunft, und wenn es gesamteuropäisch integriert wird.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank für dieses Schlusswort. Als Nächsten würde ich gleich Herrn Prof. Schröder bitten.

→ **Prof. Dr. Richard Schröder:**

Ich finde, es gibt – jedenfalls in Deutschland kann ich das beobachten und verstärkt in Ostdeutschland – noch immer ein beachtliches Missverständnis über das, was die Hauptsache bei der Demokratie ist. Die Pegida-Leute haben die Losung vom Herbst 1989 „Wir sind das Volk“ aufgenommen und damit zum Ausdruck gebracht, dass Demokratie heiße, der Mehrheitswille müsse von der Regierung unmittelbar vollzogen werden. Demokratie meint danach: „Mein Wille geschehe“. Das ist falsch. Diese Art von Demokratie wäre die Tyrannei der Mehrheit. Das Wort Demokratie ist lange auch in diesem Sinne verstanden worden; auch bei Immanuel Kant ist die Demokratie als eine tyrannische, despotische Staatsform eingeordnet, weil er sagt: Die Mehrheit beschließt, was sie will, und dann hat die Minderheit das Nachsehen. Deswegen muss man klipp und klar sagen: Der Ausdruck Demokratie ist erst dadurch geädelt worden, dass das Mehrheitsprinzip eingeschränkt worden ist – durch Gewaltenteilung und ein Ausräumen verschiedener Akteure in Gestalt der Verfassung und durch mehrheitenfeste Grundrechte. Das ist vielen Menschen – im Osten jedenfalls – nicht klar. Durch eine solche primitive Fassung des Demokratiebegriffs kommen wir nicht weiter.

Als Letztes will ich im Blick auf die Demokratisierung der Europäischen Union noch sagen: Das wünschen wir uns im Prinzip natürlich irgendwie alle. Wenn aber mehr Demokratie heißt, dass zu jedem Beschluss der Europäischen Union die einzelnen Landesparlamente noch zustimmen müssen, dann haben wir das Mehrheitsprinzip durch ein Vetoprinzip ersetzt. Ich sage nur, dass es so ist – ich habe keine Lösung für das Problem. Aber mehr Demokratie kann nicht heißen: Wenn einer dagegen ist, kann nichts gemacht werden. Das Problem ist wirklich für intelligente Leute eine Herausforderung, und auch ich habe keine Lösung. Aber die Forderung, alle Landesparlamente sollten auf europäischer Ebene immer zustimmen müssen, heißt nicht mehr Demokratie, sondern Lähmung der Demokratie.

→ **Gerald Schubert:**

Herzlichen Dank. Nun spricht Petr Brod und zum Abschluss noch einmal unser Impulsreferent. Petr Brod, ich bitte Sie um Ihr Schlusswort.

→ **Petr Brod:**

Ich weiß nicht, ob ich ganz an das anknüpfen kann, was gerade gesagt worden ist; aber es stehen zwei Fragen im Raum, die der Moderator freundlicherweise für uns formuliert hat. Das ist einerseits die Frage nach der defizitären Kommunikation, und das ist andererseits die Frage nach dem Stand der demokratischen Kultur.

Das mit der defizitären Kommunikation erinnert mich daran, Herr Professor, was Sie zur Erinnerung an den 17. Juni in der DDR gesagt haben: Kommunikation war fast nicht vorhanden, auch unter Ihren Studenten nicht. Ich wage

das als Journalist und jemand, der die Medienlandschaft damals beobachtet hat, zu bezweifeln. Sie hatten in der DDR zum Beispiel im Unterschied zu den Tschechoslowaken den großen Vorteil, dass Sie sich ARD und ZDF anschauen konnten – mit Ausnahme bestimmter Bereiche in Sachsen, des berühmten „Tals der Ahnungslosen“. Aber im Großen und Ganzen war die ostdeutsche Bevölkerung sehr gut darüber informiert, was im Westen passierte – inklusive der Erinnerung an den 17. Juni –, und es gab immer wieder, vor allem zu Jahrestagen, große Fernsehdokumentationen. Vergessen wir auch nicht den Deutschlandfunk. Ich glaube, dass das Bewusstsein in der breiten Bevölkerung vorhanden war – nur konnte es sich nicht ausdrücken oder konnte nicht formuliert werden. Deshalb auch die große Angst Mielkes vor einer Wiederholung des 17. Juni; denn die Erinnerung war von den westlichen Medien einigermaßen am Leben erhalten worden. Das ist das eine.

Der zweite Punkt, der Stand der demokratischen Kultur. Nun, in Tschechien, würde ich sagen, haben wir die übliche demokratische Kultur, die mit gewissen Exzessen verbunden ist, aber das sind Exzesse, die wohl in allen westlichen Gesellschaften vorhanden sind. Ich habe lange in England gelebt und weiß, dass es im britischen Unterhaus manchmal sehr ruppig zugeht, obwohl das in sehr vornehme Formen gekleidet ist. Man sagt, „the right honourable member for Duxford is an idiot“ („das ehrenwerte Parlamentsmitglied für Duxford ist ein Idiot“). Vielleicht nicht genau mit diesen Worten, aber so ungefähr geht das dort zu. So etwas Ähnliches haben wir inzwischen auch in Tschechien, es ist gang und gäbe. Die oppositionellen Politiker bezichtigen die Regierungspoliti-



ker der Lüge und umgekehrt. Besonders stark ist dieser Konflikt vorhanden zwischen dem Finanzminister, dem von mir erwähnten Andrej Babiš, der auch Anführer der inzwischen größten Partei in Tschechien ist, der ANO-Partei, und seinem Vorgänger, dem ehemaligen Finanzminister Miroslav Kalousek. Der Umgang der Politiker miteinander ist recht ruppig.

Genauso hart ist der Umgang zum Beispiel des Staatspräsidenten Miloš Zeman mit Journalisten und allen, die ihm widersprechen. Das beinhaltet weite Kreise der Intellektuellen in der Tschechischen Republik und bezieht sich auch auf manche Kandidaten für Professuren. In der Tschechischen Republik müssen Universitätsprofessoren vom Staatspräsidenten ernannt werden, und er hat seine Vorlieben und seine Feinde unter den Intellektuellen. Das schafft manchmal große Schwierigkeiten für die Universitäten.

Was die Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung angeht, so kann ich mich kurzfassen. Die Akzeptanz ist sehr groß, wenn Sie die parlamentarische Demokratie an sich meinen und liberale politische Verhältnisse usw. Die Ausnahme sind hier etwa 15 bis 20 Prozent des Elektorats, bei denen eben starke pro-kommunistische Sympathien bestehen und teilweise starke pro-russische.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Sylvia Bretschneider: Es ging mir darum, dass Demokratie eine Lebensform ist; dass Menschen im täglichen Umgang miteinander, aber auch in der Kommunikation innerhalb der Gesellschaft, aus der Politik heraus, in den gesellschaftlichen Vereinen und Verbänden eine persönliche demokratische Akzeptanz haben müssen und Demokratie als etwas Positives sehen. Und das Gefühl habe ich manchmal nicht. Das ist gemeint.

→ **Gerald Schubert:**

Ich darf kurz zusammenfassen, weil ich nicht weiß, ob Sie ohne Mikrofon verstanden wurden. Der Dame ging es um die Akzeptanz und die wirkliche demokratische Alltagskultur, um eine Diskussionskultur. Ich glaube, dass das etwas ist, was wir vielleicht am Nachmittag in unserem Gegenwart-Zukunft-Panel noch weiter besprechen können. Danke für diese Konkretisierung. Wir müssen jetzt langsam zum Schluss kommen. Prof. Michael Gehler, Sie haben jetzt die undankbare Aufgabe, alles noch einmal sehr kurz zusammenzufassen.

→ **Prof. Dr. Michael Gehler:**

Ich bin Richard Schröder sehr dankbar für zwei Bemerkungen. Erstens, die Europäische Union ist nicht das,

was ich einmal in Ost-Berlin hören musste und über was ich schockiert war: die „EUdSSR“. Es ist die Europäische Union und nicht die „EUdSSR“. Sie beruht auf einem freiwilligen Staatenzusammenschluss. Das sollten wir klar im Auge behalten, wenn wir die Zeit vor 1991 und die von heute vergleichen. Zweitens, Souveränität ist längst eine Fiktion geworden, ein Idealtypus auf dem Papier. Tatsächlich ist nationale Souveränität gar nicht mehr möglich durch ein immer stärker verflochtenes internationales Vertragssystem, internationale Organisationen und nicht zuletzt den gemeinsamen europäischen Rechtsraum. Es ist eine Fiktion. Nicht einmal die USA sind voll souverän – sie sind auch abhängig von ihren Bündnispartnern. Natürlich gibt es unterschiedliche Abstufungen von Macht und Einfluss, aber Vollsouveränität ist ein Idealtypus, eine Utopie.

Was kann ich als Historiker zu Mitteleuropa sagen? Es ist mehr Vielfalt als Einheit, und aus der Vielfalt erwächst Reichtum. Daher ist Mitteleuropa auch eine große Zukunftschance. Wenn ich mir allerdings die jüngeren und jüngsten Entwicklungen ansehe, dann komme ich ins Grübeln und Zweifeln. So ist das lateinische Christentum angesprochen worden. Ja, richtig, Mitteleuropa besteht und bestand aus verschiedenen Konfessionsräumen. Ich erinnere nur an die Reformation und die Rekatholisierungsbestrebungen der Habsburger, die Aufstände der Protestanten in Böhmen, und wir haben auch über das Judentum zu sprechen, über die jüdischen Kulturen in den urbanen Zentren Mitteleuropas und wie man in Krisenzeiten mit den Juden umgegangen ist. Ich möchte dieses brisante Thema nicht weiter vertiefen, etwa die Frage Antisemitismus: Wie geht man mit Juden um? Gab

es hier teilweise auch eine mitteleuropäische Einheit? Bei der Debatte wird es schnell ganz gruselig.

Mir fällt ein, dass der Euro bisher kein Einigungsfaktor für Mitteleuropa ist. Wir haben nicht alle mitteleuropäischen Staaten als Euro-Länder. Denken Sie an die Ukraine und die Krim-Krise: Hat hier Mitteleuropa mit einer Stimme gesprochen? Oder gibt es hier nicht unterschiedliche Beurteilungen und Wahrnehmungen der Krim-Okkupation, der Krim-Annexion und der Destabilisierung der Ostukraine durch Russland?

Wir haben also sehr große Vielfalt und viel Diversität. Ich habe vergangenes Jahr viel über folgende Frage nachgedacht: Ist im Jahr 2015 nicht möglicherweise das Jahr 1989 zu Ende gegangen? Im Jahr 1989 haben wir den Abbau von Grenzzäunen erlebt – das betrifft nicht nur Alois Mock und Gyula Horn an der österreichisch-ungarischen Grenze; auch Jiří Dienstbier und Hans-Dietrich Genscher haben im Dezember 1989 Lust und Freude verspürt, mit Bolzenschneidern den Eisernen Vorhang aufzuschneiden. Was haben wir seit letztem Jahr erlebt? Neue Grenzzäune in Europa und scheinbar oder vermeintlich ist das kein Übergangs- oder nur ein Kurzzeitzustand. Ist nicht der Eisernen Vorhang kulturell und mentalitätsgeschichtlich, politisch wieder aufgezogen worden? Er verläuft nicht an der deutsch-polnischen Grenze, sondern an der sogenannten innerdeutschen oder ehemaligen Staatsgrenze der DDR, wie sie das SED-Regime genannt hat.

Was bleibt nun positiv zu vermelden? Wenn die Historiker gefragt werden, was hätte besser gemacht werden müssen oder welche Ratschläge können Sie an Politiker

geben, dann wird es schwierig. Wir sind schon bei der rückwärtsgewandten Prophezeiung mitunter in Schwierigkeiten, die Quellen zu finden und zu interpretieren und zu argumentieren, aber drei Dinge fallen mir ein. Erstens: Politische Herrschaft, egal welcher Art, egal welchen Regierungssystems – sei es Monarchie, sei es Aristokratie, sei es Diktatur oder Demokratie –, muss politisch kommunizieren. Ohne politische Kommunikation gibt es keine Herrschaftslegitimation. Das ist absolut vorrangig in unserer heutigen Zeit. Hier spielen Medien eine ganz wichtige, eine zentrale Rolle. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Jahr lang braucht, um zu einem Satz, der missverständlich sein konnte, der offen-



sichtlich schon nach einigen Monaten nicht mehr Akzeptanz fand, wenn sie ein Jahr lang braucht, um zu diesem Satz noch einmal Stellung zu nehmen, dann versagt die politische Kommunikation. Die Sprachlosigkeit der politisch mandatierten Repräsentanten ist ein gravierendes Problem.

Zweiter Punkt: Den Worten müssen Taten folgen. Wenn das nicht passiert, gibt es das nächste Akzeptanz- und Legitimationsproblem. Politik ist mehr denn je gezwungen, wieder auf die Menschen zuzugehen, ohne populistisch zu sein, aber überzeugend mit Worten und Taten zu agieren. Und drittens: Was bleibt mir für die mitteleuropäische Dimension zu sagen? Wir sind hier am Ufer der Donau. Die Donaunraumstrategie scheint mir ein ganz wichtiger zukunftsweisender Aspekt. Die Flüsse verbinden die Nationen, die Völker und die Staaten, und darin sehe ich eine große Zukunftshoffnung. Vergessen wir nicht: Die Donau-Rheinschiffahrtskommission von 1815 ist die erste internationale Organisation, die die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte vorsah – 140 Jahre vor der Montanunion. Bereits diese Donau-Rheinschiffahrtskommission sah die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte zur Regelung der Schifffahrt vor. Das soll uns historisch begründet optimistisch in die Pause bringen – danke schön.

→ **Gerald Schubert:**

Das war eine nachgerade ideale Überleitung nicht nur in die Mittagspause, sondern auch zu unserem Nachmittagspanel, das dann von meiner Kollegin Dr. Edit Inotai moderiert wird und auf das ich mich schon sehr freue. Herzlichen Dank und bis später.





Thema II

**Miteinander heute und morgen:
Die gegenwärtigen Interessen
und ihre künftigen Auswirkungen
auf das Vertrauen in Mitteleuropa**



Die Europäische Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

» Man höre genau hin bei letzten Worten: „Caveant consules“, „mögen die Konsulen wachsam sein“. Im alten Rom wurde dieses Wort immer als düstere Warnung verstanden oder als erster Schritt, ehe der Staatsnotstand ausgerufen werden musste. Gelegentlich wurde ein „caveant consules“ von den unverbesserlichen Optimisten den Regierenden entgegengeschleudert als letzter Appell an Achtsamkeit und Vernunft, um es eben gerade nicht zum Staatsnotstand kommen zu lassen. „Mögen die Konsulen wachsam sein“ „caveant consules“, damit – und so ging der Satz im alten Rom weiter – „ne quid respublica detrimenti capiat“, „da-

mit das Gemeinwesen keinen Schaden nehme.“ Es sollte uns mahnen und wachrütteln, dass Géza Jeszenszky seinen Essay in der März-Ausgabe 2016 der renommierten Zeitschrift „Hungarian Review“ mit den Worten „caveant consules“ beendete. Géza Jeszenszky, diese große ungarische Persönlichkeit der Antall-Jahre, Außenminister, Botschafter und Historiker, rief in seinem Essay dazu auf, die heutigen Spaltungen in Europa zu überwinden – mit Entschlossenheit und gutem Willen. Die euro-atlantische Gemeinschaft, so Jeszenszky, müsse langfristig planen für einen wirklich guten und humanen Weg heraus aus der heutigen Krise Eu-

ropas. Es gehe um Vieles und Viel. Enge politische und ökonomische Interessen und kurzfristiges Denken könnten alle Erfolge der letzten 25 Jahre ruinieren. „Caveant consules“, mögen die Konsulen wachsam sein – denn wieder steht Europa in einem äußerst gefahrenvollen Bewährungstest seiner herrschenden Eliten.

Schon der Appell im alten Rom ging an die Führungseliten und in ihrer Hand liegt auch zu erheblichen Teilen, wie sich die Europäische Union in den nächsten Jahren entwickelt. Das Problem, das uns alle umtreibt, geht weit über die Einzelthemen hinaus, die wir alle kennen. Europa ist mit einer mehrfachen Krise konfrontiert, einer Krise der Institutionen, einer Krise des Vertrauens, einer Krise seiner Idee. Machen wir uns nichts vor: Europa steckt in einer Lage, die schwerwiegender ist als es der Kalte Krieg war. Unsere Führungseliten sind dabei von einem systemischen Problem erfasst, erschüttert und paralyisiert, an dessen Entstehung sie selber die meiste Schuld tragen: Die Entscheidungsabläufe in der Europäischen Union erfolgen nach den Kriterien einer Großen Koalition, der größtmöglichen Großen Koalition in Europa. Der realregierende Megakonsens in der Europäischen Union beruft sich auf das Prinzip der repräsentativen Demokratie. Inzwischen haben wir aber so viel realregierenden Megakonsens in der EU, dass wir nicht mehr so recht die Frage beantworten können, wozu dieser Megakonsens eigentlich dienen soll. Wir hören, wie zermürend Kompromisse sind und wir erleben, wie Schadensbegrenzung immer wieder aufs Neue zu funktionieren scheint. Gott sei Dank, kann man sagen, denn alles könnte noch schlimmer sein. Aber die schlichte Frage ist nebulös geworden, die ich immer im Ohr habe, seitdem ein damaliger spanischer EU-Kommissar, der weise Marcelino Oreja, sie 1998 bei einer

Tagung formuliert hatte, die ich mit meinem Forschungsinstitut organisiert hatte: „Wohin gehen wir? Was wollen wir Europäer gemeinsam unternehmen? Was können wir machen, um gemeinsam vorwärts zu kommen und den Herausforderungen entgegenzutreten, die uns angesichts des 21. Jahrhunderts erwarten?“

Schon nähert sich das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts seinem Ausgang, aber niemals klang die Frage so dramatisch wie heute:

„Wohin gehen wir? Was wollen wir Europäer gemeinsam unternehmen? Was können wir machen, um gemeinsam vorwärts zu kommen?“

Wenn wir ehrlich miteinander sind, so fehlen seit Beginn des 21. Jahrhunderts die wirklich zukunftsweisenden Visionen, Ideen und Initiativen, um miteinander um die Ausgestaltung dieser Fragen zu ringen. Stattdessen erleben wir Krisenmanagement, Schadensbegrenzung, Schuldzuweisungen, Lähmungen. Erstaunlich genug, wie widerstandsfähig sich die Konstruktion der Europäischen Union trotz allem bisher bewährt hat, aber man höre Jeszenszky „caveant consules“.

Lassen Sie mich die vielschichtigen Linien, die sich in der EU heute einmal kreuzen und einmal auseinanderbewegen, auf einen Punkt bringen: Im Kern stehen sich in der Europäischen Union heute zwei Formen des Populismus gegenüber. Auf der einen Seite erleben wir den Populismus vieler handelnden politischen Eliten, die auf die Stellvertretung

ihres Anspruchs auf Führung pochen, es ihren Wählern aber dadurch recht machen wollen, dass sie häufig mehr auf demoskopische Befunde denn auf Ideen, Inhalte und Führungswillen achten; die ohne Not vom Zaun gebrochene britische Volksabstimmung über die Mitgliedschaft in der EU hat die Wirrnis dieser Haltung auf die Spitze einer Krise für alle getrieben. Auf der anderen Seite steht der Populismus derer, die unbestimmt „Populisten“ genannt werden, die auf die Unmittelbarkeit ihres Anspruchs pochen, auf die Vertretung des „wahren Volkswillens“ gegenüber den als abgehoben gebrandmarkten politischen Eliten; böswillig ist in Deutschland von Altparteien die Rede, wie zu unseligen Zeiten der Weimarer Republik. Kurz: Europa steckt in einer neuen Systemkrise. Die Eliten wollen oftmals nicht so handeln wie sie könnten und die Populisten sollen nicht so handeln dürfen wie sie wollen. Europa erlebt und erleidet derzeit einen populistischen Überbietungswettbewerb. Jeder schießt auf seine Klientel und agiert, als sei die Komplexität der Welt so einfach aufzulösen wie Milchschaum auf einem guten Kaffee: richtige steht gegen falsche Moral, ein richtiger Volksbegriff steht gegen einen falschen Volksbegriff.

Drei Probleme weisen in die tieferen Schichten der heutigen Systemkrise in der EU: In Wirklichkeit ist nicht Populismus an sich das Problem, denn in der Demokratie soll es doch schon bitte schön um das Volk, um den populus gehen. Das tiefergehende und ernstere Problem ist das Verhältnis aller, die sich an den öffentlichen Dingen beteiligen möchten, zum Pluralismus. Akzeptiert man ihn oder nicht? Und akzeptiert man mit dem Pluralismus, dass es um Mehrheiten und nicht um Wahrheiten geht? Das tiefergehende zweite Problem ist das Verhältnis aller, die sich an den öffentlichen



Dingen beteiligen möchten, zum Entscheidungsmodus der Repräsentation. Akzeptiert man ihn oder nicht? Und akzeptiert man mit dem Repräsentationsprinzip, dass auch entschieden und gehandelt werden muss, wo Mehrheiten es ermöglichen und Probleme es verlangen? Und das dritte tiefergehende Problem ist die Frage danach, wie der jeweilige nationale demokratische Auftrag und der gemeinsame europäische politische Anspruch so in Einklang miteinander gebracht werden können, dass die Frage überhaupt wieder möglich wird, was wir gemeinsam miteinander unternehmen wollen in der Europäischen Union.



EU-Referendum formte. Referenden sollen die Regierenden bestätigen und werden doch oft zu einem Votum gegen sie, ohne ein Votum zu der Frage zu sein, die eigentlich gestellt wurde. Das war schon immer so. Schlimmer ist im Blick auf die EU als Ganzes folgender Befund: Nationale Referenden zu europäischen Themen wirken, gewollt oder ungewollt, wie das Veto einer Teilbevölkerung gegenüber dem Ganzen. Sie gaukeln mehr europäische Demokratie vor. Jedoch produzieren sie so lange keinen demokratischen Mehrwert, wie nicht alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger gleichzeitig zur gleichen Sache befragt werden. Ich scheue mich nicht, diese Idee zu formulieren: Wenn überhaupt Volksabstimmungen, dann sollten wir über europäische Referenden miteinander nachdenken statt nationale Referenden untereinander, ja gegeneinander abzuhalten, die mehr unberechenbare Wirkungen aufeinander haben als jeder einzelne EU-Mitgliedsstaat sich auf Dauer wünschen kann. Am Ende einer solchen Kette von Überbietungen, den Puls der Bürger inmitten von Erregungsintensität und Ideenmangel zu messen, wäre es von besonderem Übel, wenn die nächste Wahl zum Europäischen Parlament 2019 zu einer Art negativen gemeinsamen Referendum darüber würde, was wir in der EU alles nicht wollen.

Gegenwärtig ist die Europäische Union Gefangene einer schwer entwirrbaren Mischung von Halbrepräsentation und pseudo-direkt-demokratischer Imagination. Die einen wollen Konsens über die indirekte Repräsentation. Die anderen wollen Entscheidungen über direkte Demokratie und Volksbefragung zu allem und jedem. Beides zugleich aber ist kaum zu haben, jedenfalls nicht ohne Widerspruch und nicht so, dass es für eine Bevölkerungsgruppe in der EU gelten kann und für eine andere nicht. Derzeit ist aber nicht drin drin und draußen draußen, um das vielzitierte Wort von Wolfgang Schäuble zu bemühen, das er vor dem britischen

Für den Moment sitzen wir in der EU jedenfalls miteinander in der Falle eines ebenso hochkomplexen wie nur bedingt handlungsfähigen Systems. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union erwarten, das wissen wir aus vielen Umfragen und Untersuchungen, weit mehr von der EU als sie ihr an Kompetenzen zu geben bereit wären. Die Politiker der meisten Mitgliedsländer dreschen gerne auf die EU ein, wenn sie einen Sündenbock brauchen, um eigene Interessen in ihrer Heimat zu verteidigen; und zu oft beschließen

sie in den gemeinsamen Gremien der EU etwas gemeinsam, ohne es am Ende wirklich konsequent einzulösen oder einzuhalten.

Der Fehler steckt im System, es ist ein Webfehler: Wir haben eine Europäische Union der Staaten; wir haben auch eine europäische Union der Bürgerinnen und Bürger. Aber wir haben keine Europäische Union der Gesellschaften, die sich über unterschiedliche Modelle des gesellschaftlichen Lebens streiten und einigen könnten, die alle gemeinsam betreffen.

So bleibt eine Kluft zwischen abstrakt anmutenden, nur zu leicht als bürokratisch zu diffamierenden Beschlüssen der europäischen Politik, und emotional gefühlten, den einzelnen Menschen leicht aufwühlenden und jeden von uns rasch erregbaren Instinkten. Es fehlt das Vermittelnde, es fehlen europaweite politische Parteien, es fehlen europaweite politische Diskussionen und Talkshows, es fehlen europäische Symbole wie eine gemeinsame Olympiamannschaft; es fehlen europäische Institutionen wie ein wirklich robuster Grenzschutz und eine europäische Friedenstruppe; und es fehlen europaweite Ideen, wie ein europäischer Investitionsplan für Afrika und Westasien aussehen könnte, der den Namen Marshall Plan wirklich verdienen würde und eines Friedensnobelpreisträgers würdig wäre. Kurz: Wir alle – jede Einzelne und jeder Einzelne – sind Europa, aber wir können nur miteinander wissen, was wir in und mit Europa dauerhaft wollen. Keiner kann in Europa im Namen aller allein entscheiden und keiner kann sich Europa entziehen, wenn er sich nicht selber auf Dauer paralisieren will. Des-

halb ist es an der Zeit, eine Reformdiskussion über das Was in der EU voranzubringen, an deren Ende und nicht an deren Anfang die Frage nach dem Wie stehen sollte.

Damit die europäische res publica, das europäische Gemeinwohl, nicht noch mehr Schaden nimmt, der dauerhaft ist, muss die Diskussion darüber, was zur Zeit eigentlich los ist in Europa, so geführt werden, dass die Vorschläge für den Ausweg aus den derzeitigen Krisen auf der Höhe der Aufgabe sind, um die es geht. Ich pointiere die Aufgabe summarisch: Die Europäische Union ist die politische Antwort auf ein altes kulturelles Problem und dieses kulturelle Problem ist zurückgekehrt. Europa hat wieder ein Problem mit seinen vielfältigen Identitäten, die ein wenig hilflos und zumeist überfordert nach politischen Eigenwegen suchen.

Anders als zur Zeit des aufsteigenden europäischen Nationalismus und in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen findet die heutige Identitätsdiskussion in einem völlig geänderten globalen Kontext statt. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstand vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und des Zeitalters der Entkolonialisierung. Europa wollte Frieden und eine Erneuerung im Innern. Heute muss die Europäische Union im Konflikt mit vielen ihrer zaudernden Bürger vor dem Hintergrund einer unvollendeten Globalisierung und einer ins weltweite gekehrten sozialen Frage bestehen. Der globale Druck, der in Europa ankommt, ist durch die Flüchtlingskrise beschleunigt, aber nicht ausgelöst worden. Instabile Staaten, Bürgerkriege, aufstrebende Mittelschichten in armen Ländern, radikalisierte Formen des islamischen Denkens, in ihrer jihadistischen Variante zum Selbstmordterrorismus gesteigert, allseits präesente Kommunikationsformen und die Macht der



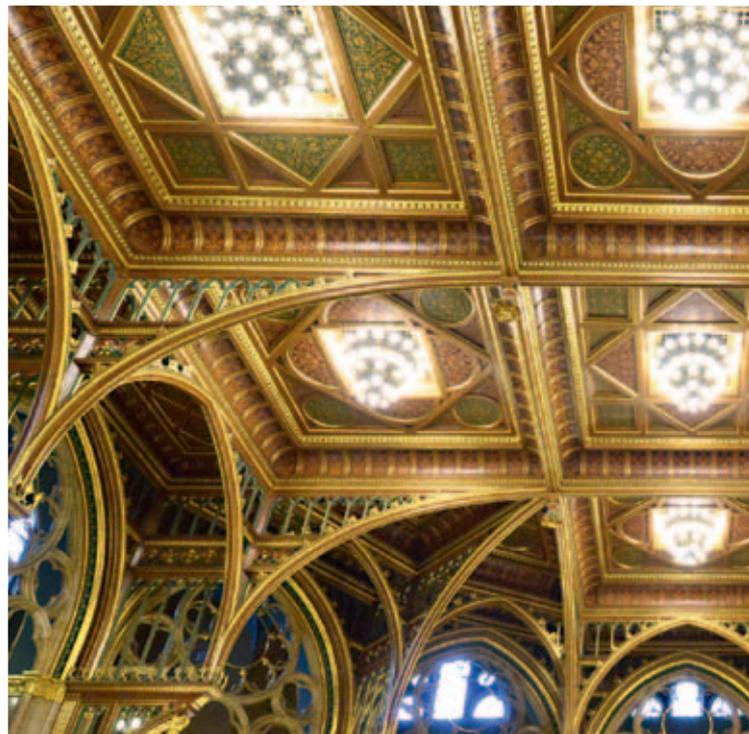
sozialen Medien, die den einzelnen Menschen unmittelbar zur Welt stellen: das sind die Ursachen, die in Europa als Instabilität importiert werden. Wirtschaftlich gesehen ist die Globalisierung Wettbewerb und Chance, aber auch schnelle Innovation an anderen Orten und damit Druck auf Arbeitsplätze und Sozialstandards in Europa. Heute muss Europa am Frieden in der Welt mitwirken und zur Erneuerung von Stabilität, Ordnung und Freiheit weltweit aktiv beitragen. Die Europäische Union muss dieses nicht nur aus Altruismus, Humanitätsidealen und Nächstenliebe tun. Sie muss weltweit strategisch zu handeln bereit sein – aus Eigeninteresse, aus aufgeklärtem Eigeninteresse. Nur so kann in der Bevölkerung der Europäischen Union der Sinn dafür wachsen, auf welche Weise wir Europäer mit den Entwicklungen in der Welt unauflösbar zusammenhängen, ja von ihrem guten Fortgang abhängen.

Was sollte die Europäische Union aber wollen? Auch wenn derzeit bestenfalls Schadensbegrenzung für vielerlei Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit angesagt scheint, so muss doch formuliert werden, was objektiv Sinn und Ziel der Europäischen Union sein sollte. Ein Kontinent, dessen Bevölkerung von 25 Prozent der Weltbevölkerung im Jahr 1900 auf sieben Prozent zurückgegangen ist, der aber 40 Prozent der Ressourcen dieser Erde verbraucht und 60 Prozent der Sozialausgaben der Welt verausgabt, ein solcher Kontinent darf sich nicht darüber wundern, dass er von vielen Menschen auf der Erde bewundert, von gewiss aber ebenso vielen Menschen mit Neid und Minderwertigkeitsgefühlen kritisch beäugt wird. Der Druck auf Europa wird bleiben und er wird wachsen, vor allem spürbar im Bereich der Migration. Dabei kann die Europäische Union auf Dauer nur bestehen, wenn sie die richtigen Lehren aus dem Kri-

sendesaster des Jahres 2015 zieht: Ein Kompromiss ist zwingend erforderlich zwischen dem Willen zur gemeinsamen Grenzsicherung – und solange sie aussteht, bleibt die national eigenverantwortliche Grenzsicherung, so wie Ungarn sie zu Recht wahrnimmt, staatlicher Schutzauftrag gegenüber seinen Bürgern – auf der einen Seite und einer freiwillig gemeinsamen, dann aber auch verbindlichen Politik des Asyls, der legalen Migration und der Bekämpfung der Fluchtursachen auf der anderen Seite.

Wenn es stimmt, dass für Europa die Würde des Einzelnen der zentrale politische Wert ist, dann müssen wir von der Würde jedes einzelnen Menschen auf der Welt her zu denken lernen. Das aber heißt, jeder Mensch sucht nach Lebenschancen dort, wo er lebt. Und er bleibt nur dort leben, wo er geboren ist, wenn er Lebenschancen findet. Sonst geht er zu den Lebenschancen oder was er dafür hält und keiner wird ihn aufhalten. Deshalb ist vorsorgende Politik gegenüber ungesteuerter Migration zwingend. Sie gelingt aber nur dort, wo politische Rahmenbedingungen bestehen, um privatwirtschaftlich Arbeitsplätze zu schaffen – die Logik, die bei uns gilt, trifft auch für Afrika zu. Dies setzt Investitionen europäischer Firmen voraus, unterstützt von Banken und staatlichen Garantien. Dies erfordert Kooperation mit China, aber auch mit Indien, Brasilien und den arabischen Golf-Staaten. Lebenschancen in Afrika und in Westasien können aber auch dadurch gestärkt werden, dass wir neben Technologietransfer auf vielfältige Weise Bildungsmöglichkeiten unterstützen – dort und bei uns. Deshalb sind Migrationsprogramme in die EU auch als Programme zur Förderung von Bildung und Technologiekompetenz im globalen Süden zu konzipieren. Unruhen werden trotzdem an der einen oder anderen

Stelle weiterhin stattfinden. Der Konflikt in Syrien und im Irak wird die Welt noch lange in Atem halten. Daher muss Europa auch seine humanitäre Hilfe für Flüchtlinge bezeugen – menschengemäß durch Maßnahmen nahe ihrer Heimat, die zugleich verhindern, dass Menschen weiter die ungeordnete und lebensgefährliche Reise in den Händen von Schmugglern antreten. Damit ein solcher Ansatz – aus aufgeklärtem Eigeninteresse die komplexe Gesamtsituation des globalen Südens zu einer Priorität europäischen Handelns zu machen – funktioniert und nicht weiter iden-



titätskonflikte in der EU steigert, muss Europa gemeinsam vorgehen. Die im Lissabon Vertrag niedergelegten Spielregeln müssen nicht einfach bloß angewendet werden, sondern sie müssen von den verantwortlichen Politikern in der Sache den Menschen erst einmal plausibel gemacht werden. Sonst werden Beschlüsse immer wieder als Zwang empfunden, dem die Basis gemeinsamer Überzeugungen fehlt, so wie wir es bei den Festlegungen über Zwangsquoten von Flüchtlingen wenig überraschend erlebt haben.

Ich komme im Ergebnis meiner Überlegungen zu einem zwingenden Schluss: Europa kann seine Selbstbestimmung nur sichern, wenn auf der Ebene der Europäischen Union das wiederhergestellt ist, was die einzelnen 28 Staaten nicht mehr für sich allein leisten können: Souveränität.

Die Souveränität auf europäischer Ebene herzustellen ist der einzig plausible Ansatz, um die nationale Vielfalt und die Selbstbestimmung aller Europäer in der Welt zu sichern, in der wir nun einmal leben.

Dieser Grundsatz aber muss miteinander in seinen Konsequenzen bedacht und am Ende freiwillig verabredet werden. Sonst bleibt Europa in einer schlechten Verfassung, selbst wenn wir vielleicht eines Tages doch noch einen gemeinsamen Verfassungstext bekommen sollten.

Bei der Osterweiterung der Europäischen Union hat das Denken funktioniert, das ich in Worte gefasst habe: Das Gebiet der Europäischen Union wurde erweitert, um durch ein gemeinsames Gebiet von Normen, Rechtsregeln und Institutionen die Selbstbestimmung aller zu sichern, die die Folgen des Kommunismus und der geopolitischen Teilung Europas überwinden wollten. Bei der Frage des Grenzschutzes hat der Denkansatz, für den ich plädiere – gemeinsam organisierte Souveränität aller Staaten der EU –, bisher jedenfalls nicht funktioniert: Die Kombination von innerer Grenzfreiheit und robustem Schutz der Außengrenzen hat gefehlt, als die Europäische Union 2015 einen gravierenden Kontrollverlust erlebte, dessen Konsequenzen uns noch sehr lange beschäftigen werden. Eine Lehre sollte über alle Ein-



zeldispute hinweg konsensfähig geworden sein: ein solider Grenzschutz gehört zu den Erhaltungsbedingungen freier Gesellschaften. Und mehr noch: Unter Bedingungen unvollständiger Globalisierung ist die Sicherung des eigenen Gebietes eine Voraussetzung, um Menschen außerhalb des eigenen Gebietes zu helfen und in ihrer Würde und Sicherheit zu stärken.

Schließlich aber das dritte Beispiel, wo der Ansatz, durch Zusammenführung unserer Souveränität die Selbstbestimmung aller zu sichern, bisher nicht einmal ausreichend unter uns Europäern erörtert worden ist: Der eigentlichen Machtfrage ist die Europäische Union und sind vor allem ihre Mitgliedsstaaten – alle miteinander – bisher ausgewichen. Wie wird so demokratisch und so transparent entschieden, dass am Ende tatsächliche Rechenschaft überprüft und eingefordert werden kann, wie es sich für eine rechtsstaatliche Europäische Union geziemt? Heute sind vielerlei Verantwortlichkeiten vernebelt, weil die Nationalstaaten in der EU gegenüber ihrer eigenen Bevölkerungen so tun, als könnten sie am Ende doch alleine tun, was sie für richtig halten, obwohl sie wissen, dass in den meisten Fällen aus gutem Grunde längst gemeinsam entschieden wurde. Die Nebelwolken, die erzeugt werden, sind dicht in Europa, weil immer dann, wenn es nationalen Regierungen opportun erscheint, die Versäumnisse, die notwendigerweise zum Leben gehören, den Institutionen der EU, kurz „Brüssel“, in die Schuhe geschoben werden; dabei haben nationale Regierungen selbst zumeist diesen Institutionen zuvor die erforderlichen Kompetenzen und Finanzmittel verweigert, damit sie die Aufgaben erfüllen, die ihnen in klar definierter und begrenzter Form die europäischen Verträge zugewiesen haben. Auf solchem Boden der Verwirrung über

Macht und Ohnmacht ist allerorten wieder nationale Identitätsromantik gewachsen, ohne dass irgendwo der Nachweis gelungen wäre, dies sei in der Sache zielführend gewesen.

Wir müssen also alle miteinander neu lernen, dass die Art und Weise, wie in der Europäischen Union die Macht organisiert wird, eine Kulturfrage ist, eine Frage der politischen Kultur. Das Motto dieser politischen Kultur, die Europas Weg in die Zukunft weist, ist ja längst so schön formuliert: Einheit in Vielfalt. Das war die Idee gestern, das ist sie heute und das wird sie morgen bleiben. Man kann es auch so sagen: Wo immer die Europäische Union nicht über die Macht verfügt, die erforderlich ist, um in der Welt von heute zu bestehen und diese mitzugestalten, wird am Ende auch die Kultur bedroht, werden die Werte und Normen, die Lebensstile und Ausdrucksformen des menschlichen Geistes bedroht, die wir als jeweils spezifische nationale, regionale oder lokale Identität und als Teil unseres gemeinsamen europäischen Lebensmodells bewahren wollen.

Wir stehen vor der Aufgabe, die Europäische Union neu zu begründen. Dies wird nur gelingen, wenn die Aufgabe getragen wird von den Menschen in allen europäischen Gesellschaften; wenn sie vorangedacht und auch streitig diskutiert wird in allen europäischen Gesellschaften; und wenn sie im klugen Wechselspiel der europäischen Staaten und der Institutionen der EU politisch vorangebracht und rechtswirksam realisiert wird.

Ich habe nicht mehr getan als über den Rahmen zu sprechen, damit die Neubegründung der Europäischen Union



gelingen kann. Sicher ist nicht, ob sie gelingt, aber sie ist nötig, denn so wie in den letzten Jahren kann es nicht weitergehen. Wenn wir den Willen zur europäischen Idee versiegen lassen, wird die Welt um uns herum uns zwingen, so weiterzuleben wie wir es ganz gewiss nicht wollen.

Als Robert Schuman am 9. Mai 1950 seinen Plan für eine Europäische Gemeinschaft von Kohle und Stahl vortrug, klang diese Idee sehr technisch. Aber sie hat große Kraft entfaltet. Die faktische Solidarität der Tat, für die er warb, gründete auf einer klugen und klaren Analyse. Schuman warb für ein schöpferisches Nachdenken über die Zukunft Europas, das, wie er sagte, der Größe der Aufgabe entsprechen müsse. Heute geht es um nicht weniger. An dieser Erneuerung der Europäischen Union mitzuwirken, dazu gibt

es viele Wege. Das Forum Mitteleuropa, gerade in diesem Jahr und an diesem Ort, ist ein Baustein der Erneuerung der Europäischen Union. Deshalb reden wir immer nicht nur von uns selbst, wenn wir stolz auf unsere Heimat sind; wir weisen immer über unsere Heimat hinaus, wenn wir uns als gute Patrioten zeigen; und wir sprechen von der Zukunft Europas nur dann, wenn wir sie als Europäer unterschiedlicher Herkunft und Heimat in Respekt vor unseren unterschiedlichen Standpunkten gemeinsam weiterdenken.

Deshalb ist Mitteleuropa ein Labor für die ganze Europäische Union. Und das Forum Mitteleuropa ist sein bestes Reagenzglas!«



Podiumsdiskussion

Dr. József Czukor

Dr. Kinga Gál

*Dr. Edit Inotai
(Moderation)*

Jan Sechter



→ **Dr. Edit Inotai** (Moderation):

Ich begrüße Sie ganz herzlich. Ich heiße Edit Inotai. Ich bin die Moderatorin dieser zweiten Podiumsdiskussion. Ich bin Journalistin und Wissenschaftlerin hier in Budapest. Prof. Kühnhardt stellte in seinem Vortrag fest, die Europäische Union steckt in der Krise oder noch schlimmer, sie steckt in verschiedenen Krisen – finanziell, institutionell, politisch, kulturell. Vielleicht übertreibe ich nicht, wenn ich sage, es herrscht eine Art Kulturkrieg in

der Europäischen Union. Die alten Eliten, die traditionellen Parteien, sie verlieren die breite Unterstützung und neue Bewegungen verlangen die Macht für sich und stellen bisher unantastbare Wahrheiten in Frage.

Brüssel oder die europäischen Institutionen sind der ewige Sündenbock geworden. Ich erinnere mich noch, als Ungarn im Jahr 2004 mit Optimismus und vielen Erwartungen der EU beigetreten ist. Wir hatten das Gefühl,

EU anbieten? Ich möchte Ihnen gern die Teilnehmer der Podiumsdiskussion vorstellen. An meiner rechten Seite begrüße ich Frau Dr. Kinga Gál. Sie ist seit mehr als zehn Jahren ungarisches Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Frau Gál ist die stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Neben ihr sitzt Herr Dr. József Czukor, ehemaliger ungarischer Botschafter in Berlin und jetzt außen- und europapolitischer Berater des ungarischen Premierministers Viktor Orbán.

An meiner linken Seite sehen Sie ganz außen Herrn Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski, einen Politikwissenschaftler aus Polen. Schwerpunkt seiner Forschung ist die EU und interessanterweise schrieb er seine Dissertation über „Die künftige Gestalt Europas: Funktionalismus oder Föderalismus?“ und habilitierte sich zum Thema „Citizenship and collective Identity in Europe“. Ich denke, das sind beides sehr aktuelle Themen. Direkt links neben mir sitzt Herr Jan Sechter. Er ist tschechischer Botschafter in Wien. Herr Sechter ist auch ein bisschen unser mitteleuropäischer Experte, denn er war früher Botschafter in Warschau und hat auch als Stellvertreter in Berlin gearbeitet.

Meine erste Frage geht an Frau Gál. Sie sitzen seit mehr als zehn Jahren im Europäischen Parlament. Sie kennen sich ganz gut in Brüssel, in Straßburg und in Budapest aus. Ist diese Kluft zwischen dem Westen und dem Osten ein neues Phänomen oder hat es vielleicht nur mit der jetzigen Flüchtlingskrise zu tun? Gab es diese Art von Meinungsverschiedenheiten auch zu früheren Zeiten?



Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski



wir haben es geschafft, meine Damen und Herren. Wir haben es geschafft, ein Teil des demokratischen und entwickelten Europas zu werden. Das ist noch nicht sehr lange her. Hoffentlich können wir diesen Optimismus zurückgewinnen und damit Europa neu gründen.

Was jetzt vor uns liegt, ist eine spannende Diskussion über unsere Gegenwart und auch über unsere Zukunft. Gemeinsam oder getrennt: Was kann Mitteleuropa der

Vielleicht haben wir das damals nur nicht so sehr wahrgenommen.

→ **Dr. Kinga Gál:**

Ich denke, das Gespaltensein und das Nichtverstandenwerden zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten, wie sie von einigen noch immer bezeichnet werden, all das hat eine Vergangenheit. Als ich 2004 erstmals in das Europäische Parlament gelangte, konnte ich erkennen, dass die mitteleuropäischen, die neuen Beitrittsländer sehr gut auf die Europäische Union vorbereitet waren. Sie wussten, was die EU bedeutet und dass es etwas Wunderbares ist, ihr beigetreten zu sein. Hingegen waren die Bürgerinnen und Bürger der alten EU-Staaten weniger darauf vorbereitet. Tatsächlich fragte man uns hin und wieder – wohlgermerkt über Jahre hinweg –, ob wir denn nun wirklich Mitglieder der Europäischen Union seien oder ob wir immer noch außen vor stünden. Es gab also ein seltsames Nichtverstandenwerden oder einen seltsamen Blickwinkel in dieser Hinsicht, und zwar nicht nur bei den Menschen im normalen Alltag, sondern vor allem auch bei den politischen Eliten, auf der politischen Bühne. Das ist die eine Erfahrung.

Die andere Erfahrung, die ich gemacht habe, ist die, dass die Bürgerinnen und Bürger von Mitteleuropa – also all jene, die die kommunistischen Zeiten bis zum Ende erlebt haben und die wussten, was es bedeutet, für Europa zu kämpfen – in vielen Fällen Europa und die Europäische Union für wichtiger erachteten als die Bürger es taten, die schon immer dort lebten, die immer schon Mitglied der EU und eines freien Europas waren und die es auch heute noch sind. Es gab also ein anderes Herange-

hen und dies hält gewiss auch bis in die heutige Zeit an. Die Bindung war hier wesentlich stärker. Wir waren mehr pro Europa, als diejenigen, die sozusagen in die Europäische Union hineingeboren wurden.

Der dritte Aspekt, den ich auch erwähnen möchte: Die Bürgerinnen und Bürger aus Mitteleuropa haben nicht erkannt, dass Europa, dass die Europäische Union sich verändert hat. Es gab damals Ideen, es gab ein Ideal, dem sie sich anschlossen, das sich aber in Westeuropa bald wandelte. Sehr oft hat das Nichtverstandenwerden darin seinen Ausgangspunkt, dass sich inzwischen auch jener Ankerpunkt verändert hat, auf den wir uns beziehen wollten und der uns einst anzog.

Der vierte Aspekt ist, und der gilt nicht nur für die alten oder die neuen Mitgliedsstaaten, nicht nur für Mitteleuropa oder Westeuropa, sondern auch ganz im Allgemeinen sowie im Diskurs der europäischen Elite, dass ein neues Ziel, eine neue Vision fehlt. Die Vision der alten Gründer war bislang allgegenwärtig. Die Frage ist nun, ob es ein neues Ziel geben wird, ob eine neue Zielstellung, eine neue Vision geboren wird, ob man sich für sie engagieren wird, ob es Menschen geben wird, die sie vertreten und ob es wieder große politische Akteure geben wird, die diesem System über seine Schwierigkeiten hinweghelfen. Die Sorge besteht darin – darüber wurde im Impulsvortrag richtigerweise gesprochen –, dass die Diskussionen allein um das „Wogegen“, um das „Nein“ kreisen. Stattdessen müsste man den Menschen das „Wofür“ bzw. das „Ja“ aufzeigen. Es hat jedoch den Anschein, dass dies heute fehlt – praktisch in der ganzen Europäischen Union.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank für die sehr klare Stellungnahme. Wir kommen gleich darauf zurück. Zuvor wollte ich Herrn Prof. Karolewski fragen: In den westlichen Zeitungen liest man heute, dass Ungarn und Polen oder die Visegrád-Länder

insgesamt gegen die EU rebellierten. Kann es aber nicht auch sein, dass die neuen Mitgliedsländer nur ihre eigene Stimme gefunden haben und dass dies vom Westen wenig toleriert wird?

→ **Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:**

Bevor ich auf die Frage reagiere, würde ich gern eine kurze Vorbemerkung machen, und zwar über das Konzept der „großen Krise“. Ich glaube nämlich, dass wir oft übertreiben, wenn von einer großen Krise gesprochen wird. Wir konzentrieren uns zu sehr darauf, was gerade passiert, ohne zu betrachten, wie die europäische Integration bislang verlief. Im Grunde genommen ist die europäische Integration bis zum jetzigen Zeitpunkt von Krisen geprägt, von schlimmeren Krisen, als wir sie heute haben. Nehmen Sie als Beispiel die Krise des leeren Stuhls in den 1960er Jahren. Die war schlimm. Ein Jahr lang hat Frankreich alle Entscheidungen der Europäischen Union bzw. der Europäischen Gemeinschaften blockiert. Das haben wir heute nicht. Trotz der Unterschiede, Konflikte und Meinungsverschiedenheiten arbeiten alle Mitglieder miteinander und sind an Entscheidungen der einzelnen Institutionen der Europäischen Union beteiligt. Es gibt keine ausgeschlossenen Länder, die daran nicht beteiligt wären. Das, was wir momentan erleben, gewisse Schwierigkeiten, auch Unterschiede in den politischen Lösungen einerseits, andererseits ungewisse Folgen vom Brexit, sind – so würde ich sagen – eher Teile des Integrationsprozesses selbst als seine Verneinung.

Ich glaube, wir können vielleicht nicht mit Gelassenheit, aber mit einer gewissen Distanz versuchen, das zu betrachten, was heute passiert. Denn vor zehn bzw. vor



zwölf Jahren gab es eine ähnliche Situation. Der europäische Verfassungsvertrag wurde abgelehnt, die Europäische Union wusste auch damals nicht, was zu tun war. Man hat eine Reflexionsphase von zwei Jahren eingelegt und erst 2007 hat man wieder Verhandlungen aufgenommen, die dann zum Abschluss des Lissabonner Vertrags geführt haben. Wir neigen also oft dazu, negativ auf Herausforderungen zu reagieren. Vielleicht sind das alles nur Herausforderungen, die wir bewältigen können, allerdings nicht sofort, sondern innerhalb einer bestimmten Zeit.

Um nun auf Ihre Frage zu reagieren: Es wird auch in den Debatten oft vergessen, dass sich die Europäische Union seit 2004 sehr stark verändert hat. Es ist nicht dieselbe EU, die wir noch vom Beginn der 1990er Jahre her kennen. Dieser Veränderungsprozess begann auch schon eher, etwa ab 1995 mit dem Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland. Die Vielfalt ist mit den Beitritten zur EU größer geworden und die Länder, die sich sehr bemüht haben, der EU 2004 beizutreten – 2007 noch Bulgarien und Rumänien –, sind mittlerweile Vollmitglieder der Europäischen Union und versuchen natürlich auch, ihre Interessen zu vertreten – manchmal mit schlechteren Rechtfertigungen und Argumenten und manchmal auch mit besseren. Denn was wir nicht vergessen dürfen ist, dass die EU auch eine Interessengemeinschaft ist, nicht nur eine Identitäts- oder Wertegemeinschaft. Insgesamt haben wir es mit einem langwierigen Prozess zu tun, und ich finde, der EU-Gipfel in Bratislava hat einige gute Ansätze geboten, wie z. B. flexible Solidarität. Ich werde das jetzt nicht vertiefen. Wir können das später aufgreifen.



→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Herr Botschafter Sechter, wir haben in diesen Regionen, wenn wir über Mitteleuropa sprechen, viele Rivalitäten vor dem EU-Beitritt dieser Länder miterlebt. Sind wir jetzt wirklich Verbündete und welche Rolle könn-

te vielleicht auch Österreich in Mitteleuropa spielen? Sie sind Botschafter in Wien und wenn wir uns das Forum Mitteleuropa anschauen, dann gibt es auch Österreich als Teil Mitteleuropas.

→ **Jan Sechter:**

Ich schließe mich jetzt ein wenig Herrn Prof. Karolewski an. Wenn man die Retrospektive der vergangenen 25 Jahre nimmt, dann haben unsere Bürger und Mitgliedsstaaten und Regionen, davon einige Regionen mehr als andere, viele Lasten getragen und wirklich viel geleistet. Dabei denke ich gerade an Sachsen. Das ist ein Beispiel eines Bundeslandes, das durch den sehr schnellen Beitritt zur EU im Zuge der deutschen Wiedervereinigung plötzlich dieses Wohlstandsgefälle an unserer polnischen Grenze hatte. Trotzdem haben alle Regierungen von Kurt Biedenkopf bis heute nie die Idee aus dem Blick verloren, dass wir einfach dazugehören und wir diese innere Peripherielage in Zentraleuropa überwinden wollen. Also vielen Dank dafür, dass Sie dieses Forum gegründet haben. Mich freut es sehr, dass auch die österreichischen Nachbarn, die Slowaken und auch Polen anwesend sind. Sachsen repräsentiert für mich als Diplomaten einen Teil des Deutschlands, das nie die Verbindung zu unseren Ländern verloren hat.

Österreich ist auch ein relativ neues Mitglied der EU – seit 1995. Auch seine Beitrittsphase und die Phasen zuvor waren nicht einfach. Und nach dem Beitritt hat sich gezeigt, dass nicht alle diese Veränderung verkraftet haben. Ich bin trotzdem davon überzeugt – ich wohne jetzt seit über zweieinhalb Jahren in Österreich –, dass Österreich in diversen Interessenlagen und Sachproblemen

immer wieder signalisiert, mit uns in Partnerschaft eine Verständigung zu finden. Österreich ist fähig, auch gemeinsam unsere Interessen in der EU zu vertreten. Wir haben keinesfalls das Gefühl, dass das gegen die EU gerichtet ist, sondern dass dadurch die EU stärker wird.

In den vergangenen Jahren lag der Fokus immer wieder auf der Finanzkrise im Süden der EU. Das war auch richtig so. Aber auch unsere Länder haben viel Strukturelles zu überwinden. Warum haben sich z. B. europäische Institutionen in der Sanierung der Finanzwirtschaft nur mit Mittelmeerländern beschäftigt? Es brauchte auch gewisse Impulse und Effekte für unsere Wirtschaft. Da hat sich Österreich als ein Verbündeter in der Debatte gezeigt, obwohl wir nicht alle in der Eurozone vertreten sind. Ich fand es sehr interessant, dass man die Aufteilung zwischen den fortgeschrittenen Staaten mit dem Euro und denen, die noch darauf hinarbeiten, überwunden hat. Hier wurde deutlich, dass man sehr gut zur Stabilität und Wirtschaftsdynamik beitragen kann, auch wenn man nicht den Euro hat. Umgekehrt kann man als Trittbrettfahrer und als blinder Passagier in der Eurozone die anderen bremsen. Zwischen Nord und Süd, zwischen Baltikum und Adria ist Österreich mit uns auch in der Infrastruktur, in der energetischen Integration der Märkte, insbesondere in der Gaswirtschaft, voll engagiert. Anhand dieser praktischen Beispiele wollte ich ein bisschen die theoretische Debatte auskleiden. Das ist auch meine Arbeit in Wien, die gemeinsamen Interessen der Visegrád-Gruppe sowie zwischen Tschechien und Österreich ausfindig zu machen und so rechtzeitig den Regierungen signalisieren zu können, ob mit Österreich eine Kooperation möglich ist oder eben noch nicht.

→ Dr. Edit Inotai:

Danke. Jetzt komme ich zu Herrn József Czukor mit der Millionen-Dollar-Frage. Wir sollen Europa neu begründen. Das haben wir von Herrn Prof. Kühnhardt gehört. Aber was für eine Europäische Union sollen wir begründen? Welche Art von Europäischer Union brauchen wir?

→ Dr. József Czukor:

Bevor ich diese einfache Frage in einem großen Vortrag zu beantworten versuche, möchte ich mit einer kleinen Korrektur beginnen. Auch wenn ich das gerne möchte, ich bin nicht der beste Europaberater des Ministerpräsidenten. Ich bin vorrangig für Außen- und Sicherheitspolitik zuständig, werde mich aber dennoch bemühen, auf die gestellte Frage zur Zukunft Europas und wie ich diese sehe, zu antworten.

Meine erste These ist, dass ich nicht glaube, dass Europa eine Neubegründung benötigt. Dieses Wort Neubegründung hörten wir ziemlich oft vor dem Amsterdamer Vertrag, vor dem Vertrag von Nizza sowie auch vor dem Versuch, Europa eine Verfassung zu geben. Ich bin leider Jurist und kann das nur so interpretieren, wie das die Juristen eben tun. Europa ist eigentlich eine Rechtsgemeinschaft, und wenn wir über Neubegründung sprechen, dann brechen wir den Stab über ein Recht, das wir einst gemeinsam verabschiedet haben. Dieses Recht ist keine Vision. Es ist übrigens kein sakrales Instrument, sondern es ist ein Vertragswerk, das wir funktionieren lassen. Es ist ein Vertrag, der nur dann gut funktioniert, wenn sich alle an den kleinsten gemeinsamen Nenner halten.

Dabei geht es nicht um die Zukunft, nicht um die großen Ideen in diesem Vertragswerk. Vielmehr handelt es sich um den rechtlichen Rahmen für eine Zusammenarbeit, den wir in harten Verhandlungen errungen haben. Wir müssen uns alle auf dieses gemeinsame Recht besinnen und dieses gemeinsame Recht so ausführen, wie es in den Verträgen steht. Europa hat nämlich vor allem dann ein Problem – und das erleben wir heutzutage –, wenn wir diesen Raum des gemeinsamen Rechts verlassen, wenn man z. B. die Vorschriften für die gemeinsame Währung unterläuft oder Regelungen des Schengener Abkommens nicht einhält. Gott sei Dank hat man Ungarn dafür noch nicht verantwortlich gemacht. Das heißt, ich würde nicht über Neubegründung oder Vision sprechen, sondern wir sollten darüber sprechen, dass wir uns an das halten, was wir gemeinsam verabschiedet haben.

Zweiter Punkt: Die Frage wurde nicht gestellt, aber weil wir hier Mitteleuropäer sind, würde ich unseren nicht-mitteuropäischen Bürgerinnen und Bürgern einen kleinen Vorwurf machen. Wir, das heißt das Bundesland Sachsen, die anderen östlichen deutschen Bundesländer, Teile von Österreich, aber definitiv die Tschechen, Slowaken und Ungarn, wir haben in Bezug auf das bessere interkulturelle Verständnis füreinander einen sehr großen Vorteil. Wir kennen einander besser. Es gibt Reflexe, die wir sofort erkennen. Ich würde nicht behaupten, dass wir eine mitteleuropäische Identität haben, aber wir stehen einander näher als manche alte Mitgliedsstaaten der EU. Dieses Mehr an Wissen, an interkulturellen Fähigkeiten hilft uns natürlich auch, die Schwächen der Europäischen Union in gleicher Weise zu verstehen. Es heißt nicht, dass die vier Visegrád-Staaten in allen Fragen die



Probleme ähnlich sehen. Aber in der Art wie wir denken, wo müsste Europa anders gestaltet werden, wo müssten die Verträge anders interpretiert werden, dort verstehen wir uns besser. Es ist auch ein Appell für uns, für das Forum Mitteleuropa. Danke, dass Sie hier sind. Lieber Herr Präsident, das ist Ihr Verdienst.

Es heißt auch, dass wir unsere Partner ermutigen, mit der geistigen Faulheit aufzuhören und ein bisschen anfangen zu lernen, was Mitteleuropa bedeutet. Wenn Sie sich etwa dieses wunderschöne Parlamentsgebäude anschauen. Hier finden Sie nicht nur ungarische Könige – alle hier waren ungarische Könige –, sondern auch Könige mit polnischer Abstammung. Jedes ungarische Grundschulkind weiß, dass mit Ulászló I. in der Schlacht bei Warna gegen die Osmanen ein ungarisch-polnischer König ums Leben kam. Das ist nicht Teil des europäischen Wissens. Interkulturalität ist wichtig und ein Vorteil für uns, für die Staaten Mitteleuropas. Das heißt, wenn ich an Europa etwas ändern würde, dann definitiv nicht durch eine Neubegründung. Vielmehr müssen wir einen Prozess in die Wege leiten, bei dem wir feststellen, dass vielleicht Sachsen oder Bayern mehr mit Österreich, Ungarn und Tschechien verbindet als mit Teilen Westeuropas oder mit Südeuropa. Das ist keine Gefahr, das ist eine Chance.

Das führt mich zu einem Punkt, an dem ich abermals nicht die Neubegründung fordere. Wir müssen feststellen, dass die postnationale Konstellation, wie es viele Anfang der 1990er Jahre oft vorausgesagt haben, nicht eingetreten ist. Das heißt, die Europäische Union ist und bleibt ein Bündnis ihrer Mitgliedsstaaten. Eine Europäische Föderation in Form der Vereinigten Staaten von Europa wird nicht begründet, sondern es entsteht ein starker Verbund der modernen Nationalstaaten des 21. Jahrhunderts. Das bedarf keiner Neubegründung, sondern Definitionen und Rechte müssen anders interpretiert werden. Unser Vertragswerk muss in einer modernen Form verstanden werden. Diesen Weg sollten wir

einschlagen, denn wir haben in der Tat eine Krise. Letzten Freitag haben wir deshalb in Bratislava beschlossen, dass wir einen Prozess in die Wege leiten, den wir im März 2017 abschließen wollen. Dann werden wir sehen, ob wir eine Neubegründung brauchen oder, wie ich es mir wünsche, eine Neuinterpretation des bisher Erreichten.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Ich würde hier gern die anderen Diskutanten fragen. Ist eine Neubegründung, ist eine neue Vision erforderlich? Oder ist es besser, die bestehenden Verträge zu behalten und einzuhalten, um aus dieser Krise herauszukommen?

→ **Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:**

Visionen sind immer gut, glaube ich, wenn sie eine Grundlage für weitere Diskussionen darstellen. Sie werden niemals Eins-zu-eins umgesetzt. Das ist ganz klar, weil es unterschiedliche Visionen gibt, die erst durch Diskussionen in Kompromisse umgemünzt werden müssen. Was bei der EU wichtig zu sein scheint, ist zunächst die Annahme, dass eine Neubegründung der EU nur mit einem neuen Vertrag einhergehen kann. Es ist momentan nicht der Wille vorhanden, einen neuen Vertrag zu verhandeln, weil gerade das zu chaotischen Zuständen führen könnte. Das heißt, wir haben keine Mehrheit in der Europäischen Union, um einen neuen Vertrag zu verhandeln. Den Lissabonner Vertrag im Jahr 2007 zu verhandeln, das war schwierig genug. Das ging mit sehr vielen Konflikten und Kontroversen einher. Damals stand Polen in der Mitte des Konflikts und es ging damals um das neue Entscheidungsfindungssystem der EU.

Bei den jetzigen Debatten über die Lösung von gemeinsamen Problemen vermisste ich einen Ansatz, mit dem die Europäische Union seither immer sehr gut gearbeitet hat und den man im Grunde genommen bei fast allen Verhandlungen verwendet hat, nämlich die Paketlösungen. Das heißt, immer wenn man sehr komplexe Verhandlungen durchzuführen hatte, hat man sich zusammengesetzt und unterschiedliche Bereiche zusammengeführt. Man hat niemals nur über die Migrationspolitik, über den Binnenmarkt oder über die Außen-



politik verhandelt. Man hat versucht, problematische Bereiche zusammenzuführen, um auf diese Art und Weise Paketlösungen und sogenannte Seitenzahlungen an andere auszuarbeiten. Seitenzahlungen sind nicht immer wortwörtlich zu nehmen, oft handelt es sich um Zugeständnisse.

Ich finde, dass die Rückkehr zu dieser Art und Weise des Verhandeln tatsächlich mehr Erfolg versprechen würde, als etwa Druck auf andere Länder auszuüben, weil Druck

auch Widerstand erzeugt. Wir kennen zwar Fälle aus der Geschichte der Europäischen Union, in denen Druck erfolgreich war, aber dazu braucht man ein Land bzw. maximal zwei Länder, die isoliert werden können. Das war der Fall mit Polen bei den Lissabonner Verhandlungen, wo Polen isoliert werden konnte, das war der Fall mit Großbritannien bei der Entscheidung über den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Wenn aber mehrere Länder Widerstand leisten, dann braucht man tatsächlich strukturelle Veränderungen und Paketlösungen anstelle von Druck. Druck verlängert dann die Probleme eher.

Visionen ja, aber eine Neubegründung der Europäischen Union, so wie die Europäische Union es von 2000 bis 2005 versucht hat, sehe ich als wenig erfolgversprechend an. Denn momentan gibt es keinen Impuls zu einer neuen Verfassungsgebung. Ich fände das sehr wichtig und sehr gut, wenn es so etwas gäbe. Wir haben aber momentan keine Ressourcen dafür, keine Mehrheiten, um einen neuen verfassungsgebenden Prozess anzustoßen. Im Grunde genommen finde ich die Idee sehr wichtig und nobel, eine Föderation auf die Beine zu stellen vergleichbar zu den USA. Aber man muss auch die Realitäten erkennen, die wir momentan in Europa haben, und da ist ein solcher Prozess, der legitimatorisch hochinteressant und wünschenswert wäre, nicht in Sicht.

→ **Jan Sechter:**

Das stimmt, aber von außen gibt es Prozesse, die doch eine gewisse Dynamik verursachen. Das sind die bevorstehenden Brexit-Verhandlungen. Wir Tschechen und Slowaken haben auch eine Zeit der Desintegration und



der gleichzeitigen Integration erlebt. Einerseits hat sich das Land aufgeteilt, andererseits wurden parallel hunderte von Kleinverträgen ausgehandelt, damit alles, was positiv in der tschechoslowakischen Föderation war, erhalten blieb. Das war viel Arbeit – Pensionssysteme, Sozialversicherungssysteme, Freizügigkeit, freier Zugang der Studenten zu den Universitäten usw. Vor all dem steht man heute hinsichtlich des Brexit. Wir wissen dabei aber nicht, wie sich das alles zukünftig auf das Vertrauen auswirkt. Wenn wir den Prozess mit Großbritannien ordentlich meistern, dann kann ein neues Vertrauen wachsen, nicht nur zwischen Großbritannien und dem Rest der EU, sondern auch unter den Mitgliedstaaten untereinander.

Gegenwärtig hört man verschiedene Positionen: keine Rosinenpickerei, alle Freiheiten oder nichts. Als sich Tschechen und Slowaken aufgeteilt haben, wäre angesichts solcher Aussagen das Vertrauen sofort auf null gesunken. Jetzt haben wir es mit 27 Staaten zu tun, und es schafft kein Vertrauen untereinander, wenn solche starken Worte fallen. Man muss sich wirklich stabilisieren und darauf besinnen, was von allen diesen vielen Freiheiten wirklich wünschenswert ist und was nicht unbedingt in einem Paket vorhanden sein muss. Zum Beispiel die Freizügigkeit der Studenten an den Universitäten. Die sollte man nicht gegen irgendwelche Quoten in der Landwirtschaft austauschen. Man sollte die europäische Idee gerade in diesen praktischen Dingen erhalten. Aber das ist jetzt nur mein Gefühl. Gleichzeitig, denke ich, sollten wir den Erweiterungsmodus, der immer in Deutschland vorhanden war, am Leben erhalten. Die Staaten auf dem Balkan brauchen diese Perspektive sowie eine klare Li-

nie, wie sich das entwickelt. Auch wenn wir jetzt eine gewisse Zeit benötigen, dürfen wir diese Länder nicht vergessen. Auch die Stabilisierung unserer östlichen Nachbarn, wie der Ukraine und Russland, gehört unbedingt dazu. Wir müssen uns zwar auf Eigenes konzentrieren, aber gleichzeitig dürfen wir das Andere nicht vergessen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Frau Gál, Herr Sechter hat ein wichtiges Wort erwähnt – „Vertrauen“. Ich denke, es gibt gegenwärtig eine Kluft zwischen den Visegrád-Ländern und Westeuropa. Wir können dieses Vertrauen zurückgewinnen. Dazu habe ich eine praktische Frage. Ist es im Europäischen Parlament einfacher mit mitteleuropäischen Politikern und Abgeordneten zusammenzuarbeiten? Gibt es diese Gemeinsamkeit im täglichen Leben?

→ **Dr. Kinga Gál:**

Ich möchte zunächst noch etwas zu den Vorrednern ergänzen. Ein Teil der politischen Elite in Europa ist mit seiner Konzeption eines föderalen Europas vorgeprescht, hat sie forciert, hat sie betont und dabei nicht bemerkt, dass die europäischen Bürger in dieser Frage weit zurückblieben. Sie sind oft noch gar nicht so weit und haben in vielen Fällen auch gar kein Verständnis dafür, weshalb sie schon so weit sein sollten. Deswegen sehe ich gegenwärtig auch keine reale Möglichkeit dafür, neue Verträge zu schaffen. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sind sehr weit von dem Punkt entfernt, an dem die einzelnen politischen Führungskräfte in der Europäischen Union schon stehen. Hier gibt es eine große Kluft.



Aber, um die konkrete Frage zu beantworten: Es ist interessanterweise so, dass die mitteleuropäischen Länder auch im Europäischen Parlament wie selbstverständlich zusammenarbeiten. Einbezogen sind dabei aber auch Österreich und Deutschland. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen ist sehr gut. Wir verstehen uns auf Anhieb, also wesentlich schneller als mit den Kollegen aus dem Norden oder aus dem Süden, denen bestimmte Aspekte oft erst erklärt werden müssen. Es gibt

in Mitteleuropa eine gewisse Gleichheit bei den Identitäten und es gibt auch eine Übereinstimmung der Interessen. Diese Identitäts- und Interessengleichheit findet sich in der mitteleuropäischen Politik auch in den Sitzreihen des Europäischen Parlaments wider und prägt dort die Beziehungen untereinander.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Herr Czukor, ich möchte hier gleich an das Thema Vertrauen anknüpfen. Wie steht es aus Ihrer Sicht um das Vertrauen in Mitteleuropa und in Europa?

→ **Dr. József Czukor:**

Ich muss mit einer kleinen Widerrede beginnen. Ich bin mir ganz sicher, wenn wir die Debatten in Europa präziser analysieren, dass es keinen großen Widerspruch zwischen den Visegrád-Ländern und Westeuropa, zwischen Ost und West gibt. Umso mehr aber gibt es einen Nord-Süd-Widerspruch. Diesen Widerspruch gibt es nicht erst, seitdem wir vor 12 Jahren der Europäischen Union beigetreten sind, sondern ihn gab es auch schon zuvor.

Im Jahr 2014 hat allein die deutsche Automobilindustrie – nicht nur die Autohersteller, sondern auch die Zulieferer – in einer Größenordnung von 13 Milliarden Euro in die vier Visegrád-Staaten investiert. Im gleichen Jahr betragen die gesamten deutschen F&E-Investitionen in Frankreich sage und schreibe acht Milliarden Euro. Die Deutschen haben übrigens nicht in die Visegrád-Staaten investiert, weil sie dankbar sind für die historische Leistung der Solidarność oder für die ungarische Grenzöffnung im Jahr 1989. Wahrscheinlich investierten sie auch nicht nur acht Milliarden Euro in Frankreich, weil sie nicht

mehr an die deutsch-französische Aussöhnung glaubten. Offensichtlich gab es andere Gründe dafür.

Das heißt, wir müssen die aktuellen politischen Debatten von dem trennen, was wir gemeinsame Interessen nennen. Das ist ziemlich normal in Europa, nicht aber mit Blick auf die Visegrád-Länder. Wenn wir hier in den vier Visegrád-Ländern oder vielleicht in Sachsen oder in Mecklenburg-Vorpommern über Europa diskutieren, dann haben wir fast automatisch das Gefühl, das ich am besten mit einem Spruch eines ehemaligen französischen Präsidenten ausdrücke: „Es ist besser, wenn Ihr Euer Maul haltet.“ Als ob wir nicht die Berechtigung hätten, nachdem wir der Europäischen Union beigetreten sind, über Europa, über dieses europäische Projekt auch unsere Meinung zu äußern. Wenn wir unsere Meinung äußern, dann ist es populistisch, dann ist es nicht so wertvoll, dann besteht die Gefahr von Nationalismus usw. Ich glaube, viele von uns kennen dieses Gefühl. Mein Punkt ist jedoch, dass ich nicht grundlegend voneinander divergierende Interessen zwischen den Visegrád-Staaten und dem Rest der Europäischen Union im Allgemeinen und zwischen Deutschland, Österreich und der Visegrád-Gruppe im Besonderen sehe, ganz im Gegenteil. Wir müssen deswegen lernen, unsere Gemeinsamkeit zusammen zu entdecken. Darin haben wir große Probleme.

Ich möchte noch etwas ansprechen: Die Visegrád-Staaten meinen, dass Europa zu sehr zentralistisch aufgebaut ist, dass in Europa zu viel in Brüssel entschieden wird. Es gibt keine einzige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, bei der eine Vertragsverletzung we-



gen Verstoßes gegen die Subsidiarität festgestellt wurde. Es gibt seit 1951 nur drei Urteile des Europäischen Gerichtshofes, die besagen, an diesem Punkt hätte die Europäische Union nicht das Recht, etwas zu regulieren. Es gibt mehrere solche Beispiele für zu viel Zentralismus. Deshalb müssen wir zu dem zurückkehren, was der Lisabonner Vertrag sagt. Zwischen den Institutionen muss eine neue Balance entstehen. Wir haben nun einmal keine europäische Regierung. Die Kommission ist es definitiv nicht. Wenn das aber nun ein Ungar sagt, dann ist das populistisch und ein Angriff gegen Brüssel, wenn aber zum Beispiel hochrangige deutsche Rechtsgelehrte die gleiche Meinung vertreten, dann ist das eine wahre europäische Debatte.

Noch etwas, was ich für die Teilnehmer dieses Forums für besonders wichtig halte: Nicht alles, was uns zu Hause erzählt wird, dass es im Interesse von Europa sei, das ist auch wirklich im Interesse von Europa. Manchmal ist es sogar umgekehrt. Wenn große europäische Mitgliedsstaaten sagen, das ist im Interesse von Europa, fange ich als kleiner Ungar sofort an, darüber nachzudenken, ob es tatsächlich europäisches Interesse ist oder ob wir es hier mit etwas anderem zu tun haben. Deswegen wünsche ich uns mehr Lockerheit, Ruhe und mehr Weisheit in der Debatte. Nicht alles, was wir sagen, sollte sofort in eine Ecke gestellt werden. Es lohnt sich, ruhig einmal zuzuhören und nicht von vorn herein nur mit erhobenem Zeigefinger auf den anderen zu zeigen.

→ Dr. Edit Inotai:

Dieses Gespräch über die europäischen Fragen war sehr interessant. Was sind europäische Interessen und was

nicht? Als ich einmal ein Interview mit einem ungarischen Politiker führte, da habe ich ihn gefragt: Was sind die nationalen Interessen Ungarns? Ich habe immer weiter gefragt. Am Ende stellte sich heraus, dass die Interessen Ungarns die Interessen der Regierung waren. Also das ist dann auch ein bisschen problematisch. Man muss immer sehr klar herausstellen, welche Interessen es gibt und welche Gruppen welche Interessen verfolgen.

Bevor wir Fragen aus dem Publikum annehmen, möchte ich noch auf die Rolle Deutschlands eingehen. Wir haben über deutsche Investitionen gesprochen. Alle Visegräd-Länder sind sehr abhängig von Deutschland im Exportsektor und bei den Investitionen. Es gab mal einen ungarischen Außenminister, der sagte: Wir sind jetzt in der Wirtschaft stärker abhängig von Deutschland als wir es je von der Sowjetunion waren. Welche Rolle könnte Deutschland in der Europäischen Union nach dem Brexit spielen und welche Interessen sind denn für unsere Region wirklich wichtig?

→ Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:

Deutschland spielt eine sehr wichtige Rolle und hat in der Europäischen Union schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Das sieht man besonders, wenn man sich die letzten Krisen in der EU anschaut, die Finanzkrise sowie andere Krisen wie die Migrationskrise, die noch immer laufen. Also die Griechenlandkrise ist noch nicht vorüber, sie ist noch nicht ausgestanden, sie kommt zurück, da wir in der Eurozone Strukturdefizite haben, die nicht bewältigt wurden. Deutschland hat die Lösungsansätze für die meisten Krisen stark mitbestimmt. Da gibt es seit einiger Zeit auch in der Politikwissenschaft eine Debatte



darüber, ob Deutschland ein Hegemon ist. Daran scheiden sich die Geister. Es gibt mittlerweile den gängigen Begriff der zögerlichen Hegemonie, also die Annahme, dass Deutschland tatsächlich ein Potenzial hat, ein Hegemon zu sein. Allerdings zögert es, dieses Gewicht einzusetzen. Da scheiden sich wieder die Geister. Was heißt das? Es ist eine Selbstbindung Deutschlands einerseits, andererseits würden die Zyniker sagen, ein Hegemon übernimmt nicht nur die Verantwortung, sondern zahlt auch. Wenn man hegemonial vorgeht, dann sollte man nicht nur die Entscheidung mitgestalten, sondern auch

die Kosten tragen. Da gibt es gewisse Unterschiede in der Perzeption, ob Deutschland tatsächlich die Kosten für die Lösungen der Probleme trägt. Das ist die eine Seite der Debatte.

Die andere Seite der Debatte ist, dass man zu Recht auch daran glaubt, dass bei der Vielfalt, die wir gerade heutzutage in der EU erleben, eine Art von Führung notwendig wäre. Wir wissen nicht, in welche Richtung das geht, ob das ein Land oder zwei Länder sein sollten. Klassischerweise ist man immer davon ausgegangen, dass Frank-

reich und Deutschland die Rolle spielen würden. Im Grunde genommen ist das – so glaube ich – vorbei, weil die EU mittlerweile so unterschiedlich geworden ist, so vielfältig, dass Lösungsansätze oder Integrationsimpulse auch von anderen Regionen ausgehen können. Das heißt, wir können auch davon ausgehen, dass nicht nur die Gründerstaaten der Europäischen Union Lösungen anbieten. Eine Kooperation, die in dieser Hinsicht relativ erfolgreich verlaufen ist und auf eine Initiative von Polen und Schweden zurückgeht, ist die sogenannte Östliche Partnerschaft, die 2008 ins Leben gerufen wurde, um die Länder Osteuropas einzubinden, vor allem die Ukraine, Belarus, Georgien und die Republik Moldau. Das heißt, auch solche Initiativen sind möglich, die dann die Agenda der Europäischen Union mitbestimmen.

→ Jan Sechter:

Ich möchte kurz auf die Wirtschaftsverflechtungen eingehen. Der Außenhandelsanteil ist in unseren Ländern relativ gleich hoch. Er steigt sogar in einigen Branchen. Er ist in der Autoindustrie höher als im Durchschnitt. Da reicht als Aussage aber nicht aus, dass man abhängig ist und nun alles dafür tun müsse, in Mitteleuropa eine gewisse Homogenisierung herbeizuführen. Hier erwarte ich von Deutschland großen Respekt vor den Unternehmen, die aus dieser Unterschiedlichkeit und Vielfalt heraus Außenhandel und Investitionen betreiben. Wenn alles gleich ist, dann macht niemand Geschäfte. Wenn alles homogen und gleich ist, dann muss ich nicht die unterschiedlichen Konkurrenzfähigkeitsangebote nutzen. Das ist ein großer Wert, der auf der früheren Linie des Eisernen Vorhangs im Handel und den Investitionen entstanden ist. Ich habe immer wieder das Gefühl, dass durch

diese Zahlen, die Fakten sind, falsche Schlussfolgerungen gezogen werden – etwa für eine überstürzte Harmonisierung von allen möglichen Dingen, was dann wiederum bei den Bürgern die Anti-EU-Reflexe hervorruft. Man sollte ein bisschen über diese Wirtschaftsverflechtungen nachdenken und sie wertschätzen.

→ Dr. Kinga Gál:

Ich denke, es liegt großes Potenzial in der Rolle Deutschlands. Es liegt eine große Möglichkeit darin, wie Deutschland seine Rolle wahrnimmt und auch wie etwa Sachsen seine Rolle wahrnimmt. Ich sehe eine Chance darin, dass Sachsen besser versteht, in welcher Lage sich unsere Gesellschaften befinden und in der Periode nach dem Kommunismus befanden. Wenn wir verstanden werden von diesem Teil Deutschlands, dann kann dieser Teil uns auch unterstützen und Brücken schlagen, damit auch andere Teile von Deutschland und Europa uns besser verstehen. Das kann in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen. Es gibt gemeinsame Traditionen und es gibt eine gemeinsame Geschichte. Aufgrund dieser Gemeinsamkeiten kann es auch ein neues Miteinander geben. Auf diese Weise können wir uns denen gegenüber verständlich machen, die eine andere europäische Geschichte erlebt haben.

→ Dr. József Czukor:

Die momentane Lage ist gut. Deutschland hat Partner mit den Visegrád-Staaten. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 27. August 2016, als sie sich mit uns traf, gesagt: Endlich bin ich in einem gesunden Europa angekommen, in dem alle vier Staaten die Defizitregeln einhalten, wo das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt

zwischen drei und fünf Prozent liegt, wo sich die Staatsschulden nicht weiter erhöhen und wo mehr oder weniger – auch wenn das mancher in Europa nicht mag – politische und wirtschaftliche Stabilität herrscht und die Arbeitslosenquote deutlich unter 10 Prozent beträgt. Der Anteil der Industrie an der Wirtschaft, am Bruttoinlandsprodukt, beläuft sich auf um die 30 Prozent bei den Tschechen, bei den Ungarn auf um die 26 Prozent, bei den Slowaken liegt er etwa in gleicher Höhe und bei den Polen bei um die 20 Prozent. Also, das ist ein gesunder Teil von Europa, zumindest ökonomisch gesehen.

Und das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Hier erwarte oder erhoffe ich mir etwas von Deutschland. Ich bedanke mich bei der Abgeordneten Frau Dr. Gál, dass sie das angesprochen hat. In den fünf Jahren, in denen ich in Deutschland dienen durfte, habe ich leider zu wenige dieser Stimmen gehört. Deutschland ist das einzige Gründungsmitglied der Europäischen Union, das gleichzeitig ein Transformationsland ist. Diese Erfahrungen mit der Transformation in den neuen Bundesländern, die widersprüchlich sind, die aber letzten Endes erfolgreich sind, die müssen auch in Deutschland und darüber hinaus publik gemacht werden.

Ich habe es nie verstanden, dass wenn über negative Phänomene, die wir wohlgerne verabscheuen müssen, berichtet wird, zu allererst immer irgendeine Kleinstadt oder Gemeinde in Ostdeutschland im Fokus steht. Das ist das, was Sie in Deutschland im kleinen Format erleben und anhand dessen Sie verstehen müssen, dass wir das Gleiche im größeren Format erleben. Zunächst einmal: Uns geht es in den Visegrád-Ländern gut und wir



wünschen unseren europäischen Partnern, dass es ihnen genauso gut geht. Uns geht es zusammen gut mit Deutschland. Wir entwickeln zusammen etwas, das uns befähigt, zum Beispiel diejenigen, die nicht mit uns Schritt halten können, in der Zukunft auch mit zu finanzieren, dass wir Europa auch finanziell stärken. Das sind wichtige Werte.

Und was die Führungsrolle Deutschlands betrifft, da muss ich auch einen Satz zur Migration sagen. Wenn Deutschland eine bestimmte Politik beschließt, entsteht damit eine europäische politische Situation. Das ist dann sehr gefährlich, wenn auf diese Weise eine Krise entsteht. Das heißt, wenn man im Nachhinein einsieht, dass vielleicht nicht alle Entscheidungen perfekt waren. Wenn die Konsequenzen definitiv nicht gut waren, nicht einmal für Deutschland, dann muss man daran denken, dass Deutschland, das die Führungsrolle hat, auch bereit sein muss, die Fehler auszusprechen, sie zu korrigieren und die Konsequenzen gemeinsam mit seinen Partnern aufzuarbeiten. Da kann Deutschland sehr viel helfen.

Ich möchte noch zu einer Sache sprechen, die in Deutschland nicht so gang und gäbe ist, das Referendum. Wenn die Bürgerinnen und Bürger, und ich rezitiere jetzt Peter M. Huber, Richter am Bundesverfassungsgericht, das Gefühl haben, dass sie die Macht nicht mehr kontrollieren, nicht mehr verändern, nicht mehr abwählen können, dann ist das System, in dem sich diese Bürger nicht mehr wohlfühlen, keine Demokratie. Also wenn wir in Ungarn ein Referendum abhalten, in dem es auch darum geht, Souveränitätsfragen neu zu definieren. Worüber darf Europa entscheiden und worüber können nur wir entschei-

den? Wenn wir ein solches Referendum abhalten, dann ist das nicht antieuropäisch oder antidemokratisch. Vielmehr ist es für alle Demokraten wichtig, dass wir versuchen, darüber zu diskutieren. Also Deutschland kann sehr viel tun, und zwar nicht mit machtpolitischen Mitteln, sondern mit guten Debatten. Ich habe in den Jahren, in denen ich in Deutschland arbeiten durfte, gelernt, dass die Kräfte dafür vorhanden und mächtig sind. Ich sehe die Zukunft sehr positiv, was die Führungsrolle Deutschlands in Europa anbelangt.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Vielen Dank. Ich frage jetzt das Publikum. Gibt es Ihrerseits Fragen? Wir haben – denke ich – ganz gut provoziert. Das hoffe ich zumindest. Bitte schön.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Prof. Dr. Stefan Troebst, ich lehre an der Universität Leipzig und bin Mitglied im Kuratorium des Forums Mitteleuropa. Ich habe eine Frage an das ganze Podium, nämlich die Zukunft der Visegrád-Staatengruppe betreffend, das heißt die Interessen, Konkurrenz und Divergenz betreffend. Was überwiegt hier eigentlich? Wir haben gehört, diese ursprüngliche Dreier- und jetzt Vierergruppe hatte in den 1990er Jahren das gemeinsame Interesse, Mitglied der NATO zu werden und man war damals der Meinung, wenn man sich unterhakt, kommt man schneller hinein. Das hat für drei Visegrád-Staaten geklappt. Bei der Slowakei hat es etwas länger gedauert. Beim EU-Beitritt sind dann 2004 alle vier Visegrád-Staaten gleichzeitig in die EU aufgenommen worden. Danach hatte ich das Gefühl, die Visegrád-Staatengruppe hat ihre raison d'être verloren und ist in so eine Art Dornröschenschlaf

gefallen. Im letzten Jahr ist sie dann im Zuge der Flüchtlingskrise wieder aus der Versenkung aufgetaucht. Ganz klar: Da gab es wieder ein gemeinsames Interesse, nämlich zu vermeiden, dass in den vier Staaten größere Gruppen von Flüchtlingen aus anderen Teilen der Welt aufgenommen werden.

Meine Frage ist: Was passiert, wenn die Flüchtlingskrise abebbt? Gibt es dann weiterhin ein starkes gemeinsames Interesse oder treten dann die Interessengegensätze stärker zu Tage? Gerade wurde die Automobilindustrie genannt. Alle vier Visegrád-Staaten sind hier ja Konkurrenten. Noch wichtiger, so glaube ich, ist die militärische Aggression Russlands gegenüber seinen Nachbarstaaten, eine Entwicklung, die ja vor allem in Polen, einem unmittelbaren Anrainerstaat, mit großer Sorge betrachtet wird, während offensichtlich die derzeitige ungarische Regierung ein ziemlich entspanntes Verhältnis zur russländischen Föderation hat. Also da zeichnet sich, glaube ich, eher eine Kluft in den Interessen ab. Wie ist die Prognose? Wie wird es mit der Visegrád-Gruppe weitergehen?

→ **Dr. Edit Inotai:**

Danke schön. Wir werden einige Fragen sammeln.

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Antje Hermenau. Herr Czukor, Sie haben sehr klar vorgetragen, dass Europa eine Rechtsgemeinschaft ist. Das könnte man gemeinsam mit den Briten auch sofort unterschreiben, die ja auch für individuelle Freiheiten und Liberalität sowie für eine Rechtsgemeinschaft sind. Dann haben Sie gesagt, die Vertragstreue würde genügen, um für alle europäischen Mitglieder erst

einmal einen Grundkonsens zu formulieren. Ich teile diese Auffassung. Für Manche in Westeuropa klingt das rückschrittlich. Jetzt frage ich Sie: Teilen Sie meine Auffassung, dass in Westeuropa einige Staaten, wenn sie neue Visionen bis hin zu Lateineuropa aufmachen wollen, vor den Realitäten flüchten und diesen Grundkonsens gar nicht haben wollen?

→ **Frage (Publikumsbeitrag):**

Mein Name ist Joachim Klose, Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen. Ich habe eine Frage an Herrn Czukor. Sie stellen sehr schön dar, als Sie über die gesunden Staaten und die Kritik sprachen, dass die technischen Voraussetzungen der osteuropäischen Staaten alle Kriterien erfüllen und dass rechtlich auch die Europäische Union zusammensteht. Aber es stellt sich heraus, dass trotzdem ein Defizit in der emotionalen Wahrnehmung darunter liegt. Herr Prof. Kühnhardt hat seinen Vortrag mit dem Heimatthema beendet. Jeder hat ein Menschenrecht auf Heimat, darauf, die Heimat nicht zwangsweise verlassen zu müssen und die Heimat sozusagen generieren zu dürfen. Meine erste Frage ist: Haben die Osteuropäer das Gefühl, da beziehe ich auch Sachsen mit ein, dass sie im europäischen Prozess Heimat verloren haben, dass der Entwicklungsprozess zu schnell geht? Muss man eine Politik der verschiedenen Geschwindigkeiten in der EU ermöglichen, die den Heimatverlust, der ja gewissermaßen auch normal ist, moderieren könnte? Die zweite Frage bezieht sich auf das Recht auf Beheimatung. Wie gehen wir mit den Menschen um, die bei uns ernsthaft Fuß fassen wollen und sich verbeheimaten wollen? Ist das für unsere Gesellschaften eine Option oder würden Sie sagen, das ist eher schwierig?

→ **Dr. Edit Inotai:**

Nehmen wir jetzt die erste Runde und dann gehen wir weiter mit verschiedenen Fragen. Also, die erste Frage war: Was hält die Visegrád-Staaten zusammen und was passiert nach der Flüchtlingskrise, wenn sie denn irgendwann gelöst ist?

→ **Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski:**

Die Visegrád-Gruppe hat tatsächlich in den 1990er Jah-

ren nicht besonders gut funktioniert. Es gab vielmehr ein Konkurrenzverhältnis um die Investitionen und im Grunde genommen auch eine Konkurrenz beim Beitritt zur Europäischen Union. Die Gruppe ist in den Verhandlungen mit der EU niemals als ein Block aufgetreten, weil die Länder einzeln – übrigens mit sehr unterschiedlichen Strategien – verhandelt haben. Die polnische Verhandlungsstrategie mit der EU war eine ganz andere als die tschechische. Beide waren sehr erfolgreich, aber sehr



unterschiedlich. Die polnische Verhandlungsstrategie war eher arrogant, also von der Annahme geleitet, ohne uns wird es keine Erweiterung geben. Die tschechische Verhandlungsstrategie war sehr offensiv und aktiv. Es gab zum Beispiel sehr viele Reisen in die Hauptstädte der EU-Länder.

Heute sehen wir eine Neubelebung der Visegrád-Gruppe. Wie lange das funktioniert, kann man nicht wissen. Die Gruppe der V4 kann auch nach einer Weile wieder auseinanderfallen. Interessen verändern sich nämlich. Wenn die Grundlage für Blockbildung, Organisationsbildung oder Gruppenbildung Interessen sind, und davon gehen wir aus, können sich die Interessen auch verändern und in fünf Jahren kann es wieder anders aussehen. Ich würde nicht von natürlicher Harmonie ausgehen bzw. von einem harmonischen Gebilde. Das kann sich schnell wieder radikal ändern. Es gibt nach wie vor Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, die eher instrumentelle Verbindungen zur Folge haben.

Ein Beispiel wäre Polen und Ungarn. Beide Länder arbeiten sehr eng zusammen, was die Migrationspolitik oder eigentlich den Widerstand gegen die EU-Migrationspolitik angeht, aber beide Länder sind von der Migrationskrise unterschiedlich tangiert. Ungarn befindet sich auf der Migrationsroute und im Grunde genommen ist es das Land, das 2015 am meisten von der Migration betroffen war. Die meisten Anträge – pro 100.000 Einwohner gerechnet – wurden in Ungarn eingereicht, nicht in Deutschland. Polen indes war kaum tangiert von der Migrationskrise. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass Polen momentan tatsächlich Unterstützung aus Buda-

pest sucht, was das mögliche Verfahren gegen die Regierung seitens der Europäischen Kommission nach Artikel 7 des Lissabonner Vertrags angeht. Hier geht es momentan um die Verfassungskrise in Polen, die von der Europäischen Kommission kritisiert wird, und um unterschiedliche Meinungen darüber, wie die Krise zu bewältigen ist. Ich glaube, dass auch die Zusammenarbeit zwischen Budapest und Warschau einen gewissen Pragmatismus hat, was die Interessen der beiden Länder angeht.

Ob solche Interessen die nächsten fünf Jahre überleben, das ist eine offene Frage. Das kann sich auch verschieben. Allerdings stelle ich fest, und da herrscht ein gewisser Druck von außen oder eine gewisse Dynamik der europäischen Integration, dass wir eine regionale Blockbildung haben, die sich durch das Brexit-Referendum verstärkt. Das ist jetzt nicht nur in Mitteleuropa der Fall, das bezieht sich nicht nur auf eine Rückbesinnung in Frankreich und zum Teil in Deutschland auf die Gründerstaaten, das ist auch eine Entwicklung in Skandinavien. Regionale Identitäten gedeihen. Vor allem nach dem Brexit-Referendum zeigt sich das bei Ländern und Regionen, die wirtschaftlich besonders stark mit Großbritannien verflochten sind. Die regionale Fragmentierung der EU kann stärker Realität werden. Wenn dieser Druck steigt, dann kann es sein, dass auch die Visegrád-Gruppe fast zwangsläufig strukturell gestärkt wird.

→ **Dr. József Czukor:**

Ich möchte etwas zur Zukunft der Visegrád-Staaten sagen. Wir sehen die Zukunft dieser Kooperation immer von der praktischen Seite. Wir haben keine Probleme.



Wir existieren seit 1993. Es gab Zeiträume, da sah die Zusammenarbeit nach außen nicht so blendend aus. Es gab und gibt aber auch – und eine solche Phase erleben wir zurzeit – Perioden, in denen es nicht nur so aussieht, dass es eine starke Zusammenarbeit gibt, sondern in denen in der Tat eine starke Visegrád-Gruppe bestand und besteht. Nehmen Sie den Gipfel von Bratislava: Da haben die Visegrád-Staaten als einzige Gruppe in der EU ein eigenes Papier auf den Tisch gelegt, das vorher angekündigt war und das die Partner vorher kannten. In diesem Papier haben wir in vier Punkten unsere gemeinsame Position dargelegt.

Es gibt starke ökonomische Interessen, und da schaue ich auch wieder auf den Herrn Landtagspräsidenten. Das wird Ihnen bekannt vorkommen. Was die Visegrád-Staaten erreichen möchten, und das stärkt uns, wir wollen die Nord-Süd-Verbindungen im ostmitteleuropäischen Raum ausbauen. Wir wollen, dass unsere Häfen mit dem Auto oder per Zug genauso schnell erreicht werden können, wie das ost- oder westwärts möglich ist. Wir wollen eine Energiepolitik, bei der wir nicht nur von einem Lieferanten abhängig sind. Auch wenn Deutschland die Nord-Stream-Pipeline gebaut hat, wir glauben, dass es auch andere Optionen gibt, und an denen arbeiten wir. Wir verfolgen eine Arbeitsteilung. Polen kümmert sich um die östliche Partnerschaft. Ungarn teilt übrigens die Sorgen der polnischen Freunde, was die Sicherheit des Landes oder die militärische Bedrohung anbetrifft. Wir unterstützen sie. Ungarn kümmert sich zum Beispiel mit der Slowakei intensiver um die Westbalkanstaaten. Es gibt gemeinsame Projekte wie die Visegrád-Stiftung. Die verfügt zwar nicht über so viel Geld wie die Europäischen

Union, aber immerhin finanzieren wir Studenten und haben entsprechende Programme. Und wir erreichen zumindest, dass wir nicht 30.000 Beamte benötigen, wie manche großen, zentralistisch aufgebauten Organisationen das tun.

Also, die Visegrád-Gruppe ist eine pragmatische Form der Zusammenarbeit. Gang und gäbe ist zudem das Visegrád Plus-Format. Neulich war der ukrainische Ministerpräsident bei uns, davor die deutsche Kanzlerin, davor in Prag die südkoreanische Präsidentin. Wir treffen uns auch mit den Chinesen. Nicht nur den Deutschen ist es gestattet, mit großen Delegationen nach Peking zu reisen, sondern ab und zu darf das auch die Visegrád-Gruppe. Das ist gut so. Es ist eine Art Emanzipation einer Gruppe postkommunistischer Staaten. Das darf man nicht immer als Bedrohung ansehen.

Noch eine allgemeine Bemerkung über die Visegrád-Gruppe. Es besteht die Gefahr, dass wir unsere Erfahrungen aus den kommunistischen Regimen verlernen bzw. vergessen. Es ist eine Pflicht Europas, ein solches Bewusstsein zu bewahren. Wir sind jetzt noch in einer guten Position, die Hälfte der Wählerinnen und Wähler in Ungarn haben unter dem Kommunismus und Sozialismus gelebt. Wir müssen unsere Geschichte unseren westeuropäischen Partnern erzählen.

Über Visionen zu sprechen, das ist sehr schwierig. Meine persönliche Meinung ist: Bevor wir Visionen aufbauen, müssen wir das Problem richtig analysieren. Wenn ich mir nur die Migrationsthematik anschau, dann fällt mir auf – und das ist auch die Position meines Ministerpräsi-



denten –, dass wir uns in Europa nicht einmal über die Diagnose einig sind. Mit was für einem Phänomen haben wir es zu tun? Wer kommt zu uns? Nur dann, wenn wir festgestellt haben, ob diese moderne Völkerwanderung eine Gefahr bedeutet oder wie man sie steuern, bekämpfen oder verhindern kann, nur dann kann man Entscheidungen über politische Mittel treffen. Also in diesem Kontext sollten vielleicht weniger die Visionen, dafür aber mehr die Diagnosen und Analysen sowie die richtigen Entscheidungen im Vordergrund stehen.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie vielmals, aber wir haben nur noch sehr wenig Zeit. Ich möchte daher abschließend Frau Dr. Gál fragen, ob sie zu dem angesprochenen Thema Heimat etwas sagen kann. Haben

wir vielleicht unsere Heimat irgendwie verloren? Ging die Erweiterung, ging die Integration zu schnell?

→ **Dr. Kinga Gál:**

Nein, wir haben unsere nationale Identität durch den Beitritt zur EU nicht verloren. Nur ist inzwischen ein Teil Europas in eine Phase eingetreten, in der diese nationale Identität – die meiner Ansicht nach in allen postkommunistischen Ländern praktisch eine zurückgewonnene Identität ist, zu der man sich stolz bekennt – als zu ausgeprägt angesehen wird. Deswegen gibt es eine Phasenverschiebung. Gleichzeitig sehen wir, dass beide, eine europäische und eine nationale bzw. regionale Identität, sehr wohl nebeneinander existieren können. Genau das macht ja Europa aus. Wir können sehr gut Europäer sein und können gleichzeitig sehr gut Ungarn bleiben oder Slowaken oder Deutsche oder Franzosen. Von der Identität her schließt ja das eine das andere nicht aus. Wir müssen nur verstehen, dass genau das das Wesen Europas ausmacht und wir nicht auf unsere Identitäten verzichten müssen.

Was hier zudem gesagt wurde: Die Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten ist gut. Gegenwärtig bestimmt die Migrationskrise die Kooperation, aber die Idee der Visegrád-Staaten ist wesentlich früher entstanden. Sie entspringt geradezu einer Gleichheit der Identitäten und der Interessen – ob nun vor oder nach 2004. Ich habe im Europäischen Parlament zahlreiche Debatten über den europäischen Binnenmarkt verfolgt. Dabei kam zum Ausdruck, dass es in vielen Belangen wesentlich einfacher gewesen wäre, uns einzeln auszutricksen. Das ist die bis heute gültige Basis unserer Kooperation, auch wenn wir nicht

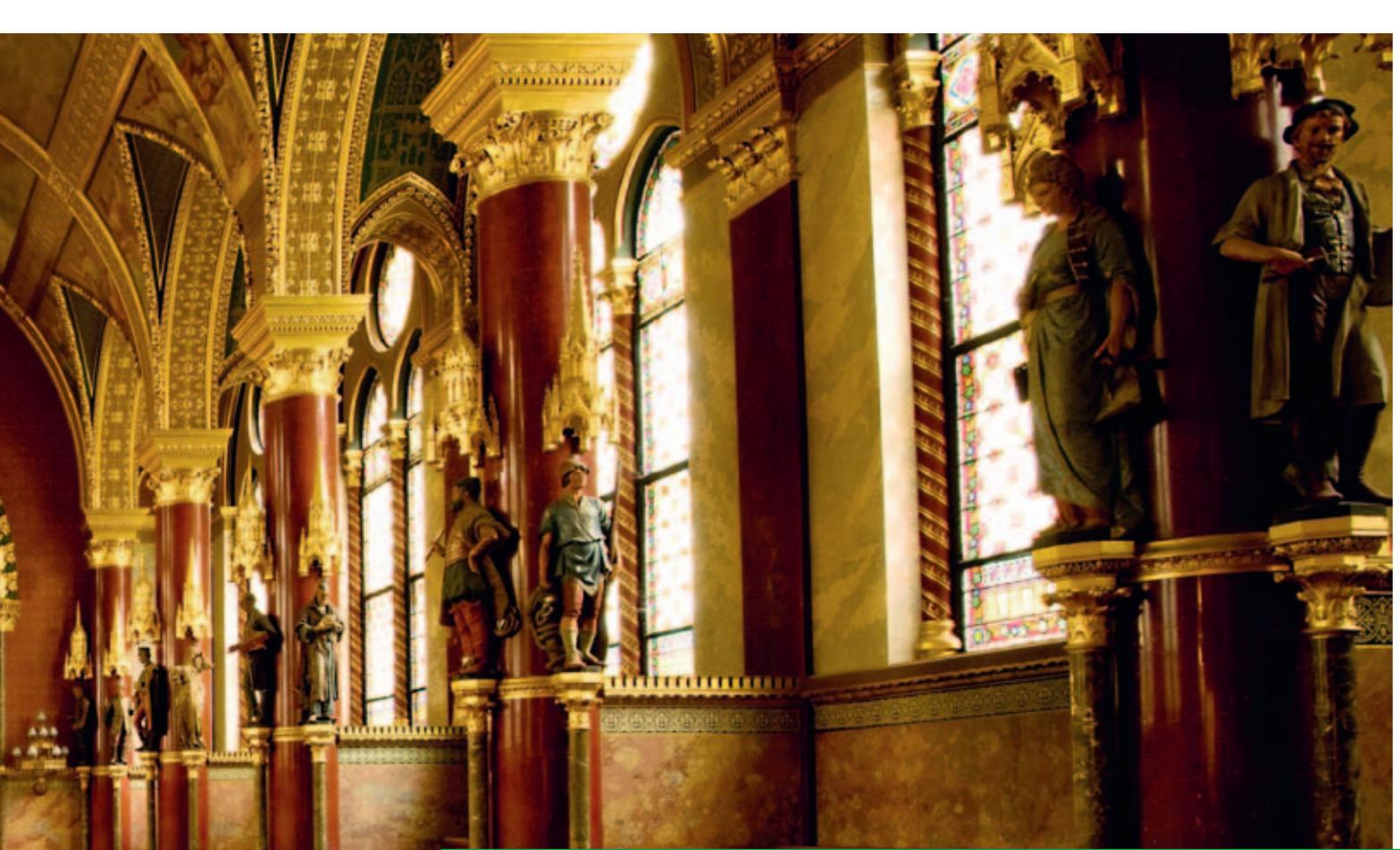
immer in die gleiche Richtung stimmen konnten. In einer Sitzung des Europäischen Parlaments, die kürzlich stattfand, fiel eine Entscheidung, die wir als Visegrád-Staaten zusammen mit beeinflussen konnten. Hier hilft also die Visegráder Kooperation. Dennoch verstehen viele immer noch nicht, worum es uns geht und woher unsere Mitgliedsstaaten kommen und was unser Anliegen ist.

Und noch ein Wort zu den Visionen. Wissen Sie, eine Vision bedeutet, dass wir eine gemeinsame Vorstellung über die Zukunft haben. Was wollen wir mit Europa anfangen? Was können wir in Europa machen? Und dann können wir uns auch mit der Frage der Migration besser befassen. Was für ein Europa wollen wir? Wenn wir wissen, welches Europa wir ausgestalten wollen, dann können wir auch die Frage der Migration richtig beantworten. Wollen wir das Europäertum, wollen wir den Europäismus auflösen oder wollen wir derlei bewahren? Dazu sind dann unterschiedliche Antworten erforderlich. Meines Erachtens ist das das Wesentliche.

→ **Dr. Edit Inotai:**

Wir müssen die Diskussion jetzt leider beenden. Unser nächster Redner steht schon bereit. Ich denke, wir sind irgendwie zu der Frage zurückgekehrt, was für ein Europa wir haben möchten. Weil uns das noch nicht so klar ist, müssen wir noch viel darüber diskutieren und noch mehr daran arbeiten. Ich danke den Teilnehmern für den klaren und guten Meinungsaustausch.





Abschluss



Nationale Vielfaltigkeit in Europa

Dr. Gergely Gulyás

» Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle herzlich hier im Gebäude des Ungarischen Parlaments. Als letzter Vortragender einer langen Konferenz ist es am besten, kurz und konzentriert zu sprechen. Ich verspreche Ihnen deshalb, dass ich Ihnen nicht die Zeit nehmen möchte für eine Stadtbesichtigung in Budapest und für sonstige kulturelle und gastronomische Erlebnisse.

Das berechtigte Anliegen des Forums Mitteleuropa ist es, die Tradition fortzusetzen und jene Punkte zu finden, die innerhalb einer sich schnell verändernden Welt und einem sich schnell verändernden Europa die historische Beziehung zwischen den Völkern Mitteleuropas stärken. Diese Beziehung und Verbundenheit blickt auf eine lange Vergangenheit zurück. Wenn wir allein das 20. Jahrhundert

anschauen, hat Mitteleuropa am stärksten unter der kommunistischen Schreckensherrschaft gelitten. Es war Mitteleuropa, das von der Berliner Mauer zerteilt wurde; bei uns verlief die Grenze zu Osteuropa. Über Jahrzehnte hinweg war es unmöglich, von Sopron (Ödenburg) aus Ungarn ins benachbarte Burgenland nach Österreich zu gelangen. Hier zog sich der Eiserne Vorhang entlang und trennte bis zu seinem Abbau die organische kulturelle Einheit, die das Europa ausmachte, welches man nicht in seiner Vollständigkeit kennenlernen konnte. Der Eiserne Vorhang zertrennte uns Europäer in versklavte Nationen einerseits und freie Nationen andererseits. Deshalb gewannen wir mit der Systemveränderung am meisten, und wenn wir uns den gegenwärtigen europäischen Problemen gegenübersehen, dann vergessen wir oft, welche segensreichen Folgen es hat, nun schon 27 Jahre lang in Europa in Freiheit leben zu können. Wir vergessen, welche anderen Möglichkeiten die um die Wendezeit geborene Generation hat, etwa im Vergleich mit jenen Generationen, für die die Welt des Eisernen Vorhangs tägliche Realität war, für die es hoffnungsloser war nach Österreich zu fahren, als heute ans Ende der Welt.

In diesem Sinne sollten wir also dies nicht vergessen und sollten uns nicht von den negativen Meinungen beeinflussen lassen: was 1989/90 in Europa geschehen ist, ist eine historische Wiedergutmachung und gehört in die Kategorie der Wunder. Was damals geschah, das verwirklichte die Forderungen der Freiheitskämpfe, die im Juni 1953 in Deutschland und im Oktober 1956 in Ungarn, 1968 in Prag und dann in den 1980er Jahren in Polen von unseren Vorgängern geführt worden waren und mit Leben und Blut bezahlt wurden. Es ist eine verdiente Belohnung dieser Freiheitskämpfe, dass 1989/90 der Eiserne Vorhang fiel und die Berliner

Mauer zusammenbrach, sodass Deutschland und dann Europa wiedervereinigt werden konnten.

Wenn wir die Frage stellen, in welchem Maße wir imstande waren, die Möglichkeiten der letzten 27 Jahre zu nutzen, ist die Antwort weniger eindeutig. Aber die optimistische oder pessimistische Beschaffenheit dieser Antworten darf uns nicht davon ablenken, den Wert dessen zu erkennen, dass in dieser Region seit 1989/90 erneut Freiheit und verfassungsmäßige Ordnung herrschen und die traditionsreichen geschichtlichen Beziehungen, die in vielen Fällen sogar 1000 Jahre zurückreichen, neu gelebt werden und gestaltet werden können.

Die Zeitspanne nach 1990 kann in zwei Teile gegliedert werden: In den ersten dreizehneinhalb Jahren stellte sich diese Region Europas, und zwar die Region Mitteleuropas, die früher durch die kommunistische Tyrannei von der europäischen Integration ferngehalten wurde, das richtige Ziel, auch organisatorisch nach Europa zurückzukehren und sich der Europäischen Union anzuschließen. Dieser Prozess dauerte zwar längere Zeit und war schwieriger, als wir es uns in der Zeit der Wende vorgestellt hatten, es ist aber ein gemeinsamer Erfolg, dass dies im Jahr 2004 Realität wurde. Seit 2004 sind wir allesamt Mitglieder einer noch nie so groß gewesenen Europäischen Union. Gemeinsam entscheiden wir über unzählige Fragen (große Schwierigkeiten mit eingeschlossen), die uns das Leben stellt. Das Resultat der anderen Periode, der seit unserem Unionsbeitritt vergangenen guten Dekade, ist widersprüchlicher. Aber alle

Abschluss

diese Widersprüche lassen uns für keinen Moment daran zweifeln, dass das Ziel, der Europäischen Union beizutreten, richtig war und die Mitgliedschaft für Ungarn und die ganze Region einen signifikanten Wert darstellt.

Es ist unsere unerschütterliche Überzeugung, dass die nationale Vielfalt für diesen Kontinent ein solcher Wert ist, ohne den Europa nicht erkennbar wäre und Europa nicht das wäre, was es über Jahrhunderte hinweg war.

Ohne nationale Vielfalt kann Europa nicht das unsere sein. Nicht das der Ungarn, nicht das der Deutschen oder der Polen. Vielmehr können wir uns nur als Ungarn, als Deutsche oder als Polen als Europäer fühlen. In den Debatten der Union unserer Tage sehen wir, dass die Gesellschaften Mitteleuropas auch über die Zukunft ähnlich denken.

Die Grenze ist nicht unbedingt die frühere Grenzlinie zwischen den vom Kommunismus beherrschten Ländern und der freien Welt, die Grenze ist weit eher eine mitteleuropäische Grenzlinie, wo die Menschen ähnlich über die europäischen Werte denken, wo wir, wenn wir das Identitätsbewusstsein formulieren wollen, schon im Großen und Ganzen dieselbe Antwort erhalten. Und hier möchte ich einen Satz von Kinga Gál, der Vizevorsitzenden der Europäischen Volkspartei, aufgreifen. Ich stimme dem weitestgehend zu, dass uns die Einwanderungskrise zwar außerordentlich viele Schwierigkeiten bereitet hat, und dass die europäische Elite im ersten Reflex die schlechtmöglichste Antwort auf diese Herausforderung gegeben hat. Aber dennoch, um aus



Altersgründen Optimist zu sein: trotz des von den europäischen Eliten verursachten schweren Fehlers, kann die Migrationskrise auch eine Möglichkeit bieten. Denn es geht nicht bloß darum, die Fähigkeit zum Schutz der Außengrenzen wiederzuerlangen, sondern es geht auch darum, dass die Diskussion, die durch die Vorgänge des Jahres 2015 ausgelöst wurde, in Wirklichkeit eine schon lange nötige und doch bisher verschwiegene Wertediskussion ist.

Die Frage lautet: Was für ein Europa wollen wir? Wollen wir jenes Europa behalten, das übrigens über ein Jahrtausend

bestand, das auf den Nationalstaaten gründete? Wollen wir ein Europa aufrechterhalten, das, wie es Theodor Heuss, der erste deutsche Bundespräsident nach dem Zweiten Weltkrieg formulierte, auf den Grundwerten der griechischen Philosophie, des römischen Rechts und den Grundwerten des Christentums beruht? Wir sehen, dass es in Europa auch Staaten gibt, die sich von dieser Tradition entfernen möchten oder sich bereits unumkehrbar von dieser Tradition entfernt haben. Sie sehen eine entgegengesetzte Sicht auf diese Welt und entgegengesetzte politische Meinungen als einen Wert an, vielleicht sogar nur mehr diese Sicht. Das wirft die Frage auf, ob dies eine Zusammenarbeit in Zukunft ausschließt.

Wir können die Einheit der Union nur dann aufrechterhalten, wenn diese bestehenden Unterschiede keine unüberwindbaren Hürden für eine zukünftige Zusammenarbeit darstellen.

Doch dazu müsste man tolerant bleiben. Der größte Fehler des derzeitigen Europas ist seine Intoleranz. Dass es die Andersdenkenden nicht akzeptiert. Und interessanterweise ist diese Intoleranz nicht für die Vertreter des traditionellen Europas kennzeichnend, sondern in erster Linie für diejenigen, die die traditionellen Werte Europas für antiquiert, abgenutzt und nicht mehr zeitgemäß erachten, sie als konservative Gedanken und Werte abtun. Sie können nicht akzeptieren, dass es in Europa noch Menschen gibt, die diese Werte als zu vertretende Werte ansehen, ja sogar als Werte ansehen, auf denen auch die Zukunft errichtet werden muss.

Dennoch würde ich nicht vorschlagen, nicht mit ihnen zusammenzuarbeiten. Für eine Zusammenarbeit ist es jedoch unabdingbar, dass sie diese Werte akzeptieren. Zur Toleranz gehört aber auch, dass wir akzeptieren können, dass andere anders über die Welt, anders über die christlichen Werte und anders über die Einwanderung denken, dass sie anders denken über die parallelen Gesellschaften sowie anders über den Begriff der Ehe und seine Festlegung befinden. Wir erachten für unsere eigene Gesellschaft die christlichen Werte als Maßstab, sind gegen Einwanderung, lehnen den Multikulturalismus und Parallelgesellschaften ab und denken nicht, dass zwei Männer oder zwei Frauen hei-



raten können. Zwar stimme ich nicht mit denen überein, die einen von unserem Standpunkt abweichenden Standpunkt vertreten, jedoch sehe ich es nicht als meine Aufgabe, über die in einem anderen Staat beschlossenen, im Gegensatz zu unseren Werten stehenden Beschlüsse zu urteilen. Im Gegenzug erwarten wir dies im Zeichen der so oft genannten Toleranz auch für unsere Beschlüsse und Entscheidungen. Diese Widersprüche sollen aber nicht verhindern, dass wir gemeinsam im Rahmen einer Europäischen Union leben, wenn wir klar beschreiben können, in welchen Punkten wir mehr Europa, eine tiefere Integration benötigen, und wenn wir klar definieren können, in welchen Punkten wir bereits jetzt weiter gegangen sind, als es nötig gewesen wäre. Und in diesem Sinne ist die Rolle der nationalen Parlamente und auch die Rolle der Parlamente der Bundesländer – meines Erachtens – enorm.

Die so oft betonte Subsidiarität repräsentiert in der vergangenen Periode am ehesten die Grundwerte der Europäischen Union. Niemand anderes als die Parlamente der Bundesländer oder die nationalen Parlamente kann die Wirkung einer Entscheidung beurteilen, niemand anderes kann eine Entscheidung unter dem Aspekt beurteilen, ob es sich lohnt, sie vor Ort zu treffen oder aber auf einer höheren Ebene. Die neue Befugnis des Lissabonner Vertrags, die den europäischen nationalen Parlamenten die Möglichkeit der Subsidiaritätsprüfung gibt, ist auf jeden Fall eine gute und begründete Veränderung gewesen. Auch wenn bisher keine solchen Befugnisse damit einhergehen, die die Kommission bei einer Subsidiaritätsverletzung durch ihre Vorschläge tatsächlich zum Rückzug zwingen könnten. Unter den gegebenen Regeln ist eine Weiterentwicklung der parlamentarischen Diplomatie zwischen unseren Abgeordne-

ten, zwischen den nationalen Parlamenten, zwischen den regionalen Körperschaften unabdingbar, um diese Bestimmung des Vertrags von Lissabon mit Leben erfüllen zu können.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir in Budapest schon immer gastfreundlich waren, obwohl in den vergangenen Jahren, besonders in den vergangenen Monaten, viele gegensätzliche Behauptungen zu sehen, zu hören, und – besonders in der Auslandspresse – zu lesen waren. Aber wir freuen uns stets über Gäste und waren immer stolz darauf, dass wir ihnen die ungarische Kultur, die ungarische Geschichte in Budapest – gerade hier in unserem Parlamentsgebäude – zeigen konnten. Folglich wollen wir auch in Zukunft nicht lediglich Teil einer gemeinsamen mitteleuropäischen Kooperation sein, sondern – soweit die Möglichkeit dafür besteht – auch immer gern Gastgeber sein. Ich danke Ihnen, dass Sie gekommen sind und danke für Ihre Aufmerksamkeit. «



Integrationsdynamik in Mitteleuropa darf nicht zurückgehen

Dr. Matthias Rößler

» Hochverehrter Herr Vizepräsident, lieber Kollege Gulyás, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke allen, die diese Konferenz „Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen“ mitgestaltet haben, die sich aus der historischen und der aktuellen Perspektive diesem schwierigen Thema genähert haben, die uns deutlich gemacht haben, dass wir nicht nur eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Freiheitsgeschichte haben, sondern dass wir auch gemeinsame Interessen haben. Zudem ging es uns um

Vertrauen in Mitteleuropa. Wer die Diskussion hier in diesem Kreis erlebt hat, der sieht, zwischen uns herrscht Vertrauen. Ein solches Vertrauen ist die Voraussetzung dafür, dass man wieder gemeinsam nach vor kommen kann.

Wir haben gelernt, und deshalb geht mein besonderer Dank an alle, die das erste Panel mitgestaltet haben, dass – in historischer Perspektive – auch Revolutionen ihre Zeit haben. Und wenn die Zeit noch nicht reif ist, wie 1956, bei der

großen Freiheitsrevolution in Ungarn, dann können Revolutionen auch tragisch scheitern. Wenn eben die erhoffte Unterstützung aus dem Westen ausbleibt. Oder, wie Michael Gehler zeigen konnte, wenn die Suez-Krise die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit am Schluss mehr in Anspruch genommen hat, als der Freiheitskampf der Ungarn es vermochte. Oder eben weil Jalta noch funktionierte. Es dauerte noch Jahrzehnte, bis schließlich der Zeitpunkt für eine erfolgreiche Revolution gekommen war.

1989 stimmte die historische Konstellation, das haben wir heute hören können. Ob das nun damals unseren britischen oder französischen Freunden gefallen hat oder nicht, die Zeit war reif und die Großmächte hatten ein Interesse daran, die deutsche Spaltung zu überwinden. Die Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, weil sie das wiedervereinigte Deutschland als Partner bei ihrer nötigen Modernisierung gebraucht hat. Die Vereinigten Staaten von Amerika unter George Bush hatten aus geostrategischen Interessen heraus auch nichts gegen die Wiedervereinigung. Und dann gab es noch unsere Nachbarn im Osten. Die wussten natürlich, die Teilung Europas lässt sich nur überwinden, wenn auch die Teilung Deutschlands überwunden wird. Beide Dinge lassen sich einfach nicht trennen. Das haben wir heute noch einmal eindrucksvoll bestätigt bekommen.

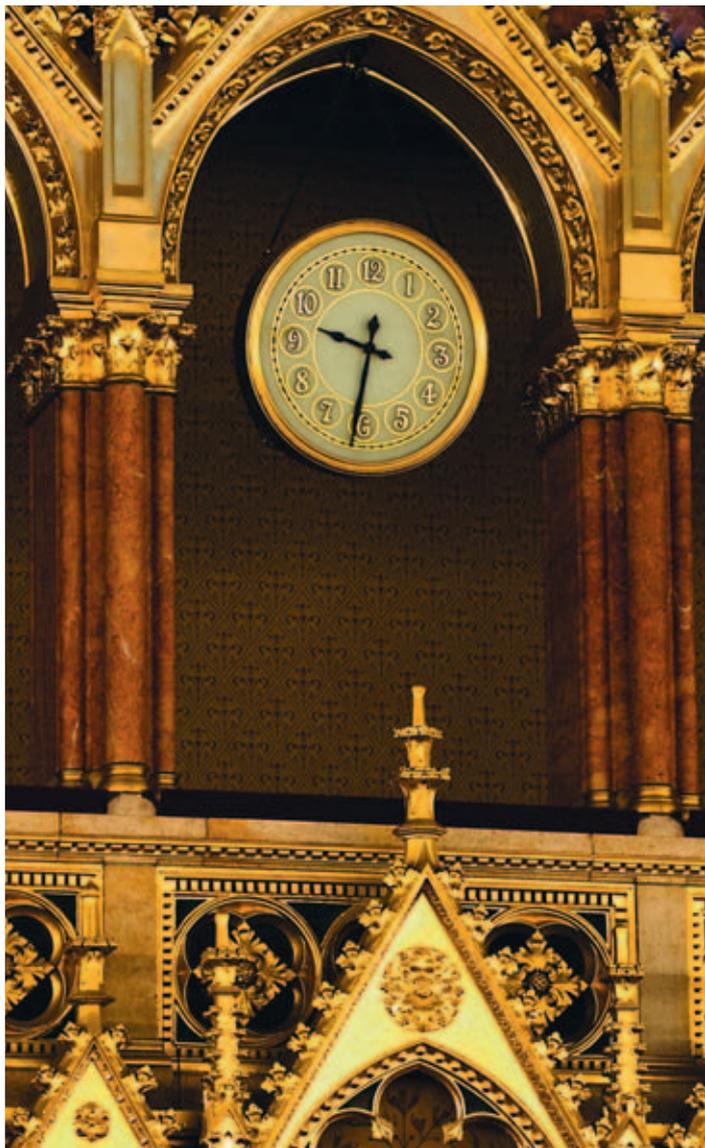
Jetzt richtet sich unser Blick nach vorn. Wie geht es weiter in unserem Europa, in dem wir schon so wunderbar vorangekommen sind. Lieber Herr Czukor, Sie haben ja vollkommen Recht, es ist nicht nur diese Identität, die wir immer wieder beschworen haben, sondern es sind auch handfeste Interessen, die Deutschland und die Mitteleuropäer zusammenbringen. Die Verflechtung zwischen unseren Wirtschaften

ist eng, und der Anteil an Industrie und industrieller Fertigung ist hoch – zwischen 30 und 40 Prozent. In Frankreich beträgt der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt gerade einmal noch zehn Prozent.

Wir sind ganz eng miteinander verbunden – Deutschland und seine mitteleuropäischen, seine östlichen Nachbarn. Wenn das kein Interessenverbund ist. Umso mehr müssen wir dafür sorgen, dass diese Integrationsdynamik hier in der Mitte Europas nicht zurückgeht.

Es sei mir noch eine Bemerkung zur Rolle Deutschlands in Europa gestattet. Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler spricht von der „Macht in der Mitte“, Ireneusz Pawel Karolewski sprach hier vom „zögerlichen Hegemon“, manche sprechen sogar von einem sanften Hegemon. Dieses Land in der Mitte Europas und seine Bevölkerung wollen eigentlich keine Hegemonie. Lange war Deutschland eine Insel der Glückseligen, alles lief gut, die Wirtschaft florierte, der Wohlstand wuchs. Dann kam Deutschlands Rückkehr in die Geschichte. Wolfgang Schäuble hat es treffend als „Rendezvous mit der Globalisierung“ bezeichnet. Die Flüchtlingskrise ist dabei nur ein Aspekt. Ludger Kühnhardt hat dies in seinem Impulsreferat sehr gut herausgearbeitet.

Es ist in der Tat ein großes Thema, wie sich Deutschland in diesem Prozess sieht. Wie sieht das die Bevölkerung? Wie sehen das die Eliten? Wie sehen das unsere Freunde in Mitteleuropa?



Wir konnten dieses Thema heute nur anreißen, aber ich bin mir sicher, dass wir das auf einem weiteren Forum Mitteleuropa wieder aufgreifen werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir die Diskussion, die wir hier in diesem wunderbaren Parlament führen durften, bald an einer anderen Stelle fortsetzen könnten. Wissen Sie, Herr Vizepräsident, ich habe hier bereits am Vormittag mein Herz geöffnet. Dass ich hier stehe und zu Ihnen allen sprechen kann, das hätte ich mir niemals träumen lassen, als ich als 18jähriger DDR-Bürger das erste Mal Budapest besuchte.

Wenn aber so etwas möglich ist, wenn etwas möglich ist, das wir alle wie wir hier sitzen erfahren haben, warum soll es uns dann nicht gelingen, gemeinsam die Probleme zu lösen, die in Europa vor uns liegen. Gemeinsam diskutieren, vielleicht auch Visionen haben, aber auf jeden Fall Ziele formulieren und dann gemeinsam handeln.

Insbesondere Handeln wird von uns, wird von der Politik erwartet – und zwar im Interesse Europas wie im Interesse unserer einzelnen Nationen, ohne die dieser Staatenverbund nicht funktionieren kann. Das werden wir auch beim nächsten Forum Mitteleuropa wieder gemeinsam in den Blick nehmen.

Dazu lade ich Sie alle herzlich ein. Vielen Dank. «





Vitae

Petr Brod

(*1951 in Prag)

emigrierte im Zuge des „Prager Frühlings“ 1969 nach Deutschland, wo er in München Politikwissenschaft studierte. Nach journalistischen Stationen in Westeuropa, darunter in England, kehrte er 1990 als Korrespondent des Senders Radio Free Europe in seine Heimatstadt Prag zurück und beobachtete den Aufbau der Demokratie in der Tschechoslowakei, später in Tschechien. Er zählt seit der Samtenen Revolution 1989/90 zu den wichtigen Stimmen und prägenden Gesichtern der deutsch-tschechischen Beziehungen.

Dr. József Czukor

(*1958 in Győr)

studierte Rechtswissenschaft und arbeitete von 1982 an erst im ungarischen Innen-, später dann im Außenministerium. Seine Karriere führte ihn an diverse ungarische Botschaften. Von 1992 bis 1993 sowie von 1997 bis 2002 arbeitete er in der ungarischen Botschaft in Deutschland. 2010 bis 2015 war er ungarischer Botschafter in Berlin. 2015 erhielt er in Anerkennung

der um die Bundesrepublik Deutschland erworbenen besonderen Verdienste das Große Verdienstkreuz. Heute ist er Erster Außen- und Sicherheitspolitischer Berater des ungarischen Ministerpräsidenten.

Prof. Dr. Gábor Erdődy

(*1951 in Budapest)

studierte Geschichte und Deutsch an der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest. Von 1978 an war er hier Dozent für europäische Geschichte. 1992 bis 1996 wirkte er als Botschafter der Ungarischen Republik in Berlin, 2002-2009 war er Botschafter der Ungarischen Republik beim Heiligen Stuhl. Seit 2010 ist er Vize-Rektor und Professor für Geschichte an der Eötvös-Loránd-Universität und leitet dort u.a. das Doktorenprogramm der ungarischen Geschichte in der modernen Zeit. Er ist seit 2011 Kuratoriumsmitglied des Forums Mitteleuropa.

Dr. Kinga Gál

(*1970 in Kolozsvár)

studierte in Budapest und Strasbourg Rechtswissenschaften. Danach arbei-

tete sie als Analytistin beim Government Office for Hungarian Minorities Abroad. 1997 bis 2000 wirkte sie am European Centre for Minority Issues und war Beraterin des Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften. Seit 2004 ist sie Mitglied des Europäischen Parlaments und dort stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

Prof. Dr. Michael Gehler

(*1962 in Innsbruck)

ist seit 2006 Leiter des Instituts für Geschichte und Inhaber des Jean Monnet-Chair für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Geschichte der europäischen Integration an der Stiftung Universität Hildesheim. Seit 2013 ist er zudem der Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Er ist ein ausgewiesener Experte der Geschichte Mitteleuropas, speziell der europäischen Integration sowie der europäischen Revolutionen im 20. Jahrhundert.

Dr. Gergely Gulyás

(*1981 in Budapest)

studierte Rechtswissenschaften an der Katholischen Péter-Pázmány-Universität in Budapest und arbeitete zunächst als Rechtsanwalt. Von 2005 bis 2008 unterrichtete er zudem Jura an der Károli-Gáspár-Universität in Budapest. 2010 wurde er erstmals in das ungarische Parlament gewählt und 2014 zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt. Seit 2015 ist er Vizepräsident der Partei Fidesz.

Dr. Edit Inotai

(*1970 in Budapest)

studierte an der Corvinus Universität in Budapest. Danach berichtete sie als Korrespondentin von 1997 an für die Budapester Tageszeitung Népszabadság aus Berlin, war anschließend von 2010 bis 2014 Leiterin des Auslandsressorts. Ihre Hauptgebiete waren hier Europa und Lateinamerika. Heute arbeitet sie als Journalistin und als Senior Fellow beim Center for Euro-Atlantic Integration and Democracy (CEID), wo sie sich schwerpunktmäßig den internationalen Beziehun-

gen im ost- und mitteleuropäischen Raum widmet.

Prof. Dr. Ireneusz Pawel Karolewski

(*1971 in Warschau)

ist Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft am Willy-Brandt-Zentrum Breslau. Nach dem Studium der Politikwissenschaft an der Universität Potsdam arbeitete er am dortigen Lehrstuhl für Politische Theorie als wissenschaftlicher Mitarbeiter. 2008 legte er eine Habilitationsschrift mit dem Titel „Citizenship and collective Identity in Europe“ vor. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Europäische Integration, Deutschland und Polen in der EU, Konstitutionalisierung der EU, Nationalismus in Europa.

Dr. László Kövér

(*1959 in Pépa)

ist seit Juli 2010 Präsident der Ungarischen Nationalversammlung. Er studierte Jura an der Fakultät für Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest. Bis 1990 arbeitete er als

Journalist, Wissenschaftler und Lehrer. 1988 war er Gründungsmitglied der Partei Fidesz und wirkte dort streckenweise in hohen Positionen (1996 bis 2000 stellv. Vorsitzender, 2000 bis 2001 Vorsitzender). 1989 war er Mitglied des Runden Tisches, und er ist seit 1990 Mitglied der Ungarischen Nationalversammlung.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

(*1958 in Münster)

studierte Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Bonn, Genf, Harvard und Tokio. Promotion 1983 und Habilitation 1986, beides im Fach Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Nach einer kurzen Zeit als Redenschreiber im Bundespräsidialamt hatte er von 1991 bis 1997 den Lehrstuhl für Wissenschaftliche Politik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg inne. Seit 1997 ist er Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeit sind Fragen der europäischen Integration und der Rolle Europas in der Welt. Er ist seit 2011 Kuratoriumsmitglied des Forums Mitteleuropa.

Dr. Matthias Rößler

(*1955 in Dresden)

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte von 1975 bis 1979 Maschinenbau an der TU Dresden und arbeitete anschließend als Assistent sowie als Entwicklungsingenieur an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen, ist er seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war im Freistaat Sachsen von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa.

Prof. Dr. Richard Schröder

(*1943 in Frohburg)

studierte Theologie und Philosophie an den Kirchlichen Hochschulen Naumburg (Saale) und Berlin. Zunächst war er Pfarrer, unterrichtete später Philosophie in Naumburg und Berlin. 1990 wurde er Mitglied der frei gewählten DDR-Volkskammer, war dort zeitweise Vorsitzender der SPD-

Fraktion und bis Dezember 1990 Mitglied des 11. Deutschen Bundestages. Von 1991 bis 2009 lehrte er Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 1993 bis 2009 war er Verfassungsrichter des Landes Brandenburg. Der nach wie vor publizistisch sehr aktive Theologe ist u.a. Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Nationalstiftung.

Gerald Schubert

(*1968 in Wien)

studierte Kommunikations- und Theaterwissenschaften. 2001 zog er nach Prag und arbeitete ab 2002 in der deutschen Redaktion von Radio Prag, deren Chefredakteur er von 2006 an war. Im Jahr 2015 wechselte er als Außenpolitikredakteur und Korrespondent für die Tschechische Republik zur österreichischen Tageszeitung „Der Standard“. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind die Außenpolitik und die bilateralen Beziehungen Deutschlands, Österreichs, Tschechiens und der Europäischen Union.

Jan Sechter

(*1968 in Prag)

studierte Wirtschaftswissenschaften in Prag, Deutschland und der Schweiz. Nach Tätigkeiten im Außenministerium der Tschechischen Republik war er von 2002 bis 2007 Gesandter-Botschaftsrat der Botschaft der Tschechischen Republik in Deutschland. Nach einer mehrjährigen Station als Botschafter in Polen ist er seit 2013 außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Tschechischen Republik in der Republik Österreich.



In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Jiří Gruša †, Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik
Magdaléna Vášáryová, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ryszard Król, Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag die
Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forum Mitteleuropa (Stand September 2016) sind:

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags
Dr. Erhard Busek, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.
Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig
Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz
Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.
Prof. Dr. Jan Sokol, Professor für Philosophie an der Karls-Universität Prag
Magdaléna Vášáryová, Botschafterin der Slowakischen Republik a. D.
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn
Ulf Großmann, Präsident der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen
Dr. Rafal Dutkiewicz, Stadtpräsident von Wrocław (Polen)
Dr. Jarmila Krejčíková, Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.
Hans Penz, Präsident des Landtags von Niederösterreich